Einzelpreis 30 Pf. Halle, Montag, den 11. Oktober 1920. 31. Jahrgang • Nr. 238

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 105005. Hermann Schade.

Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 6 Mark, vierteljährl. 18 Mark; durch die Post bezogen monatl. 6 Mark, ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 60 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 250 Pf für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteil.

Dem Parteitage!

Willkommen und Kampfesgruß allen Abgesandten des deutschen Proletariats!

Großes geschichtliches Tun rief sie nach Halle.

Umbraust vom starken revolutionären Leben, sollen sie zusammenfassend den Weg nach vorwärts finden.

Tragisch ist die Stunde, da die Beratung beginnt.

Ungeheure Aufgaben lasten auf dem Proletariat. Not und Hunger zermürbt seine körperliche Kraft, Zersetzung aller Moral — als Kriegsfolge — preßt auf seine Seele, brutale Gewaltherrschaft des Kapitalismus drückt die Massen nieder, der Imperialismus der Westmächte schnürt dem Volke den Lebensfaden ab, die Reaktion holt zum Gewaltschlage aus — eine beispiellos grauenvolle Situation.

Und gerade jetzt, wo es zu handeln gälte, lähmen zersetzende innere Kämpfe die Partei.

Ein Dutzend lebenswichtige Fragen müßte der Parteitag besprechen, große Entscheidungen mannigfacher Art hätte er zu fällen — aber nur eine Frage ist es, die er lösen kann: die Frage der Moskauer Bedingungen.

Sie ist für die USP. zur Frage aller Fragen geworden.

Welche Tragik für eine Partei, die vor der Entscheidung schon steht, daß sie nach ihr zerbrechen soll! Das Klärungsringen in der Partei war in Kämpfe ausgeartet, die einem Zerbrechen gleichkamen. Der Parteitag bringt wohl nur die äußere Bestätigung des innerlich bereits Vollzogenen.

Im Tiefsten erschüttert stehen wir vor der Tatsache, daß alles heiße Mühen zur Findung einer anderen Lösung bisher vergeblich war. Zwar — der Wege gäbe es heute noch mannigfache, die von beiden Flügeln der Partei zu betreten wären, so daß man gemeinsam Schritt für Schritt dem Ziele zustreben könnte: der Schaffung der großen Internationale der Tat.

Aber nachdem beide Flügel sich selbst auf unbedingte Annahme und unbedingte Ablehnung der Moskauer Bedingungen festgelegt haben, steht die Partei unmittelbar vor der Möglichkeit der Spaltung. Eine Täuschung darüber ist kaum noch zulässig.

Die alte demokratische Uebung, daß die Mehrheit einfach über die Minderheit entscheidet, gilt bei Parteien nur so lange, als es sich um Fragen handelt, die von keiner Seite als Lebensfragen der Partei angesehen werden. Das Ringen der letzten sechs Wochen hat jedoch deutlichgemacht, daß der (anscheinend stärkere) linke Flügel das Annehmen der Bedingungen als Lebensfrage für die Weiterführung des Kampfes auffaßt, wodurch für den (schwächeren) rechten Flügel das Ablehnen der Bedingungen zur Lebensfrage wurde. Denn bei strikter Durchführung der Bedingungen werden die Führer des rechten Flügels ausgeschlossen — also: es geht auf Leben und Tod. Und da verfaßt die hübsche demokratische Spielregel, daß sich die Minderheit der Mehrheit zu unterwerfen habe. Man trennt sich. Aber selbst wenn die Befürworter der Annahme der Bedingungen in der Minderheit bleiben sollten, so könnten auch sie heute nicht mehr zurück; auch sie haben sich festgelegt und müßten „als Minderheit" von der Partei abspliittern und zur deutschen Sektion der Kommunistischen Internationale stoßen oder werden.

Diese Tragik des Auseinanderbrechens der Partei wäre nur zu verhindern, wenn sich eine erdrückende Mehrheit dafür finden würde, in aller Ruhe und ohne Ausschlußdrohungen die Partei aus sich selbst heraus zu zentralisieren — dabei aber die Lebensnotwendigkeiten der deutschen Art demokratischen Organisationslebens zu wahren und zu sichern —, und dann erst mit Moskau über den Anschluß zu verhandeln. Wir haben das ein dutzendmal dargelegt und immer dringender dafür geworben. Es gereicht uns zur Freude, daß der Antrag Rosenfeld-Kunert gestellt ist, der im Grunde dasselbe will. Er besagt:

Erklären wir uns in Halle zunächst grundsätzlich zum Anschluß an die 3. Internationale bereit, aber unter Bedingungen, durch welche die Autonomie der Partei gewahrt wird: schaffen wir zunächst selbst eine zentralistisch organisierte Kampfpartei! — Dann können wir die ganze Partei möglichst geschlossen der 3. Internationale zuführen.

Ueber die verlangte Autonomie der Partei wird gar bald eine Verständigung herbeigeführt werden können, daß sich „Autonomie" auf das Organisationsleben bezieht. In den großen, letzten Fragen der internationalen Zusammenfassung der Kampfeskraft des Proletariats wird und muß jeder Genosse der Internationale die letzte Entscheidung lassen, wenn nur Garantien gegeben sind, daß das Exekutivkomitee entsprechend der Stärke und Bedeutung der angeschlossenen Länder demokratisch genug zusammengesetzt ist.

Nach dieser Erklärung treten wir unbedingt auf den Boden des Antrages Rosenfeld-Kunert. Er gibt die parlamentarische Antragsform für das, was wir seit Bekanntwerden der Bedingungen unabläßig gefordert haben.

Mit allem Ernst und Nachdruck, den uns unser Gewissen diktiert, mahnen wir die Delegierten ein letztes Mal, keine rasche Entscheidung auf Biegen oder Brechen herbeizuführen, sondern erst den Weg gemeinsamen Durcharbeitens zur 3. Internationale zu gehen. Erst wenn alle Möglichkeiten des Antrags Rosenfeld-Kunert erschöpft sind — dann mag das Verhängnis über uns hereinbrechen, dessen zerstörende Gewalt und zermalmende Wucht heute noch kein Hirn auszudenken fähig ist. Die Spaltung der Partei zerschneidet dem deutschen sozialistischen Proletariat die Lebensader, es ist das Verbrechen an der Arbeiterklasse, das tödlich ist.

Das grauenhafte Chaos in letzter Stunde abzuwenden — es wäre eine beispiellos gewaltige historische Tat!

Nur ein von tiefster geschichtlicher Erkenntnis und höchster sozialistisch-proletarischer Willenskraft getragener Parteitag ist solch edler Leistung fähig.

Daß er Größe zeige und bewähre — das ist unser wunschbeschwerter Gruß an den Parteitag!

Paul Hennig.

Was steht zur Entscheidung?

Von Wilhelm Koenen.

Der stürmische Meinungskampf, der unsere Reihen durchgittert, ist mehr als ein Parteistreit. Er ist leidenschaftliches Ringen mit geschichtlichen und wirtschaftlichen Problemen, mit politischen und sozialen Aufgaben, deren Lösung das Weltproletariat aus eigener Kraft finden muß. Europa und mit ihm Deutschland stehen im Vordergrund eines großen Ringens, das wir siegreich überstehen müssen, soll uns nicht für historische Fehler die Strafe des hoffnungslosen Verfalls und Untergangs treffen, soll uns Europäer nicht das Schicksal des Niedergangs und des Zusammenbruchs unserer Kultur ereilen, das vor uns in früheren Jahrhunderten ganze Völker und Erdteile erlebten. Wie steht der Kampf?

Historisch:

Der Weltkrieg hat uns, das kann ohne Prahlerei gesagt werden, tatsächlich mitten in die Weltrevolution hineingeführt. Das Nebeneinanderleben und das Miteinanderwirken der Menschen, der Klassen und Völker ist so hoffnungslos gestört und verwirrt worden, daß alle Methoden der bisherigen Staatskunst, alle Mittel der bisherigen Herrschaftsweise nicht mehr imstande sind, das Gleichgewicht wieder herbeizuführen. Unter den krampfhaftesten Zuckungen: Revolutionen, Aufständen, Krieg und wieder Krieg, Terror und weißem Schrecken ringt es in jedem Lande nach Neugestaltung des politischen und sozialen Seins. Alte Wirtschaftsformen versagen, neue ökonomische Kräfte drängen nach oben. Wir sind, historisch gesehen, mitten in einer Weltenwende größten Stils. Wie zurzeit der großen französischen Revolution und ihrer nachfolgenden Kriege, wie zurzeit der Umwälzungen, die der 30jährige Krieg für England, Frankreich, Deutschland und das ganze übrige Westeuropa brachte, so werden auch wir jetzt Jahre und Jahrzehnte stürmischer Kämpfe bald hier, bald dort zitternd miterleben. Darauf heißt es zu rüsten, darauf gilt es, sich taktisch einzustellen. Wenige Jahre haben wir mit Kriegen und Revolutionen erst hinter uns, weitere Jahre müssen folgen; denn die Probleme und ihre Entscheidungen sind zu groß. Wie sich im 17. Jahrhundert das Bürgertum in Frankreich und England die Entwicklungsmöglichkeiten sicherte, wie es sich um die Wende des vorigen Jahrhunderts nach Niederwerfung des Feudalismus in den Sattel schwang, um in den dreißiger und vierziger Jahren den Entscheidungsschritt zur kapitalistischen Macht durchzuführen, so soll jetzt nach Jahrzehnten der Sammlung und der Exerzitien der Massen das Proletariat zum Entscheidungskampfantreten, um seine geschichtliche Mission zu erfüllen im offenen Klassenkampf gegen die kapitalistische Bourgeoisie sich durch den Sozialismus die Erlösung zu erobern. Für diesen offenen Kampf gilt es, die Organisationen auszubauen, gilt es, alle kämpfenden Proletarier aller Länder zu vereinigen, nicht aber die Abwartenden oder Burgfriedlichen, die nur die Zuschauer oder Nutznießer des furchtbaren ökonomisch historischen Ringens sein können!

Weltpolitisch:

In allen kapitalistischen Ländern ist die Herrschaft der Bourgeoisie und ihrer Fürsten mehr oder minder stark bedroht. Die Arbeiterklasse ist in fast allen europäischen Ländern durch Aufklärungs- und Organisationsarbeit soweit entwickelt, daß sie entweder reformistisch Anteil an der Staatsgewalt zu nehmen versucht, oder zu revolutionärem Schlage rüstet, um die ganze Staatsmacht für das Proletariat zu erobern. In den meisten Ländern ist schon ziffernmäßig festzustellen, daß fast die Hälfte des Volkes dem Ziele des Proletariats, dem Sozialismus anhängt. Der Kapitalismus ist in Bedrängnis. Die Wage der Macht droht nach der anderen Seite auszuschlagen. Und wo die Bourgeoisie nicht pendelnd mit halben Zusagen und ganzen Täuschungen einen Ausgleich erreicht, schlägt sie wild um sich, die bedrohte Macht zu verteidigen. Bürgerkrieg tobt durch die Lande. Rußland, Finnland, Ungarn, Deutschland und Italien sind seine schauerlichen Fanale. Generalstreiks für die Sozialisierung und die brutalen Gegenschläge dazu erlebten sogar bereits die friedliche Schweiz und das siegreiche Frankreich. Ebenso England, dem noch die irländische Rebellion quälend in den Rippen sitzt, während der Orient im Zeichen nationaler Revolten gegen die kapitalistische Fremdherrschaft steht und bald von den Flammen der Empörung erfaßt sein kann. Also Bürgerkrieg überall! Ihn schleunigst zum klaren Klassenkampf des internationalen Proletariats gegen das Weltkapital, gegen den Imperialismus zu machen, ist unsere dringendste weltpolitische Pflicht. Darauf die Taktik und Organisation einzustellen, ist eine unerbittliche internationale Notwendigkeit, wie überall, so auch bei uns und erst recht bei uns, denn wir sind die nächsten, die die Welle der sozialen Revolution erfassen kann.

Oekonomisch:

Not und Mangel wohin wir blicken, doppelt schlimm beim Proletariat. Und nirgends ein Hoffnungsschimmer für Aussicht auf Besserung. Zu geringe Produktion an Nahrung, Kleidung und Wohnung. Was fern in der Welt produziert wurde, kann nicht transportiert werden. Die Schiffe und Kohlen fehlen. Was herangeschafft werden könnte vom Ausland, vermögen Proleten nicht zu bezahlen. Riesigste Teuerung — geringer Lohn! Maßloseste Steuern, — unerhörtestes Wachsen der Staatsschuld! Es geht international ohne rettenden Ausblick dem Chaos entgegen. Staatsbankrotte drohen, die die ganze Wirtschaft im Zusammenbruch mitreißen. — Nur eins jubiliert: das Privatkapital! Es profitierte im Frieden, bereicherte sich am Kriege und wucherte mit seinen Folgen grenzenlos. Damit reizt es uns auf, den Ausweg zu sehen: die Produktion geht gut, auch dem, der sie beherrscht! Also vorwärts zum Angriff gegen diese Herrscher und ihr System. Wir müssen die Produktion, die ökonomische Macht erobern, müssen uns der Produktion bemächtigen, sowohl ihrer Mittel, wie ihres Ertrages. Die Offensive dazu aufnehmen zu können, das ist der einzige Hoffnungsschimmer unseres trostlosen Daseins. Also legen wir endlich den taktischen Vormarsch fest, schaffen wir uns die Angriffsorganisation, und zwar jetzt, gleich den Brüdern jenseits der Grenzen.

Sozial:

Die Schichten wechseln. Zahlreiche, die früher ehrsam waren, sind heute heruntergekommen, ganze Familien, ganze Gruppen. Andere stiegen empor, woher, aus dem kapitalistischen Sumpf. — Ganze Schichten der Völker sind niedergegangen, teils physisch, teils moralisch, meist aber sozial. Was sind heute die Beamten und ähnliche Gruppen, wie geht es heute den Angestellten? Kriegsgewinn war nicht ihr Beruf. Meist sind sie noch unter den Stand der Oberschicht der Arbeiterschaft heruntergedrückt. Wohl empfinden alle den Absturz und manchmal wehren sie sich in Erhebungen, Streiks und Gewalttat verzweifelt. Aber was hilft's, es geht tiefer und tiefer ins Elend hinab. Jedoch fällt die politische Entscheidung für neue Wege und Mittel fast aller Beteiligten immer noch entsetzlich schwer. Sie taumeln dabei dann zwischen Extremen hin und her, denn die harte Zeit fordert oft rasche Entscheidung von ihnen. Was die Arbeiter in Jahrzehnten an sozialer an politischer Klärung erlernten, sollen andere Schichten jetzt in Wochen und Monaten erfassen und meistern, denn Fehler rächen sich rascher und schwerer denn je. — Zur gleichen Zeit ringen die Arbeitermassen unter sich, um Reform oder Aufstand. Die Oberschicht gegen die untere. Selbstbewußt nehmen Tausende teil an der Staatsmacht, um dabei dann leider als Kämpfer zu scheitern. Andere, gewarnt, blasen zum Sturm, zur Entscheidung gegen Elend und Not, für soziale Befreiung. Und soll uns nicht volle Verelendung packen, sollen wir durch sie nicht kraftlos und wehrlos werden, wie die österreichischen Brüder, dann heißt es schnellstens, straffste Ordnung zu schaffen in der Kampffront und alle Gruppen einfügen, die den Angriff wollen und seiner Einleitung vorarbeiten. Umgruppierung in Verbänden und Parteien bleibt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201011-13/fragment/page=0001

dabei keiner Schicht erspart, alle stehen in diesem Wirbel, dagegen nutzt weder Heulen noch Klagen. Die Zeit zu erkennen, ihre Methoden und Mittel zum Kampf, das formt die Partei und bringt sie voran.

Parteitaktisch:

Die Partei muß Steuermann sein in den Stürmen der kommenden Tage. Sie soll das Ziel kennen und den Weg. Sie soll uns anweisen, welche Mittel und Methoden den steinigen Weg zum Ziel rasch und sicher überwinden lassen. Wir wurden uns in der Partei bisher immer entschieden und klar über das Ziel und den Weg, über Sozialismus und Klassenkampf, über Rätesystem und Diktatur. Jetzt gilt es, über die Mittel des Klassenkampfes, die Methoden der Diktatur klar zu entscheiden. Der Theorie folgt die Praxis, der Gedanke fordert Tat. Und da bleibt keine Wahl: Jene Methoden und Mittel, gerade die Praxis und die Taten, die wir selber in schweren Kampfesjahren erkundeten, oft unter Opfern und Mühen, sie liegen jetzt vor uns in einem System, das vollendet gefügt ist. Was bisher durch uns tastend geschah, teilweise zögernd und halb, das soll jetzt bewußt, strategisch erfaßt für uns siegverheißend ganz Methode und Mittel werden. Historisch die Aufgabe sehen mit weitem Ausblick, weltpolitisch alles Geschehen erfassen, den ökonomischen Zwang zur sozialen Revolution erkennen und alle sozialen Kräfte umfassend zum Kampf führen, das ist der Grundtext der Thesen von Moskau.

Wir wollen Schluß mit der Kleinheit, mit dem öden Gezänk, mit dem Nörgeln am Handeln der anderen. Selbsthandelnd auftreten erfordert die Zeit von uns täglich und stündlich. Jeder Wendung des Kampfes, jeder Situation der Stunde soll unsere Forderung, wie sie der Augenblick erheischt, entgegengestellt werden, nicht bloß in Kritik, sondern im positiven Rufen zum Handeln. Parolen des Kampfes gilt es zu geben. Jedoch stets gerade die, die Klarheit schaffen über das, was im Augenblick auf dem Weg zum Ziel liegt und notwendig zu tun ist. Es darf nicht in einer einzigen Frage ein Ausweichen mehr geben, kein Zögern und Warten, sondern stets nur klare Parolen über alles was nötig und möglich, so daß kein Zweifel mehr bleibt über den Weg und das Mittel. Das wird der Partei nach den bisherigen Zeiten der Sammlung verstärktes Zutrauen schaffen in all den tausenden proletarischen Köpfen, die in Not und Kummer jetzt zu schwanken beginnen und am Ziel fast verzweifeln.

Vorwärts für die Klarheit und Einheit ist jetzt die Parole.

Klarheit wie sie der Weltkongreß zeigte. Einheit, die sich im Kampfe erprobt.

USPD. trotz alledem!

Von Artur Crispien.

Die USP. muß sterben! Ein Flügel geht zur SPD., der andere zur KPD. Damit basta! Das sagen die Bürgerlichen, die Rechtssozialisten, die Kommunisten, die Neu-Kommunisten, kurz alle, die der USP. die Daseinsberechtigung absprechen.

Die Hoffnung der Bürgerlichen auf den Tod der USP. ist ohne weiteres verständlich. Ist doch die USP. als revolutionäre Vertreterin der Arbeiterklasse der Todfeind der kapitalistischen Gesellschaft. Und wer wünscht seinem Todfeinde nicht ein rasches Ende?

Die Spekulation auf den Uebergang eines Teils der USP. zur SPD. verrät lediglich eine völlige Verkennung der Tatsachen. Zwischen jedem USP.-Genossen und der SPD. bestehen grundsätzliche Gegensätze, die nicht überbrückt werden können. Die SPD. ist in ihrem Wesen und in ihrer Taktik eine nationalsoziale Reformpartei. Sie ist für die bürgerliche Demokratie und hofft, die besitzenden Klassen mit dem Stimmzettel zu besiegen. Sie ist für die Arbeitsgemeinschaft und hofft das Massenelend durch ein Konkubinat des Kapitalismus mit dem Sozialismus zu beseitigen.

Die USP. vertritt den unverfälschten proletarischen Klassenkampf. Sie hat erkannt, daß das Proletariat die politische Macht durch die Anwendung aller tauglichen Kampfmittel erobern muß, daß das vornehmste und entscheidende Kampfmittel die Aktion der Masse ist. Sie erblickt in der Diktatur des Proletariats eine historische Notwendigkeit für die Uebergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus und wird die sozialistische Gesellschaft nach den Grundsätzen des Rätesystems organisieren.

Die Scheidung zwischen der USP. und der SPD. ist vollkommen klar: hier revolutionäre Partei, dort reformistische Partei!

Wer sich zur USP. bekennt, bekennt sich zur proletarischen Revolution und kann darum nicht zur SPD. gehen.

Die USP. hat die geschichtliche Mission, Vorkämpferin des klassenbewußten Proletariats für die sozialistische Revolution zu sein, und sie muß und wird solange bestehen, bis der Sozialismus verwirklicht ist. Diese historische Mission kann, soweit Deutschland in Betracht kommt, von keiner anderen Partei erfüllt werden. Auch nicht von der KPD. Es können Teile der USP. zu der KPD. gehen, alle jene Genossen, die den Glauben an die USP. und an ihre Grundsätze verloren haben, aber die USP. kann und wird nicht als Partei abdanken. Die KPD. ist nicht imstande, die historische Mission zu erfüllen, die die USP. zunächst für die deutsche Arbeiterklasse übernommen hat. Wieso nicht? Nun, weil die KPD. lediglich ein Werkzeug der russischen Kommunisten ist.

Die russischen Kommunisten kamen zur politischen Macht bevor in Rußland in der Gesellschaft und im Proletariat die Vorbedingungen für die sofortige Verwirklichung des Sozialismus gegeben waren. Sie mußten, wie Trotzki offen zugab, Konzessionen an die rückständigen Schichten des russischen Volkes machen: Land den Bauern. Bedeutungslosigkeit des Rätesystems in der Praxis. Die russischen Kommunisten mußten ferner die Diktatur nicht nur von den bürgerlichen Schichten und Klassen auf die Bauern ausdehnen, sie mußten auch immer wachsende Teile der städtischen Arbeitermassen unter die Diktatur stellen. Mit der Ausdehnung der Diktatur verschärfte sich zwingend die Art der Diktatur bis zum Terror.

Ich klage die russischen Kommunisten nicht an, ich entrüste mich auch nicht über sie, ich stelle nur die Tatsachen fest, wie sie mir von russischen Kommunisten selbst persönlich in Rußland mitgeteilt worden sind und wie ich sie auch bestätigt gefunden habe.

Soweit gut. Nun wollen aber die russischen Kommunisten ihre opportunistischen Maßnahmen, die dem spezifischen Charakter der russischen Revolution entsprechen, zu allgemein gültigen Prinzipien der proletarischen Revolution machen. Wir sollen auch in Deutschland den Bauern Land versprechen, wir sollen auch in Deutschland an Stelle des Rätesystems eine Zentrale mit einer Fülle von Macht setzen und an Stelle der unmittelbaren Wirksamkeit der Massen auch in Deutschland eine eiserne militärische Disziplin einführen. Ferner sollen wir den Terror als Regierungssystem auch für Deutschland anerkennen.

Diese opportunistischen Zumutungen der russischen Kommunisten lehne ich als revolutionärer Sozialist ab.

Unser Programm verbietet uns, den Bauern Land zu versprechen. Wir haben nach unserem Programm, wenn wir zur Macht gekommen sind, den Großgrundbesitz und die großen Forsten sofort in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Wir haben die Landarbeiter aus der Lohnknechtschaft zu befreien und sie im wirtschaftlichen Rätesystem mit den Angestellten zusammenzufassen, damit sie als Beauftragte der Gesellschaft, für die Gesellschaft die Großbetriebe bewirtschaften.

Unser Programm verbietet uns, die bürgerliche Bureaukratie durch eine proletarische Bureaukratie abzulösen. Unser Programm spricht vielmehr aus, daß nach der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse das Rätesystem zur vollsten Geltung kommt. Nach dem wirtschaftlichen Rätesystem werden die Arbeiter die Produktion planmäßig organisieren. Durch das politische Rätesystem, der Grundlage für die Organisation des proletarischen Staates, werden die Arbeiter die Träger der Produktion, auch die Träger der öffentlichen Gewalt sein.

Der Geist unseres Programms verträgt es nicht, an Stelle einer Zentralisation, die sich auf die freiwillige Disziplin der Massen aufbaut, die Zentralisation eines militaristischen Despotismus zu setzen. Die Vernunft der Zentralisation darf nicht so weit getrieben werden, daß sie zum Unsinn und zur Plage wird. Die Zentralisation muß die Erkenntnis von Millionen zu einer Erkenntnis, den Willen von Millionen zu einem Willen, die Taten von Millionen zu einer Tat werden lassen. Eine solche Zentralisation setzt eine Masse voraus, die nicht aus gehorchenden Individuen, sondern aus kritisch denkenden, verantwortungserfüllten, selbständigen Persönlichkeiten zusammengesetzt ist.

Unser Programm verbietet uns, den Terror als Regierungssystem anzuerkennen. Wir lehnen sinnlose Gewalttaten gegen Personen und Produktionsinstrumente ebenso ab, wie haß- und rachererfüllte terroristische Ausschreitungen nach dem Vorbild untergehender Klassen. Hier befinden wir uns in Uebereinstimmung mit dem Programm des Spartakusbundes, dessen Mutter unverkennbar die Genossin Rosa Luxemburg war. Es heißt dort: „In den bürgerlichen Revolutionen war Blutvergießen, Terror, politischer Mord die unentbehrlichste Waffe in der Hand der aufsteigenden Klassen. Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft, weil sie nicht mit naiven Illusionen in die Arena tritt, deren Enttäuschung sie blutig zu rächen hätte. Sie ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Millionenmasse des Volkes, die berufen ist, die geschichtliche Mission zu erfüllen."

Die russischen Kommunisten bezeichnen solche Ansichten, wie sie hier im Programm des Spartakusbundes ausgesprochen werden, als kleinbürgerliche Spießbürgerei, eines — Kautsky würdig. Die KPD. hat denn auch gehorsam ihren Namen Spartakusbund abgelegt und das Programm des Spartakusbundes zum alten Eisen geworfen, um sich restlos den russischen Kommunisten unterzuordnen. Das ist bezeichnend für die „Politik" der KPD. Es ändert aber nichts daran, daß die Ablehnung des Terrors als politisches System nach wie vor durchaus marxistisch und revolutionär ist.

Unser Programm weist die Diktatur des Proletariats als historisch notwendig nach. Die Diktatur des Proletariats ist der Ausdruck für den Besitz der politischen Macht. Sie ist gegen die nichtproletarischen Klassen gerichtet, sie darf nicht außerdem auch noch gegen die eigene Arbeiterklasse angewendet werden. Die Diktatur des Proletariats ist ein vorübergehender Zustand, der mit dem Fortgang der Verwirklichung des Sozialismus Schritt für Schritt verschwindet, bis in der klassenfreien, in der sozialistischen Gesellschaft das Prinzip der Demokratie seinen wahren Sinn erhalten hat. Diktatur des Proletariats bedeutet nicht Schreckensherrschaft, sondern besonnene und bewußte planmäßig organisierte und von höchster sozialistischer Sittlichkeit getragene Ausübung der politischen Macht durch die von wissenschaftlich geschulten Sozialisten geführte Arbeiterklasse.

Das Programm der USPD. läßt sich nicht mit dem in Einklang bringen, was die russischen Kommunisten von uns fordern. Das Programm der USP. entspricht den besonderen Bedingungen der proletarischen Revolution in Deutschland unter Berücksichtigung jener Interessen, die die Arbeiter aller Länder gemeinsam haben.

Die russischen Kommunisten bauen ihre Hoffnungen auf die Erwartung auf, daß die proletarische Revolution wie ein urplötzlicher Sturmwind durch die Länder Europas braust. Da sich diese Erwartung nicht erfüllen will, versuchen sie die Weltgeschichte durch russische Methoden zu vergewaltigen. Sie möchten sofort erzwingen, was sich nur als historischer Prozeß abspielen kann. Darum wollen die russischen Kommunisten nicht den Zusammenschluß der revolutionären sozialistischen Parteien aller Länder, sondern nur eine internationale Kommunistische Partei, deren Mitglieder in eiserner militärischer Disziplin die Befehle der mit einer Fülle von Macht ausgestatteten Exekutive auszuführen haben.

Ein internationale überzentralisierte Partei verträgt in den einzelnen Ländern keine selbständig denkenden Führer. Sie ist auf Fügsamkeit und Unterordnung angewiesen. Die Mitglieder in den einzelnen Ländern dürfen keine Götter haben neben den Göttern im Kreml. Um das zu erreichen, muß die Partei fortgesetzt in ihrem persönlichen Bestand „gereinigt" werden, bis in den einzelnen Ländern, außer Rußland, alles „rausgesäubert" ist, was Vernunft, Intelligenz, Besonnenheit und politischen Charakter besitzt.

Die USPD. hat den russischen Kommunisten viel zu viel selbständig denkende Funktionäre — und sie würden nie die Furcht vor ihrer Widerspenstigkeit los werden, müßten sie sich mit der USPD. als Ganzes zusammenschließen. Um das zu verhindern, sind die Aufnahmebedingungen absichtlich so scharf formuliert, daß ihre Annahme und Durchführung die USPD. spaltet, daß niemand als USPD.-Genosse zur 3. Internationale gehen kann, daß jeder USPD.-Genosse unser Programm abschwören und sich kommunistisch taufen lassen muß, bevor er in der allein seligmachenden kommunistischen Kirche aufgenommen wird.

Würde sich die USPD. auflösen, würde sie zugunsten der KPD. abdanken, die USPD. müßte sofort neu gegründet werden! Denn sonst hätte das klassenbewußte deutsche Proletariat keine politische revolutionäre Vorkämpferin. Die KPD. ist russisch orientiert. Daher ihr organisatorisches Unvermögen, ihre verfehlte Taktik, ihre unfruchtbare Politik und ihre notorische Fähigkeit, den ihrer Führung folgenden Teil der Arbeiter aus einer Niederlage in die andere zu stürzen.

Die USPD. wird auch diesen Stürmen trotzen! Die bürgerlichen Klassen, die Rechtssozialisten wie die Kommunisten werden bald erkennen, daß ihr Generalangriff gegen die USPD. zusammenbrechen muß. Die USPD. kann nicht beseitigt werden, weil sie nicht nur tief in den Notwendigkeiten der proletarischen Revolution in Deutschland wurzelt, sondern weil sie auch ihre geschichtlichen internationalen Aufgaben erkannt hat. Die bürgerlichen Klassen werden rascher als sie zu ahnen scheinen, das klassenbewußte Proletariat unter Führung der USPD. wieder gegen sich aufmarschieren sehen. Die Rechtssozialisten, die Arbeits des Klassenkampfes Disteln köpfen, werden die USPD. nicht sterben sehen. Und die Kommunisten, die schimpfend hinter der Revolution herlaufen, werden die USPD. nicht zu zertrümmern vermögen. Die USPD. wird gefestigter und reifer aus den jetzigen Auseinandersetzungen hervorgehen und deshalb an Vertrauen bei den Arbeitern gewinnen und stärker und mächtiger und aktionsfähiger werden.

Ich habe nie fester an die USPD. geglaubt, ich bin nie zuversichtlicher gewesen, als gerade in diesen Tagen! Und mit jedem Tag stärkt sich meine Gewißheit, daß der USPD. die Zukunft gehört, trotz alledem!

Die Schicksalsstunde der Partei.

Von Kurt Rosenfeld.

Am 12. Oktober 1890 trat in Halle der erste sozialdemokratische Parteitag nach dem Falle des Sozialistengesetzes zusammen. Es war ein Kongreß von welthistorischer Bedeutung; er schuf die Grundlagen für das stolze Gebäude der deutschen Sozialdemokratie. Genau 30 Jahre später, just am selben Tage, und abermals in Halle versammeln sich die Delegierten der USPD. zu dem Parteitage, der, wie befürchtet werden muß, möglicherweise die Spaltung der Partei bringt. Unsere junge Partei befindet sich in schwerer Krisis und — man kann es ohne Uebertreibung sagen — weit über die deutschen Grenzen hinaus verfolgt man den Verlauf unserer Auseinandersetzungen mit gespanntester Aufmerksamkeit. Die bürgerlichen Parteien frohlocken: Ihr schärfster und gefährlichster Gegner, die einzige revolutionäre Massenpartei Deutschlands, ist drauf und dran, Selbstmord zu üben; die anderen Arbeiterparteien aber bereiten sich schon darauf vor, von rechts und von links her am Leichenschmause teilzunehmen.

Vor 30 Jahren rief Wilhelm Liebknecht in Halle bei der Eröffnung des Parteitages den Delegierten zu: „Sie alle sind sich bewußt der Bedeutung des Moments und der Verantwortlichkeit, die auf Ihnen, auf uns allen ruht. — Sie werden die Hoffnungen des arbeitenden Volkes aller Länder nicht täuschen; auf der anderen Seite aber werden Sie auch die Hoffnungen derjenigen zuschanden machen, welche da wähnen, die Sozialdemokratie, die von ihren Feinden nicht beseitigt werden konnte, werde sich selbst durch inneren Zwiespalt beseitigen." Die Delegierten von 1890 rechtfertigten die Erwartungen unseres „Alten". Wird der 12. Oktober 1920 ein kleineres Geschlecht finden?

In letzter Stunde möchte ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß die USPD. die kommenden Stürme überdauere und aus der jetzigen Krise gestärkt hervorgehe. Müssen wir uns denn wirklich spalten?

Es liegt mir fern, eine Verwischung der Gegensätze das Wort zu reden. Lange genug tobt der Kampf in unseren Reihen. Jetzt muß endlich Klarheit, vollständige Klarheit geschaffen werden, damit wir wieder dem gemeinsamen Feind, der Bourgeoisie, eine geschlossene Front entgegenstellen können.

Worüber sind wir einig? Worum geht der Streit?

Einig sind wir darin, daß wir den Anschluß an die 3. Internationale wollen. Das haben wir schon in Leipzig ausgesprochen. Nach dem Bankrott der 2. Internationale ist es unsere Aufgabe, das klassenbewußte Proletariat der ganzen Welt in den Kampf gegen das internationale Kapital zu führen. Die Moskauer Internationale ist da. Von Parteitag zu Parteitag sind wir ihr in immer höherem Maße entgegengewachsen. Wir schickten unsere Delegation nach Moskau und wir hofften, daß sie uns den Weg zur 3. Internationale freimachen würde. Diese Hoffnung ist geschwunden; Moskau hat uns 21 Bedingungen gestellt, die für einen großen, vielleicht für den größten Teil unserer Partei unerträglich, unannehmbar sind. Was liegt da näher, als daß wir klar und deutlich erklären: Wir bekennen uns grundsätzlich heute wie schon in Leipzig zur Kommunistischen Internationale, und wir wollen den Anschluß vollziehen, aber unter anderen Bedingungen, unter Bedingungen, die dem Wesen unserer Partei entsprechen.

Wenn man heute auf die Diskussion zurückblickt, die in den letzten Wochen in unseren Versammlungen und Zeitungen gepflogen wurde, so muß man zugeben, daß in der ganzen Partei nicht ein einziger denkender Parteigenosse aufgetreten ist, der erklären konnte, er sei mit allen Moskauer Bedingungen restlos einverstanden. Auch die Befürworter der 21 Punkte sagten nur, die Bedingungen seien nicht so wörtlich zunehmen, und sie würden nachher doch nicht durchgeführt werden, wenn wir erst in die Internationale aufgenommen worden seien. Viele Vertreter der Bedingungen haben sich auch erst nach schwerem innerem Kampfe zur Annahme des Moskauer Diktates entschlossen, und manche von ihnen sind auch heute noch nicht ohne Bedenken. Daraus geht hervor, daß die Anschlußbedingungen Bestimmungen enthalten, die mit dem ganzen Charakter der westeuropäischen revolutionären Parteien unvereinbar sind. Ist dies aber der Fall — und das ist meine feste Ueberzeugung — dann kann es nur heißen: Weg mit solchen Bedingungen!

Die Erörterungen haben bewiesen, daß in unseren Organisationen manches verbesserungsbedürftig ist. Diese Erkenntnis verdanken wir Moskau. Gestalten wir zunächst unsere Partei aus eigener Kraft um, so daß sie eine noch schlagkräftigere revolutionäre Massenpartei wird, und dann versuchen wir von neuem, den Leipziger Parteitagsbeschluß durchzuführen und den Anschluß an die 3. Internationale herbeizuführen.

Mag sein, daß dieser Weg manchen unter uns zu lange dauert. Mögen sie unsere Reihen verlassen! Wir anderen aber wollen zusammenbleiben und alle Kraft daransetzen, unsere Partei geschlossen zu erhalten. Nicht allein um der Partei, sondern vor allem um der internationalen revolutionären sozialistischen Bewegung willen, die um so schwächer ist, je mehr die sozialistischen Parteien sich spalten und je kleiner die Parteien der einzelnen Länder sind. Verfahren wir anders, so haben wir die Spaltung. Dann tun wir das, worauf unsere Gegner warten.

Unseren Genossen sollte es zu denken geben, mit welchem Unwillen die Rote Fahne den letzten Tage durch unsere Parteipresse gegangenen Aufruf begleitet, in dem es hieß:

„... Erklären wir uns in Halle grundsätzlich zum Anschluß an die 3. Internationale bereit, aber unter Bedingungen, durch welche die Autonomie der Partei gewahrt wird. Schaffen wir zunächst selbst eine zentralistisch organisierte Kampfpartei."

Man kann darüber hinweggehen, daß das Zentralorgan der Kommunisten diesen Vorschlag als „Eselsbrücke" und als Kompromiß bezeichnet. Ernstlich kann von einem Kompromiß ja gar nicht gesprochen werden, da klipp und klar grundsätzlich der Anschluß an die 3. Internationale gefordert, die 21 Bedingungen aber abgelehnt werden. Es wird nichts verwischt und nichts vertuscht. Der Vorschlag bemüht sich nur, Uebertreibungen in der Darstellung der in unserer Partei vorhandenen Gegensätze entgegenzutreten und einen Ausweg zu suchen, der die Partei vor der Spaltung bewahrt.

Bedeutungsvoller ist, daß die Rote Fahne weiter hervorhebt, ein Teil der „linken" USP.-Führer vertrete die im Aufruf dargelegte Auffassung. Eine solche Lösung des Kampfes sei aber

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201011-13/fragment/page=0002

Lösung im Sinne der 3. Internationale, keine Lösung im Sinne der Aufnahmebedingungen.

„Kommunistisch kann die USP. nur dann werden, wenn sie nicht nur formale Erklärungen abgibt, sondern in ihrer täglichen Politik die Grundsätze der 3. Internationale befolgt. Dazu ist vor allem eine reinliche Scheidung von den Crispien und Hilferding und auch von den Rosenfeld und Kunert, die in ihrer radikalen Phraseologie und praktischen Impotenz noch gefährlicher als die äußerste Rechte sind, notwendig."

Mit dieser Erklärung des offiziellen Organs der deutschen Sektion der Kommunistischen Internationale ist völlige Klarheit über die Anschlußbedingungen der 3. Internationale geschaffen. Nicht nur Kautsky und Hilferding, sondern auch bereits die sogenannten „linken" Führer der USPD. sollen geopfert werden, damit die Partei in das Heiligtum der 3. Internationale einziehen kann. Werden da zum Beispiel noch die Genossen Hennig und Höllein, die ähnliche Vorschläge gemacht haben, wie die in der Roten Fahne kritisierten, von dem Ausschluß verschont bleiben? Wer wird noch übrig bleiben, bis unsere Genossen das Allerheiligste in Moskau betreten?

Vergessen wir bei den Beratungen des Parteitages nicht, was uns eint: **Das Bekenntnis zur revolutionären Aktion, zur Diktatur der Proletariats und zum Rätesystem.**

In Halle schlägt nicht nur die Schicksalsstunde der Partei, in Halle wird über das Schicksal der deutschen Revolution entschieden.

Parteitagsdelegierte! Seid Euch Eurer ungeheuren Verantwortung bewußt!

Einheit oder Klarheit!

Von Bernhard Düwell.

In den schweren Auseinandersetzungen der letzten Wochen wurde eine Sorge von beiden Seiten geteilt: die um die Einheit der Partei. Sie entsprang nicht nur einer gefühlsmäßigen, sondern zugleich auch verstandesmäßigen Ueberlegung, weil eben niemand die Notwendigkeit einer revolutionären Einheitsfront des Proletariats verkennt. Aber sie darf uns in den zu treffenden Entscheidungen nicht bestimmend beeinflussen. Marxistisch ist es, aus Tatsachen Entwicklungstendenzen abzuleiten und Schlußfolgerungen zu ziehen, ohne dabei einem nicht grundsätzlichen Gesichtspunkt erhöhte Bedeutung beizulegen. Die Einheit des Proletariats aber ist zwar eine taktische, nicht aber grundsätzliche Frage.

Das dürfen wir bei unseren Erörterungen nicht vergessen. Was wir als grundsätzlich richtig erkannt haben, müssen wir ohne Schwanken und Zaudern praktizieren. Der Chirurg entfernt rücksichtslos ein Glied, wenn dessen Brand den ganzen Körper zu vergiften droht, ohne Rücksicht auf dessen Unersetzbarkeit. Und so müssen auch wir jetzt handeln im Interesse des Proletariats: rücksichtslos aussprechen was ist, um zum notwendigen Neuen zu gelangen.

Es sind nicht nur taktische Differenzen, die wir zu schlichten haben. Die Entscheidung in der Frage unserer internationalen Stellung ist zugleich eine Entscheidung für die Probleme der Demokratie oder Diktatur. Die Taktik unserer Partei war bisher nahezu ausschließlich eingestellt auf einen friedlichen, sozusagen legalen Sieg sozialistischer Erkenntnis. Dementsprechend bewegte sie sich lavierend und paktierend auf dem Boden der Formen und Mittel des kapitalistischen Klassenstaates. Das Prinzip dieser Politik mußte notwendig ein Herankommenlassen der Dinge an die Entscheidungen der Partei sein. Wir sahen ihrer Entwicklung zu, ohne aktiv in ihre Gestaltung einzugreifen. Verpaßte Gelegenheiten sonder Zahl waren die Meilensteine auf dem Wege dieser unserer Politik. Um nur einige zu nennen: Kapp-Putsch, Auslieferungsfrage, Steuerfrage, Frage der Betriebsräte und politischen Arbeiterräte. Immer lebten wir in der Hoffnung auf Segen, ohne den ernsthaften Versuch mit allen Mitteln, ihn zu erzwingen.

Gewiß hatten wir programmatisch die Diktatur des Proletariats als notwendig anerkannt: aber nicht als Notwendigkeit des Tages, die Aufschub nicht duldet. Infolgedessen wurde die notwendige geistige und taktische Einstellung auf die Erzwingung ihrer Tatumsetzung verabsäumt über dem Streben nach einem mehr oder minder opportunistischen Standpunkte zu den Begebenheiten der Entwicklung. Das Resultat war unsere negative Wirkung in historischen Momenten, die dauernde Erstarkung der Bourgeoisie, die ihre tatsächliche politische Diktatur ausnützte zur Vorbereitung und Schaffung von Machtmitteln zur Behauptung und Vollendung ihres derzeitigen Sieges über das Proletariat. Eine tiefe Unzufriedenheit der Massen unserer Partei mit ihr, das Schwinden ihres Vertrauens zu ihr und der eigenen Stärke — was viel schlimmer ist — ergab sich zwangsläufig aus dieser Entwicklung.

Der Kernpunkt unseres Konflikts ist jetzt der Kampf um die Methoden zur Verwirklichung der Diktatur des Proletariats, zur notwendigen Beschleunigung der sozialen Revolution. Die Dinge entwickeln sich nicht lediglich kraft immanenter Gesetze zu gewollten Formen und Tatsachen: wir müssen ihre Gestaltung aktiv zu beeinflussen versuchen. Gewiß trägt die ökonomische Entwicklung ihr Gesetz in sich. Aber wenn wir ihre Folgen und das Ziel erkannt haben, müssen wir alle Mittel benützen, um sie im Sinne des Proletariats zu meistern.

Das Charakteristikum unserer gegenwärtigen politisch-ökonomischen Situation ist unbestritten ihr Gleiten in das Stadium aufs höchste zugespitzten Klassenkampfes, an dessen Schwelle der Bürgerkrieg steht. Er ist bereits latent geworden mit sich wiederholenden Aufwallungen des akuten Kampfes zwischen Proletariat und der bewaffneten borgeoisen Macht. Erkennen wir das an -- und bisher hat keine Seite diese These ernsthaft bestritten: so erkennen wir damit an die Voraussetzungen der Grundsätze und Taktik der 3. Internationale, wie sie in den 21 Bedingungen knapp und hart geformt sind. Sie zwingen zur bewußten Rüstung gegen die immer bedrohlichere Stärke und Aktivität der bourgeoisen Versuche zur dauernden Machtbefestigung über das Proletariat. Sie zwingen zur Vorbereitung der Diktatur des Proletariats als Ablösung der evolutionären Methoden des demokratischen Prinzips.

Dieser Kampf muß ausgefochten werden, es gibt in ihm keine Verständigung lediglich unter dem Gesichtswinkel der Bewahrung der Einheit der Partei. Zwischen Zaudern und Treibenlassen und Vorwärtsschreiten und Meistern sind keine möglichen Zwischenstufen. Unsere Politik war ein Versuch, sie zu finden; sie mußte deshalb fruchtlos bleiben, weil der Zusammenprall gegensätzlicher Auffassungen innerhalb der Partei notwendig ihre Aktionskraft lähmte. Jetzt muß eine klare Entscheidung gefällt werden, ohne Rücksicht auf die Konsequenzen. Es gibt nur noch — und zwar im Interesse des Proletariats — ein Entweder — Oder; was fällt, das fällt!

Hie Moskau, hie Genf: das ist letzten Endes die Formel unseres inneren Kampfes. Machen wir uns nichts vor: bisher lebten wir in der Illusion der Möglichkeit eines Kompromisses zwischen beiden. Es ist unmöglich, weil die Sprache und die Tatsachen der Wirklichkeit es nicht wurzeln lassen.

Auch der Aufruf der Genossen Knauf, Kunert, Löwenstein usw. an die Parteitagsdelegierten muß deshalb wirkungslos bleiben. Abgesehen davon, daß die in ihm vorgeschlagene Lösung — Anschluß an die 3. Internationale unter Wahrung der Autonomie der Partei — ein Widerspruch in sich selbst ist, denn man kann sich nicht einer überstaatlichen Organisation anschließen, ohne gewisse autonome Rechte preiszugeben, bringt er abermals keine endgültige Lösung unserer Hauptdifferenzpunkte. Er schafft ein neues Kompromiß zur Stunde, da unser politischer und ökonomischer Zustand entschlossenes Handeln nach der einen oder anderen Seite verlangt. Wir müssen uns einmal klar und einwandfrei entscheiden mit allen Konsequenzen, ob wir revolutionäre und aggressive Politik und Propaganda treiben, oder immer wieder kompromißlich einen modus vivendi anstreben wollen. Wir müssen die Konsequenzen unseres Bekenntnisses zur Diktatur des Proletariats ziehen und sie vorbereiten: wir müssen rüsten auf die soziale Revolution, auf die Weltrevolution, auf den Zustand am Ende der kapitalistischen Entwicklung, der nach Marx eben nur ein solcher des entscheidenden, offenen Bürgerkrieges als Geburtshelferin der neuen, sozialistischen Gesellschaft sein kann.

Sicherlich ist die Einheit der Partei ein großes, ein köstliches Gut. Aber sie ist nicht Ziel der proletarischen Bewegung, sondern nur siegfördernder Umstand, Mittel zum Zweck. Das Ziel des proletarischen Klassenkampfes ist der Sozialismus. Sein Erfolg ist nicht an die organisatorische Einheit zwar im Ziel Einiger, aber im Wege Haderuder geknüpft. Sein Erfolg und die Stärke des proletarischen revolutionären Kampfes ist vielmehr gesichert nur durch die organisatorische Zusammenfassung der im Ziele und im Wege Uebereinstimmenden. Sie besteht in der Zusammenfassung aller revolutionären Elemente taktischer Gleichrichtung. Sie verwirklicht die höhere revolutionäre Einheit des Proletariats, die wir brauchen und anstreben durch unser absolutes Bekenntnis zur 3. Internationale. Erst muß der Weg, der uns zur Diktatur des Proletariats allein führen kann, den uns die 3. Internationale grundsätzlich gezeigt, festgelegt sein: dann ist die Bahn frei für die organisatorische Zusammenfassung der proletarischen revolutionären Elemente. Erst die Klarheit im Prinzip und Taktik, dann die Einheit des Handelns und der Sammlung: das muß unsere Parole sein! Und die Genossen, die jetzt noch widerstreben, werden nach einer Entscheidung des Parteitages für den Anschluß an die 3. Internationale auf Grund der Bedingungen zu beweisen haben, ob sie die Einheit der Partei über alles stellen. Die Entfernung der Widerstrebenden nach der einen oder anderen Richtung wird keine organisatorische Maßnahme, sondern eine individuelle Angelegenheit sein. Unser Wunsch ist, das dabei das Wohl des Proletariats über alles gestellt werde!

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Paul Hennig; für Wirtschaftliches, Gewerkschaftliches und Unterhaltungsblatt: Karl Bock; für Lokales Werner Scholem; für Aus der Provinz und den Artikel Klassenjustiz im Hallischen Bezirk: Hans Bohla; für Anzeigen: Fritz Krob; Verlag Volksblatt, G.m.b.H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e.G.m.b.H., sämtlich in Halle

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Der Machtkampf in der Presse.

Die Aussperrung im Berliner Zeitungsgewerbe geht weiter. Die Inhaber von 150 Firmen haben sich bereit erklärt, die Herstellung von Zeitungen und sonstigen Arbeiten zu übernehmen und bei Ablehnung dieser Arbeiten durch die Arbeiterschaft diese zu entlassen. Es erscheinen infolgedessen in Berlin keine bürgerlichen Zeitungen mehr; auch die Welt am Montag ist verhindert, zu erscheinen. Es wurde versucht, in Charlottenburg eine sogenannte Einheitszeitung herzustellen, doch weigerte sich das Personal, solche Streikarbeit zu leisten; es wurde sofort fristlos entlassen. Nun versuchen die Gewaltigen des Zeitungsgewerbes, den Machtkampf in der Presse auf das ganze Reich zu übertragen. Man steht hier vor großen Ereignissen!

Rechtssozialistischer Parteitag.

Kassel, 10. Oktober. (W. T. B.). Der sozialdemokratische Parteitag trat heute unter Teilnahme von etwa 500 Delegierten zusammen. Nach einer Begrüßungsrede von Oberbürgermeister Scheidemann wurden zu Vorsitzenden des Parteitages Hermann Müller und Scheidemann gewählt. Für die dänische Sozialdemokratie begrüßte Stauning, für die schwedische Engbjerg den Parteitag. Troelstra wird für Holland erscheinen.

Notizen.

Der deutsche Schulstreik in Böhmen wurde am 8. und 9. Oktober planmäßig durchgeführt.

Rabindranath Tagore erhält Einreiseerlaubnis. Zu der vor kurzem gebrachten Meldung, daß dem bekannten indischen Dichter Rabindranath Tagore deutscherseits die Erlaubnis zur Einreise nach Deutschland verweigert worden sei, wird durch WTB. amtlich versichert, daß Rabindranath Tagore die Einreiseerlaubnis nicht beantragt hat. Es verstehe sich von selbst, daß einem etwaigen Besuch des berühmten Dichterphilosophen von den deutschen Behörden keinerlei Schwierigkeiten bereitet werden würden.

Zeitungssetzerstreik in Spanien. Nach einer letzten Meldung aus Valencia streiken dort die Zeitungssetzer. Keine Zeitung erscheint.

Volksabstimmung in Kärnten. Am gestrigen Sonntag fand in der Zone A des Abstimmungsgebietes Kärnten die Volksabstimmung statt. Die Wahlbeteiligung ist sehr rege. Ein Ergebnis ist noch nicht bekannt.

Der Schweizer Parteivorstand gegen die Bedingungen!

Olten, 10. Oktober. Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei der Schweiz hat einen Antrag angenommen, der sich gegen die 21 Moskauer Bedingungen ausspricht.

Gewerkschaftliches.

Die städtische Arbeiterschaft von Chemnitz ist heute abend wegen Lohnstreitigkeiten in den Streik getreten. Infolgedessen wurden das städtische Elektrizitätswerk und das städtische Gaswerk abends stillgelegt. Die Stadt liegt im Dunkeln.

In der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Oppau hat die Belegschaft der Gasfabrik wegen nichtbewilligter Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt. Die Stillegung dieses wichtigen Teiles des Betriebes führte in kürzester Frist zum Erliegen des gesamten Betriebes. Eine erfolgte Abstimmung ergab, daß sich die große Mehrzahl der Belegschaften des Werkes mit den Entlassenen solidarisch erklärte.

Der Elektrizitätsarbeiterstreik in Mailand hat mit einem Erfolge für die Streikenden geendet. Nachdem zwischen den Arbeitern und der Elektrizitätsgesellschaft gestern abend eine Einigung zustande gekommen ist, erhielt die Stadt wieder Strom; die Straßenbahnen verkehren wieder.

Allerlei.

Mordtat beim Admiral Scheer.

In Weimar wurde am Sonnabendnachmittag in der Villa des bekannten Admirals Scheer eine Mordtat verübt. Im Kohlenkeller der Villa wurde zunächst das Dienstmädchen des Admirals tot aufgefunden. Im Vorkeller lag die Gattin des Admirals, tödlich durch einen Kopfschuß verletzt, und vor der Korridortür die 19jährige Tochter des Admirals, durch einen Brustschuß ebenfalls schwer verletzt. Admiral Scheer befand sich in einem Zimmer des obern Stockwerkes der Villa. In einem Nebenkeller lag der Mörder, der Maler Karl Büchner, der durch einen Schuß in den Kopf sich selbst entleibt hatte. Als die Schüsse fielen, floh ein zweiter Mann aus der Villa, dem man auf der Spur ist. Es ist noch nicht ermittelt, ob es sich um einen Raubmord handelt, da in der Villa selbst nichts gestohlen worden ist.

Einige Fälle von Flecktyphus sind in Kochlowitz bei Kattowitz (Oberschlesien) festgestellt worden.

Die vorliegende Parteitagsnummer des Volksblattes umfaßt 20 Seiten.

Schuhe für Herbst und Winter!

Sonder-Angebot!

Herrenstiefel.

Rindbox, kräftiger Strapazierstiefel **162⁵⁰**

Die neue Form, mit hoher Kappe, randgenäht, besonders preiswert **198⁰⁰**

Sportstiefel, Goodyear, mit Doppelsohlen und Hochschaft **235⁰⁰**

Sonder-Angebot!

Damenschuhe.

Boxkalf, Halbschuhe, Goodyear . . **150⁰⁰**

Boxkalf, Stiefel, die neue Form, mit und ohne Lackkappe, Rahmenarbeit **235⁰⁰**

Sportstiefel, Hochschaft, geschlossene Lasche, starke Doppelsohle . . . **285⁰⁰**

Hausschuhe, einfacher u. eleganter Art, große Auswahl **besonders billige Preise.**

Friedrich Oehlschläger, nur Leipziger Str. 3 (altes Geschäft)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201011-13/fragment/page=0003

Volkspark, Burgstr. 27.
Heute abend, in den unteren Räumen:
KONZERT.

U.T

Leipziger Straße 68 Fernruf 1294 | Alte Promenade 11a Fernruf 5788

Der gewaltige Auslandsfilm:
Verzweifelt oder **An den Grenzen des Wahnsinns.** Tragödie d. Leidenschaft in 5 Akten. Vornehme Handlung, Kunst der Schauspiel., Prunk der szenischen Ausstattung kennzeichnen dies. Film als ein Meisterwerk.
Vorführ.: 4.40 6.50 9.10.

Arnold Rieck in dem Lustspiel in 2 Akten **Reingefallen.**
Vorführ.: 4.10 6.20 8.30.

Filmsterne. I. Teil. Trickzeichnungen in 1 Akt.

Beginn Wochentags 4 Uhr.
Wochentags bis 5 Uhr kleine Preise bei vollem Programm.
4269

Algol, das Teufelsauge oder **Die Tragödie d. Macht.** Gr. Sensationsfilm in 5 Akten, mit **Emil Jannings, anna Ralph, Gertr. Welker, E. Hoffmann.**
Vorführ.: 4.20 6.30 8.40.

Das Urteil des Salomon. Lustspiel in 1 Akt.
Vorführ.: 4.05 6.15 8.25

Waldkirch im Breisgau. Naturaufnahme.

Beginn: Wochentags 4 Uhr.

Eintrittskarten haben nur am **Tage der Lösung Gültigkeit.**

Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandlung**

Amtliche Bekanntmachungen

Städtischer Verkauf von Käse

in der Talamtschule am Dienstag, den 12. Oktober. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 54501—56000, vormittags von 8—12 und nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 115 Gramm zum Preise von 1,00 Mk. abgegeben.

Städtischer Verkauf von Graupen an Haushalte mit gelbumränderten Lebensmittelscheinen, ferner an alle Haushalte Kerzen, Malzextrakt, Trockenei und Bratfett an alle Haushalte

in der Talamtschule am Dienstag, den 12. Oktober. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 37001—42000, vormittags von 8—12, und die Inhaber der Nummern 42001—48000, nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jede Person der Haushalte mit gelbumränderten Lebensmittelscheinen 140 Gramm Graupen zum Preise von 20 Pf., an jeden Haushalt 4 Kerzen zum Preise von 4,50 Mk. für vier Stück, ferner an jede Person aller Haushalte 1 Dose Malzextrakt zum Preise von 4,30 Mk., 50 Gramm Trockenei (Ersatz für 5 Eier) zum Preise von 4 Mk., und ½ Pfund Bratfett zum Preise von 6 Mk. für das halbe Pfund abgegeben werden.

Delitzsch

Städtischer Lebensmittel-Verkauf.

Butter, 43. Woche, 30 Gramm für 95 Pf. Hafertocken, Paket 1,05 Mk. Kartoffeln in den Verkaufsstellen Pfund 26 Pf., Zentner 25 Mk. Krankenbrot 225 Gramm für 86 Pf.

Delitzsch, den 9. Oktober 1920.
*2278 Der Magistrat.

Kartoffel-Versorgung.

Bezugsscheine auf drei Zentner Kartoffeln pro Kopf der versorgungsberechtigten Einwohner, sind gegen Vorlegung des Lebensmittelscheines im Lebensmittelamt, sofort, spätestens bis 15. d. Mt., abzuholen.

Delitzsch, den 8. Oktober 1920.
*2278 Der Magistrat.

Sangerhausen

Winterkartoffeln.

Wir möchten nochmals darauf hinweisen, daß die im Konsumverein, Magdeburger Straße, bestellten Kartoffeln bis zum 16. Oktober dort abgeholt sein müssen. Der Kartoffelverkauf findet täglich von 8 bis 11 Uhr statt. Es erhalten auch die Familien Kartoffeln, welche keine bestellt haben. *2274

Sangerhausen, 8. Okt. 1920. Der Magistrat.

Magermilch-Verkauf.

Am 12. Oktober von Nr. 1401—1621. 13. Oktober von Nr. 1622 bis Schluß. 14. Oktober von Nr. 1—220, 15. Oktober von Nr. 221—440, 16. Oktober von Nr. 441—660, 18. Oktober von Nr. 661—880, 19. Oktober von Nr. 881—1100, 20. Oktober von Nr. 1101—1320, 21. Oktober von Nr. 1321—1541. 22. Oktober von Nr. 1542—1762, 23. Oktober bis Schluß. Der Vollmilchverkauf findet von 12—1 Uhr statt. Der Magermilchverkauf von 2½—3½ Uhr. *2277

Sangerhausen, 11. Oktober 1920. Der Magistrat.

Wegen Schüttungs- und Walzarbeiten wird die Kreisstraße Sangerhausen-Wippra in km 1,5 bis 3,8 vom 12. bis 16. Oktober für den Fuhrwerksverkehr gesperrt. Für die Wegestrecke von der Kupferhütte bis Gonna wird der Verkehr über Meiselrode verwiesen. Sperrtafeln sind aufgestellt.

Sangerhausen, den 7. Oktober 1920. *2271

Der kommissarische Landrat. Kaparek.

Dem Fürstlich Stolberg-Roßla'schen Förster Henniger in Dietersdorf habe ich anstelle des verletzten Forstaufsehers Versuche die aushilfsweise Mitwirkung bei Ausübung der Jagdpolizei in den Gemeindefluren bezirken Dietersdorf, Breitenbach, Wolfsberg, Schwende und Hayn (Harz) übertragen. *2271

Sangerhausen, den 4. Oktober 1920.

Der kommissarische Landrat. Kaparek.

GT Gr. Ulrichstraße 51. Fernruf 4681.

Täglich! Das große Sensationsdrama Täglich!
2. Teil. 6 Akte. **Dämon der Welt.** 2. Teil. 6 Akte.
Wirbel des Verderbens.
Vorführung: 4.45 6.30 9.00. 4303
Ab **Freitag**, den 15. Oktober, der **3. Teil**
Das goldene Gift. 6 Akte.

HUNGERNDE MILLIONAERE 4299 **R. T.** Gr Gosenstr. 12

Felle Häute Wolle Tierhaare
kauft jedes Quantum zu 4198 **Leipzig. Marktpreisen.** Fellsammler u. Fleischer Vorzugspreise.
Jos. Reuter, Häute- u. Fellgroßhandl. Wolle-Import. Halle (Saale), Bessiner Str. 3. Telephon 2292.

Stadttheater. Dienstag, d. 12. Oktober, Anfg. 7½, Ende 9¼ Uhr: **Christa, die Tante.** Mittwoch: 4296 Und das Licht scheinet in der Finsternis.

Gasthof z. Mohr Burgstraße 72. 3 Min. vom Volkspark. Empfehle hierdurch mein Lokal d. Fremdenverkehr. ff. Speisen und Getränke. Während des Parteitages der USP. besondere Speisekarte. 4255 **K. Richter.**

Ansichts-Postkarten empf. die Volksbuchhandlung.

Gute Speisemöhren u. Braunkohl dk. Radewell, Mühle, Siebenhufenstr. 10.

GARDINENHAUS **Weissmann,** VERTRIEB VON ERZEUGNISSEN SÄCHS. GARDINEN-FABRIKEN Leipzigerstr. zum Leipziger Turm 4268

WALHALLA LICHTSPIEL THEATER
Täglich:
Judex
Vierter Teil!
7. Episode: Die Dame in Trauer.
8. Episode: Die Keller des roten Schlosses.
4 spannende Akte. Vorführung: 4.00 6.45 9.30 Uhr.
Moral!
Sittenbild aus Berlin W. 4300
6 Akte nach dem gleichnam. Roman von Artur Landsberger.
In den Hauptrollen:
Leontine Kühnberg — Ernst Rückert
Ferry Sikla.
Vorführung: 5.15 8.00 Uhr.
Neueste Messter-Wochenschau!
Es empfiehlt sich, d. Nachmittags-Vorstellungen zu besuchen.

Billigste Bezugsquelle für Anzugsstoffe. 4266
Prima u. mittl. Qualitäten. Verlangen Sie kostenlos meine reichhaltige Mustersendung. Streng reelle Bedienung. Zahlreiche Anerkennungsschreiben.
E. Schwabe, Tuchhaus, **Forst** (Lausitz).

Möbel-Ausstellung 4236
Verkauf gegen Barzahlung.
— Auf Wunsch — bequeme Zahlungsweise
Möbel f. 350 Mk., Anz. 75
Möbel f. 750 Mk., Anz. 150
Möbel f. 1020 Mk., Anz. 220
Möbel f. 1280 Mk., Anz. 280
Möbel f. 1525 Mk., Anz. 325
Möbel f. 1850 Mk., Anz. 400
Möbel f. 2050 Mk., Anz. 500
Möbel f. 2500 Mk., Anz. 600
Möbel f. 3100 Mk., Anz. 700
u. s. w.
Wohn-, Schlaf- und Herrenzimmer. Aparte Küchen sowie **einzelne Möbelstücke** als Sofas, Chaiselongues, Bettstell. und Matratzen. Schränke, Vertikos, Kommoden. Spiegel, Küchenschränke, Tische. Stühle etc.
Kredit a. nach auswärts.
Möbelhaus **N. Fuchs** Halle (Saale), Gr. Ulrichstr. 53, I. U. III. (im Hause der Heilsbad.)

Aeusserst preiswerte **Dauer-Wäsche** mit Leineneinlage, **Papier-Wäsche, Krawatten, Hosenträger** 4288 und **Sportkragen.** **Geiststr. 53.**

Am Mittwoch, den 13.10., vorm., steht ein großer Transport **Ferkel** im Mansfelder Hof in Halle billig zum Verkauf. **Kohlemann,** Hohenthurm.

Marmortische, Stühle, elegantes Büfett, 4 m lang, 3½ hoch, **Restaurat.-Tische** verkauft 4305 **Friedrich Peilicke,** Geiststraße 25.

Schulbücher aller Art Tafeln, Schiefer, Federkästen, Blei, Zeichenblocks, Zeichenutensilien, Tornister 2c. Zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung.**

Haarnisse im Frauen- u. Mädchenhaar entfernt garantiert sofort **Nisska** D. R. G. M. 768 296 Aufklärung kostenlos. Fr. B. Hückenhaupt Nürnberg H 24. 4292

Von heute an steht ein frischer Transport **Ferkel, Läufer- u. Futterschweine** in größter Auswahl zum Verkauf. **Herm. Richter,** Trotharer Straße 80. Telephon 3762. 4301

Ulster, Anzüge -:- Jünglings-, Konfirmanden- und Knabenanzüge, Hosen 4276 modernste Ausführung, — billigste Preise. — **Moritz Cahn,** Grosse Ulrichstrasse 4.

Von Dienstag früh 7 Uhr an steht ein großer Transport **billiger Ferkel, Läufer- u. prima großer Futterschweine** zum Verkauf. 4300 **O. Bruchhardt,** Trotharer Straße 4. Telephon 3589.

Zahle für

Hauslumpen	kg bis	1,50 Mk.
Wolle	„	14,00 „
Bücher u. Zeitungen	„	1,00 „
Schafwolle	„	24,00 „
Ziegenfelle	„ bis	60,00 „

Eisen, Metalle und Felle zu höchsten Preisen. 4290
Alb. Bode jun., Gr. Klausstraße 22. Tel. 2216.

Werbt für das Volksblatt.

Auskunft umsonst bei **Schwerhörigkeit,** Ohrgeräusch, nervös. Kopfschmerz über unsere tausendfach bewährt. pat.-amtl. gesch. Hörtrommeln. Bequem und unsichtbar zu tragen. Glänzende Anerkennung. Sanis-Versand München B 17. *2165 Thorwaldsenstr. 9.

Nehme hiermit die Beleidigung, die ich gegen Frau Metzger ausgesprochen habe, zurück und erkläre sie für unwahr. 4296 W. Schulze.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201011-13/fragment/page=0004

Von Halle bis Halle.

1890 — 1920.

Von Karl Bock.

Der Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie beginnt genau an dem Tage, am 12. Oktober, an dem sich vor 30 Jahren der Parteitag der deutschen Sozialdemokratischen Partei in Halle versammelte. Die diesjährige Tagung der USP. erhält dadurch zugleich die Bedeutung einer Art Jubiläums. Der Stolz und die Freude über den großartigen Aufstieg und das gewaltige Wachstum der deutschen Sozialdemokratie und der gesamten Arbeiterbewegung in diesen 30 Jahren wird allerdings erheblich getrübt durch die bedauerliche Zerrissenheit der deutschen Arbeiterschaft und durch den heftigen Meinungsstreit, der gegenwärtig die Partei bis auf den Grund erschüttert und sie zu zerbrechen droht.

Beide Parteitage haben manches Verwandte aufzuweisen. Der Parteitag im Jahre 1890, der im Hofjäger, in der Lindenstraße, tagte, war von 410 Delegierten besucht. Seine geschichtliche Bedeutung liegt vor allem darin, daß es der erste Parteitag war, den die deutsche Sozialdemokratie nach zwölfjähriger infamster Verfolgung und Unterdrückung durch das schändliche Sozialistengesetz wieder auf deutschem Boden abhalten konnte. Während der schmachvollen Zeit des Bismarckschen Schandgesetzes, von 1878 bis 1890, mußte sie zur Abhaltung ihrer Parteitage Zuflucht im Auslande suchen. Sie fand sie 1880 in Wyden (Schweiz), 1883 in Kopenhagen und 1887 in St. Gallen (Schweiz).

Nach zwölf Jahren brutalster Polizeiherrschaft mußte Bismarck vor der starken, unerschütterlichen Kraft der deutschen Sozialdemokratie kapitulieren; die Sozialdemokratie ging aus diesem anfangs sehr ungleichen Kampfe als Sieger hervor. Allen Gewalten zum Trotz hatte sie in gähnen und hartnäckigen Ringen mit schier unüberwindlich erscheinenden Widerständen ständig an Macht gewonnen. Die Zahl der sozialdemokratischen Wählerstimmen war in der Zeitspanne 1879 bis 1890 von 498 000 auf 1 427 000 gestiegen. Der Aufschwung der Partei zeigte sich auch in der Zunahme der Parteipresse, die im Jahre 1890 auf 60 Parteiblätter mit über 250 000 Abonnenten angewachsen war. Dazu kamen noch eine große Anzahl von Gewerkschaftsblättern. Freilich, der Sieg hatte schwere Opfer gefordert: Unter dem Sozialistengesetze wurden über Hunderte von braven Genossen mehr als

1000 Jahre Gefängnis und Zuchthaus

verhängt — der zahlreichen vernichteten Existenzen gar nicht zu erwähnen!

Gleichwohl: der Hallische Parteitag 1890 war mit Recht durchdrungen von dem Bewußtsein des Sieges. Es galt nun, die Partei unter den geänderten Verhältnissen auf eine neue Grundlage zu stellen und ihre Schlagkraft zu erhöhen. Das geschah in einem neuen Organisationsstatut, das der Parteitag einstimmig annahm. Mit einem neuen Programm beschäftigte er sich nur theoretisch; das geltende, sogenannte Gothaer Einigungsprogramm wurde dann auf dem Parteitage des folgenden Jahres durch das Erfurter Programm ersetzt. Die Beratung des neuen Organisationsstatuts verlief ziemlich glatt. Widerspruch fand eigentlich nur das schärfere Kontrollrecht, das dem Parteivorstand über die Parteipresse eingeräumt wurde. Heute, wo in dem Richtungsstreite um die Moskauer Bedingungen auch die „diktatorische" Behandlung der Parteipresse eine Rolle spielt, ist es gewiß nicht uninteressant, ein paar kurze Sätze aus den damaligen Debatten wiedergegeben. So meinte Auer als Berichterstatter, das Kontrollrecht des Parteivorstandes würde praktisch kaum große Wirkung haben: „Wie soll ein Parteivorstand, und mag er noch so zahlreich sein," so führte er u. a. aus, „es fertig bringen, diese gesamte Presse zu kontrollieren und eventl. zu zensieren? Ein Vorstand, der sich so etwas herausnähme, würde einfach hinausfliegen." Namentlich v. Vollmar war es auch, der sich dagegen wandte, in diesem Punkte dem Parteivorstande allzu weitgehende Befugnisse zuzugestehen, und der sich nicht „in solche Hände geben" wollte.

Bei einem Vergleiche dieser Debatten mit den Auseinandersetzungen, die heute die Partei zerfetzen, könnte man zu mancherlei Schlüssen kommen. Wir wollen aus ihnen jedoch nur den einen ziehen, nämlich, daß Ben Aliba recht hat: Es ist alles schon dagewesen!... Im Grunde gibt es ja auch nichts Neues unter der Sonne. Es ist ein circulus vitiosus (unentrinnbarer Kreis), ein ewiger Kreislauf der Dinge, in dem sich alles, die Welt und ihr Geschehen dreht; und wir drehen uns mit. Es sind die Umstände und jeweiligen Verhältnisse und Notwendigkeiten, die den Menschen, Parteien, Klassen und Völkern ihr jeweiliges Handeln vorschreiben und bestimmen, und alle die Kämpfe, die von Mensch gegen Mensch, von Klasse gegen Klasse, von Volk gegen Volk, gegen gesellschaftliche Zustände und Einrichtungen geführt wurden und werden, sind im Grunde doch immer Kämpfe um die Macht und um die Herrschaft. Das wird so lange so bleiben, bis das revolutionäre Proletariat in siegreichem Endkampfe

wider den Weltkapitalismus und Imperialismus

die Klassengegensätze aufgehoben haben wird und die Menschen gelernt haben werden, die Dinge zu meistern, statt sich von ihnen beherrschen zu lassen!

Auch der „Kampf", von dem heute in der Partei soviel geredet wird, ist durchaus keine Erscheinung der Parteibewegung unserer Tage. Dieses Schlagwort war ebenfalls auf dem Parteitag in Halle 1890 im Schwange, wo es von der damaligen Opposition gebraucht wurde, die unter dem Namen der „Jungen" gegen die angeblich opportunistische Taktik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auftrat. Sie richtete ihre Angriffe hauptsächlich gegen das zaghafte Verhalten der Fraktion in der Maifeierfrage. Der nicht sehr klare Beschluß des ersten Kongresses der 2. Internationale, der 1889 in Paris den 1. Mai zum Welt-Demonstrationstag des klassenbewußten Proletariats erhob, hatte bei seiner ersten praktischen Verwirklichung im Jahre 1890 in der deutschen Sozialdemokratie verschiedene Auslegung gefunden. Während die Industriearbeiterschaft der Großstädte, so vornehmlich die von Berlin und Hamburg, den 1. Mai möglichst durch Arbeitsruhe begehen wollte, erklärte sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für eine mildere Form der Maifeier. Das forderte namentlich den Widerspruch eines Teiles der Berliner Genossen heraus. Auf dem Parteitag in Halle hatte die so entstandene Opposition in dem Genossen Werner nicht gerade den geschicktesten Wortführer. Neben der unbeirrbiegenden Haltung der Fraktion in der Maifeierfrage waren es ferner noch die von ihr bei den Reichstagsstichwahlen ausgegebene Parole (für die freisinnigen Kandidaten als „das kleinere Uebel" zu stimmen) und ihre sonstige parlamentarische Tätigkeit, die die Kritik der Opposition herausforderte.

Die Meinungsverschiedenheit über den Wert der parlamentarischen Beteiligung der Sozialdemokratie ist ja fast so alt wie die Sozialdemokratie selbst. Und die Töne, die man darüber 1890 auf dem Parteitag in Halle im Für und Wider der Aussprache hören konnte, hatte man auch heute noch hören. Was Werner damals darüber sagte, klingt sogar sehr neuzeitlich: „Ich bin für die Tätigkeit der Fraktion im Reichstag, aber sie muß propagandistisch, agitatorisch, von unseren Gesichtspunkten, von sozialdemokratischen Zielen aus immer gründend zu der Masse sprechen. ..." Das ist eine Forderung, die gerade in den letzten Jahren von der Partei mit stärkerem Nachdruck gestellt und betont wurde. Auch hier finden wir also Berührungspunkte zwischen dem ersten und dem diesjährigen Hallischen Parteitage. Heute stehen allerdings viel gewaltigere Kräfte und Massen hinter der Forderung revolutionärer Anwendung des Parlamentarismus.

Auf dem Parteitag in Halle schritt die Opposition nicht besonders gut ab; sie mußte vor der geistigen und rednerischen Ueberlegenheit und der „Autorität" Bebels die Segel streichen. In einer von 25 Berliner Delegierten unterzeichneten, zu Protokoll gegebenen Erklärung wehrte sie sich auch mit Entschiedenheit gegen den Verdacht einer von ihr beabsichtigten Parteispaltung.

Aber die Spaltungskeime waren gleichwohl schon in der Partei; nur daß sie nicht von der Richtung hineingetragen und gezüchtet wurden, die 1890 eine schärfere Hervorkehrung der revolutionären Taktik forderte. Sie wurden vielmehr von einer Seite gehegt und genährt, von der man es zu allerletzt erwartet hätte: Eduard Bernstein, der langjährige Leiter des Sozialdemokrat, wurde ihr geistiger Nährvater. Durch die Verfolgungswut der nachbismarckischen deutschen Gewalthaber ins London-Exil verbannt, war er dort unter dem Einflusse der englischen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zu seinen reformistischen „Voraussetzungen des Sozialismus" gekommen (1899). Daß seine revisionistischen „Beweisführungen" in der deutschen Sozialdemokratie Anhänger und Vertreter fanden, erklärte sich nicht zuletzt wohl mit aus der Tatsache, daß sich angesichts der ungeheuren Machtgefühle der preußisch-deutschen Staatsgewalt mit ihrem gewaltigen Militär- und Polizeiapparat ein nicht unbeträchtlicher Teil der Partei die Verwirklichung des Sozialismus gar nicht anders vorstellen konnte, als auf dem Wege sozialer Reformen, des allmählichen „Hineinwachsens" in den Zukunftsstaat. Der bekannte „Ausbeutungstheorie", die sich praktisch in der Mitarbeit von sozialdemokratischen Schriftstellern an bürgerlichen Blättern, dem grundsätzlichen und taktischen Streit um die Budgetbewilligung, der Teilnahme am Parlamentspräsidium, der Hofgängerei usw. äußerte, entstanden in den Bernstein, Heine, Göhre, Südekum, Kolb usw. eine Reihe namhafter Befürworter. Wohl hatte der Revisionismus auf dem Parteitag in Dresden 1903 eine Schlacht verloren, aber die folgenden Jahre zeigten doch, wie tief er sich bereits in der Partei eingenistet hatte. Mit geradezu erschreckender Deutlichkeit trat das dann beim Ausbruch des Weltkrieges in der Haltung der großen Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zutage. Die bekannte Erklärung der Reichstagsfraktion an dem „denkwürdigen" 4. August 1914 ist im Grunde nur als ein Dokument des reformistischen Wesens der deutschen (alten) Sozialdemokratie zu verstehen.

Die konsequente Fortsetzung der nationalen, unsozialistischen Kriegspolitik der Fraktionsmehrheit mußte ganz folgerichtig und mit zwingender Notwendigkeit zur Abtrennung des radikalen und revolutionären Flügels der Partei führen. Die USP. entstand. Daß ihre Taktik richtig war, konnte durch nichts treffender und überzeugender bestätigt werden, als durch den furchtbaren Zusammenbruch Deutschlands, der das Kriegsende besiegelte. Der jammervolle Verlauf der deutschen Revolution mit seinen Enttäuschungen für das Proletariat und die daraus gewonnenen Erfahrungen drängten die Partei geblutrünstig zu einer Nachprüfung ihrer Grundsätze und ihrer taktischen Kampfesmittel. Das Ergebnis dieser Nachprüfung war das

Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats

und zum Rätesystem. Das bedeutete grundsätzlich den vollständigen Bruch mit der „formalen Demokratie", deren Bankrott in der Revolution so offenkundig geworden war, daß schon die geistige Erstarrung der Scheinsozialisten dazu gehört, immer noch zu glauben, daß man mit ihr den Kapitalismus und den Angeln heben könne.

In dem Bekenntnis der Unabhängigen Sozialdemokrate zur Diktatur des Proletariats offenbart sich nicht nur am radikalsten die Wandlung der sozialistischen Anschauungen, sondern auch zugleich die beispiellose Umwälzung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte durch den Weltkrieg. Die Wirklichkeit mit ihrer erdrückenden Wucht der Tatsachen ist dafür der sprechendste Beweis. Gleichwohl aber sei diese Wandlung der Dinge noch durch die Stelle aus einer Rede illustriert, die Wilhelm Liebknecht 1890 auf dem Parteitag in Halle zum Berichte der Parteileitung hielt. Er wandte sich damals gegen die Anhänger der Gewalttheorie in der Partei mit folgenden Worten:

„... Wenn wir uns auf den Boden stellen wollten, dann sind wir verloren. Wenn wir auch stark sind, wohlan, gegen uns stehen 80 Prozent der Bevölkerung; wenn wir proklamieren, wir wollen nicht durch Gesetz, sondern durch Zertrümmerung des Gesetzes unser Ziel erreichen; nun wohlan, wir haben 20 Prozent, unsere Gegner 80 Prozent, sie haben die Armee, die Kanonen und die Polizei, sie stecken uns ins Zuchthaus oder besser noch ins Narrenhaus, denn dahin gehörten wir! ..."

Vergleicht man diese Auffassung Wilhelm Liebknechts mit der des revolutionären Sozialismus von heute, so ergibt sich wieder, daß alles relativ ist. Was damals unter den vorliegenden Verhältnissen zweifellos richtig war, hat heute seine Gültigkeit verloren. Der Weltkrieg, der die bewaffneten Völker bedingte, hat damit auch die Voraussetzungen für die Aussichten einer gewaltsamen Durchsetzung des Sozialismus geschaffen, wie sie in der Forderung der Diktatur des Proletariats unstreitig ihren klaren Ausdruck findet. Und der heftige Meinungskampf, der um die Moskauer Bedingungen zurzeit in der Partei entbrannt ist und die Leidenschaften bis in die Tiefen aufwühlt, ist schließlich ja doch nichts anderes als ein Auseinandergehen der Ansichten über den Zeitpunkt der Gewaltanwendung zum Sturze der kapitalistischen Gesellschaftsordnung! Nur wenn sich der Parteitag in der Erkenntnis zusammenfindet, daß auch für die Wahl dieses Zeitpunktes nur die Reife der geschichtlichen Entwicklung, wie sie Karl Marx gelehrt hat und verstanden wissen will, entscheidend sein darf, läßt sich eine Spaltung der Partei und damit eine in ihren Folgen nicht absehbare schwere Schädigung der Sache des Sozialismus noch vermeiden. Der Parteitag könnte die Lösung finden, wenn er weiter erkennen wollte, daß auch heute noch die Worte gelten, mit denen Wilhelm Liebknecht 1890 die Parteitagsdelegierten zur Einigkeit und Geschlossenheit ermahnte:

„... Wir haben eine junge und eine alte Garde.... Neben ihr (der jungen Garde), nie weit vom Feind, steht aber auch die alte Garde, und beide müssen miteinander wetteifern, wie die junge und alte Garde der französischen Armee. Sie müssen einander anspornen und vorantreiben im großen Emanzipationskampfe. ..."

Und nicht minder nötig ist es, die Parteitagsdelegierten an die Worte zu erinnern, die Jules Guesde 1890 in seiner Begrüßungsansprache an den Parteitag den Genossen zurief:

„Das Proletariat hat nur einen Feind: sich selbst; ist es einig, sind die Arbeiterklassen der verschiedenen Länder zu einer Armee geschlossen, dann kann ihm keine Macht der Erde widerstehen!"

Das rote Herz Deutschlands.

Das Hallische Proletariat und seine politische Kampforganisation.

Von Werner Scholem.

Unzweifelhaft bedeutet die Hallische Parteiorganisation der USP. weit mehr in der Kampffront des deutschen Proletariats als die Organisationen weit größerer Städte. Neben Berlin und Leipzig ist Halle seit Jahren die am meisten genannte Parteimitgliedschaft, deren Energie, deren Tatkraft und Aktionsfähigkeit in ganz Deutschland unter dem revolutionären Proletariat Anerkennung fand. Die Gründe für diese überragende Bedeutung der Hallischen Parteiorganisation sind mannigfacher Natur und sie sind nur zu verstehen, wenn man einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung der Hallischen Partei wirft.

Die reaktionäre Universitätsstadt Halle ist alter Parteiboden. Schon im Jahre 1865 wurde hier eine Ortsgruppe des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gegründet und seitdem ist die politische Bewegung des Proletariats nicht wieder eingeschlafen, wenn sie auch zuerst, in einer Zeit, als Halle und der Bezirk Merseburg durchaus noch keine industrielle Struktur aufzuweisen hatten, nur eine sehr kleine war. Immerhin muß schon damals unter den Pionieren der Bewegung ein aktiver Geist geherrscht haben, denn Halle wurde für würdig befunden, im Jahre 1869 die Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu beherbergen, an der u. a. auch die Gräfin Hatzfeld und Fritz Mende teilnahmen. Während der Kämpfe zwischen den Eisenachern und Lassalleanern stand die Hallische Gruppe bei den letzteren. Dem Sozialistengesetz gelang es nicht, die Bewegung auch nur vorübergehend zu unterdrücken. In diesen Jahren hatte der Genosse Hasenclever, der damalige Parteikassierer, seinen Wohnsitz in Halle, und gerade in dieser Kampfeszeit entwickelte sich jener Stamm von opferfreudigen und ausdauernden Genossen, der viele Jahrzehnte hindurch bis in die heutige Zeit der Kern der Hallischen Parteiorganisation gewesen ist. Am 27. März 1889, also noch während des Sozialistengesetzes, wurde der Sozialdemokratische Verein für Halle und den Saalkreis gegründet, dem der Verein, der seitdem unbekümmert um die sonstigen Spaltungen im Proletariat, geschlossen die politische Vertretung der Hallischen Arbeiterschaft gewesen ist. Mit 65 Mitgliedern begründet, wuchs er von Jahr zu Jahr, genährt durch die steigende industrielle Entwicklung des Hallischen Bezirks und durch die unermüdliche Aufklärungsarbeit seiner Vorkämpfer. Schon im Jahre 1890 hatte der Verein die Genugtuung, einen Parteitag, den ersten nach dem Sozialistengesetz, in Halle zu begrüßen. Das Volksblatt, das ebenfalls im Jahre 1890 gegründet wurde, und das eins der wenigen alten sozialdemokratischen Blätter ist, welche während des Krieges für die Unabhängige Sozialdemokratie gerettet werden konnten, nahm ebenso gleichmäßig an Abonnenten zu, wie die Stimmenzahl für den Genossen Kunert, der seit 1890 der Abgeordnete für Halle-Saalkreis ist, bei jeder Reichstagswahl stieg. Im Jahre 1914 hatte die Hallische Partei nahezu 9000 Mitglieder und das Hallische Volksblatt einen Abonnentenstand von 24 000 Lesern.

Als der Krieg ausbrach und späterhin in den meisten Organisationen der Streit um die Taktik der Partei begann, da war in Halle dieser Streit eigentlich schon entschieden. Auch in Halle ist jahrelang gekämpft worden, ob die radikale Taktik des Klassenkampfes oder ob die reformistische Taktik des Revisionismus die Marschrichtung der politischen Organisation sein sollte. Aber dieser Streit ist vor dem Kriege bereits ausgefochten worden. Von 1894 an wurde das Volksblatt von Adolf Thiele geleitet, der sich sehr bald offen zur revisionistischen Richtung bekannte. Aufreibender innerer Kämpfe bedurfte es, diesen Mann, der sich besonders in den letzten Jahren seiner Redaktionsführung mit klugem Instinkt auf die Hallischen Gewerkschaften stützte, zu beseitigen und den Geist des Reformismus, der in den Verbandszahlstellen wucherte, zu töten. Aber es gelang! Thiele mußte am Ende des Jahres 1908 abtreten, und eine völlig neuzusammengesetzte Redaktion leitete seitdem das Volksblatt im Sinne des radikalen Flügels der Partei. Um die Beseitigung der reformistischen Richtung im Volksblatt hat sich der jetzige Parteivorsitzende der USP., Genosse Däumig, der damals mit Thiele zusammen Redakteur des Volksblattes war, große Verdienste erworben. Der seitherigen Haltung des Volksblattes ist es zum großen Teil mit zu verdanken, wenn die Hallische Arbeiterschaft geschlossen und erfüllt von revolutionärem Geiste in das Zeitalter des kapitalistischen Zusammenbruches, des Krieges, der Revolution und der Parteiumbildung eintrat.

Schon im Herbst 1914 erklärten sich die Funktionäre des Sozialdemokratischen Vereins für Halle-Saalkreis gegen die Bewilligung der Kriegskredite und billigten die Haltung Fritz Kunerts, der am 4. August 1914 bei der Abstimmung den Reichstagssaal verlassen hatte. Im weiteren Verlauf der Parteistreitigkeiten vermieden es unsere Hallischen Genossen sorgfältig, irgend etwas zu tun, was dem Scheidemannschen Parteivorstand die Möglichkeit geben konnte, gegen den Hallischen Verein, der ihm ein Dorn im Auge war, vorzugehen. Man ließ die Verhältnisse sich ausreifen und konnte umsomehr mit ruhiger Gelassenheit der Zukunft entgegensehen, als ja nicht nur Halle-Saalkreis, sondern auch die sieben anderen Kreisorganisationen des Hallischen Bezirks einmütig für die Opposition innerhalb der alten Partei eintraten. Der Bezirk Halle war denn auch von vornherein bei der Begründung der Unabhängigen Sozialdemokratie von maßgebendem Einfluß. Nach dem Gothaer Gründungskongreß schloß sich am 6. März 1917 der Sozialdemokratische Verein für Halle-Saalkreis mit 116 gegen 18 Stimmen auf Antrag des Gen. Paul Hennig der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei an. Die anderen Kreisvereine des Bezirks folgten nach. Schikanen auf Schikanen häuften nun die Behörden gegen die Träger der Organisation. Beide Parteisekretäre und viele andere Genossen wanderten in Schutzhaft, aber das stärkte nur den Zusammenhalt unter den von Erbitterung gegen den Krieg und den Verrat der Sozialpatrioten erfüllten Genossen. Die Revolution brach aus. Die heimkehrenden Arbeiter fanden ihre alte Organisation geschlossen vor, und es ist kein Wunder, daß ihnen hier die USP. nicht als neue Partei erschien und daß sofort ein beispielloser Aufschwung der Organisation und des Volksblattes begann. Die Rechtssozialisten waren und sind in Halle nur ganz sporadisch vertreten, und der Versuch Thieles und Konsorten, das Volksblatt durch allerlei Spitzfindigkeiten in ihre Gewalt zu bringen, mißlang.

Die Rolle der Hallischen Partei seit der Revolution eingehend zu schildern, das hieße eine Geschichte der Revolution selbst zu schreiben. Der Hallische Bezirk war bei Kriegsende in seiner wirtschaftlichen Zusammensetzung nicht mehr derselbe, wie vor dem Kriege. Ungeheure Werke, die von der größten Bedeutung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201011-13/fragment/page=0005

für das deutsche Wirtschaftsleben sind, wie das Leuna-Werk bei Merseburg, das Reichsstickstoffwerk bei Piesteritz, das Elektrowerk Golpa-Zschornewitz, ferner die Ausdehnung der Braunkohlengruben und ihre wachsende Bedeutung für die gesamte Industrie hatten aus dem Bezirk ein Industriegebiet gemacht, das neben dem Ruhrrevier unentbehrlich für die Zukunft auch eines sozialistischen Deutschlands ist. Und dieser Bezirk, seit jeher alter sozialdemokratischer Boden, trat in die revolutionäre Periode mit einer geschlossenen, von revolutionärem Willen durchglühten Arbeiterschaft ein. Länger als in allen anderen Bezirken bewahrten sich hier die Arbeiterräte, welche durch die Novemberrevolution die Kontrolle der staatlichen Organe erhalten hatten, ihren Einfluß. Früher aber begann der Kampf der Betriebsräte um das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben, der bei der Radikalisierung der Hallischen Arbeiterschaft ganz besonders stark mitgewirkt hat. Dieser Kampf erreichte seinen Höhepunkt in dem großen mitteldeutschen Generalstreik im März 1919, bei dem die Mostereigewerkschaft mit Zuckerbrot und Peitsche mit den berüchtigten Aufrufen „Die Sozialisierung ist da" und mit den entmenschten Horden der Maercker-Soldateska, versuchte, den revolutionären Willen der mitteldeutschen Arbeiterschaft zu brechen. Es gelang nicht! Die Hallische Rätebewegung ist seit diesen Tagen nicht wieder erstarkt worden; sie lebt, und sie wirkt an der großen Aufgabe, die Arbeiterschaft der Betriebe für die Diktatur des Proletariats vorzubereiten. Bei dieser Entwicklung ist es leicht verständlich, wenn die Arbeiterschaft von Halle in einer Urabstimmung mit überwältigender Mehrheit sich für die selbständige Räteorganisation entschieden hat, als von den Gewerkschaften der Versuch gemacht wurde, die Räte zu Organen der noch längst nicht revolutionierten Verbände herabzuwürdigen. Im Kampf ist die Hallische Rätebewegung entstanden, und was sich im Kampfe durchgesetzt hat, das hat sein Lebensrecht bewiesen!

Alle Aktionen, die das Hallische Proletariat in den vergangenen Monaten unternommen hat, zeichnen sich durch Geschlossenheit und durch Taktik aus. Während des Kapp-Putsches war es wiederum der Hallische Bezirk, der das Banner der Rebellion entfesselte, der nicht feige zurückwich vor den revolutionären Konsequenzen, dessen Arbeiterschaft die Waffe erhob, und sie in den Kämpfen vor Halle schneidig zu führen wußte, ohne besiegt zu werden. Die Mansfelder Arbeiter, die unter der Führung des jetzigen Hallischen Parteivorsitzenden vier Tage in furchtbarem Kampfe vor Halle aushielten, die halbe Stadt eroberten und in eiserner Disziplin zeigten, daß sie die Sache der Revolution höher schätzen als das Leben, haben damals das Banner der Revolution vorangetragen. 272 Kämpfer sind in den Märztagen vor Halle gefallen; daß sie nicht vergebens gefallen sind, das wird die Zukunft, das wird der weitere Verlauf der deutschen Revolution erweisen! Während im ganzen übrigen Deutschland der Kapp-Putsch dem Proletariat keine Fortschritte brachte, hat er der Hallischen Arbeiterschaft tatsächlich eine, wenn auch durch die flaue Taktik der anderen Bezirke nur vorübergehende, Machtsteigerung ermöglicht.

Die politische Organisation, der Sozialdemokratische Verein für Halle-Saalkreis, hat sich in all diesen Kämpfen glänzend entwickelt. Jetzt mustert er 22 000 Mitglieder, die fast restlos dem vorwärts strebenden Element innerhalb der USP. angehören. In allen Parteifragen hat der Verein in seiner großen Mehrheit auch in der USP. zum linken Flügel gehört, wie es nach der ganzen Entwicklung der Hallischen Parteiverhältnisse nicht anders sein konnte. Aber nicht nur im revolutionären Kampfe, sondern auch in der praktischen Kleinarbeit zeigte sich, daß unsere Hallischen Genossen ihre Pflicht zu tun wußten. Hatte schon die Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 im Hallischen Bezirk ein Ergebnis gezeitigt, mit dem sich kein anderer Bezirk der USP. messen konnte, so zeigten die Reichstagswahlen am 6. Juni, daß die Werbekraft unserer Partei auch in Halle, in dem schon im Jahre 1919 alles herausgeholt hatte, was herauszuholen war, immer neue Erfolge erzielte: 69 328 Stimmen wurden allein in Halle-Saalkreis, 310 427 Stimmen im ganzen Bezirk für die USP. abgegeben. Die Wahlen zur Preußischen Landesversammlung, die Stadtverordneten- und Kreistagswahlen brachten uns ebenfalls Stimmenziffern, die immer wieder zeigten, wie fest hier die Wählerschaft hinter der USP. steht. An dem allgemeinen Aufschwung nahm auch das Volksblatt teil, daß trotz der Begründung der Mansfelder Volkszeitung, die einen Abgang von 12 000 Lesern verursachte, heute eine Auflage von 58 000 hat.

Wenn jetzt wiederum eine Schicksalsstunde für das deutsche Proletariat schlägt, wenn wiederum Spaltung, Uneinigkeit die Reihen der Kämpfenden bedroht — das Hallische Proletariat und seine politische Organisation werden ihre Einheit aufrechterhalten. Einstimmig haben in der entscheidenden Kreisgeneralversammlung die berufenen Vertreter der Mitgliedschaften sich für den Umbau der Partei im Sinne der Kommunistischen Internationale entschieden. Damit ist der Weg, den wir in Halle gehen werden, uns vorgezeichnet! Mag ein Teil von dieser Einmütigkeit in radikalem Sinne, ein Teil von jenem hoffungsfreudigen Vertrauen in die revolutionäre Zukunft, daß das Hallische Proletariat beseelt, auch auf die Männer und Frauen einwirken, die am Dienstag im Volkspark, im stolzen Heim der Hallischen Arbeiter, zusammentreten, um das Urteil über Sein oder Nichtsein der Einigkeit des revolutionären Proletariats in Deutschland zu fällen. Möge der zweite Parteitag zu Halle in der Geschichte fortleben als Marksteine der deutschen Arbeiterbewegung, möge er hervorragen durch das, was die Hallische Parteiorganisation seit jeher auszeichnet: Durch Verständnis für neue Gedanken, durch Mut zu neuen Wegen, durch Entschlossenheit zu neuen Taten!

Gegen die Bourgeoisie!

Von Kurt Geyer.

Der Kampf der USP. geht nicht um die Ersetzung der Parteibureaukratie einer Richtung durch die Ersetzung der Parteibureaukratie einer anderen Richtung. Er ist nicht Richtungsstreit, wie er in den alten, parlamentarischen Parteien des Bürgertums wie der Arbeiterbewegung von Zeit zu Zeit auftritt. Er ist vielmehr ein großer Kampf, der auf die Umstellung des gesamten Wesens der Partei hinzielt. In der Epoche, wo die Vorhut des Proletariats den aktivsten Kampf gegen das Bürgertum nicht mehr führt im Parlament, sondern außerhalb des Parlaments, wo die Aktion zum entscheidenden Kampfmittel geworden ist, muß die Kampfpartei des Proletariats aus einer Wahlpartei umgestaltet werden in eine revolutionäre Kampfpartei, die in ihrem ganzen Wesen der veränderten Kampfbedingungen angepaßt sein muß. Ihre Stärke darf nicht bestehen in der großen Zahl der Mitglieder und der Wähler, die sich in Wahlzeiten zu ihr bekennen, sondern in der Zahl, in der Geschlossenheit und der Kampfentschlossenheit ihrer aktiven Elemente, die bereit sind, im Kampf gegen die Bourgeoisie alles zu opfern.

Die Entscheidung, die in Halle getroffen werden wird, wird nur die organisatorische Form, unter der sich dieser Kampf in Zukunft vollzieht, verändern. Das Ringen um das revolutionäre Bewußtsein der Arbeiterklasse wird auch nach Halle fortgesetzt werden müssen. Wir wollen deshalb nicht müßige Betrachtungen anstellen über den Gang des Parteitages und keine Schlüsse ziehen aus der Tatsache, daß bei den Urwahlen die Mehrheit der Mitglieder, die ihre Stimmen abgegeben haben, für die Linke der Partei gestimmt haben. Eines ist sicher: Ein beträchtlicher Teil der revolutionären Arbeiter der USP. wird die schärfste Kampfstellung gegen die Bourgeoisie beziehen und über kurz oder lang dem Bekenntnis zur revolutionären Aktivität die revolutionäre Tat nachfolgen lassen.

Der Kampf, den wir als Linke der Partei führen, richtet sich heute scheinbar nur gegen den Opportunismus in den eigenen Reihen. In Wahrheit aber ist es ein entschlossener Kampf gegen die Bourgeoisie. Je stärker wir sind, je mehr Arbeiter sich uns anschließen, um so stärker die Drohung gegen das Bürgertum. Für uns ist die Welt an den Grenzen unserer Partei nicht zu Ende und wir führen den Kampf in der Partei nur, um die revolutionären Elemente der Arbeiterschaft zusammenzuballen, um sie zum entscheidenden Stoße gegen die bürgerliche Gesellschaft führen zu können.

Jene bürgerlichen Kreise, die heute noch mit verblendeter Schadenfreude auf unseren Parteitag sehen, mögen es sich gesagt sein lassen: Die aktive Vorhut des in der USP. organisierten Proletariats, deren Kräfte bisher gebunden waren innerhalb der alten organisatorischen Form der USP., werden sich auf diesem Parteitag befreien von den Fesseln, die ihnen bisher in ihrem Wirken auferlegt waren. Sie werden in Zukunft ihre ganze Kraft gegen das Bürgertum richten!

In letzter Stunde.

Von Georg Ledebour.

Bei den zahlreichen Kundgebungen, die innerhalb unserer Partei für den Anschluß an die Kommunistische Internationale unter den Moskauer Bedingungen erfolgt ist, hat bei der großen Mehrzahl der Parteigenossen die starke Sympathie für Sowjet-Rußland den Ausschlag gegeben. Auf das berechtigte und warme Solidaritätsgefühl mit unseren kämpfenden russischen Genossen haben die Befürworter des Moskauer Diktats spekuliert, indem sie immer und immer wieder den Genossen zuriefen: „Ihr müßt Sowjet-Rußland helfen in seiner Not, und ihr könnt ihm nur helfen, wenn ihr der 3. Internationale beitretet! Wollt ihr ihm helfen oder nicht?"

Dieser irreführenden Fragstellung gegenüber hatten wir es schwer, die Vernunftgründe zur Geltung zu bringen, daß der Anschluß unter diesen Bedingungen gar keine machtverstärkende Hilfe für Rußland bedeutet, sondern durch die erwirkte Zertrümmerung der revolutionären sozialistischen Parteien in allen Ländern den Kampf gegen den Kapitalismus und seine staatlichen Werkzeuge nur erschwert. Aber die Erfahrungen, die ich gesammelt habe, brachten mich doch zu der Ansicht: nach längerer und gründlicher Aussprache, als sie bisher möglich war, könnten wir die große Mehrzahl der Parteigenossen übergezeugen, daß ein anderer und besserer Weg eingeschlagen werden muß, um das revolutionäre Weltproletariat für die Endkämpfe zusammenballen und damit auch unseren russischen Freunden wirklich durchgreifende Unterstützung zuzuführen. Aber die Entscheidung drängt, mag es unangenehm sein oder nicht, und deshalb will ich in letzter Stunde noch einen Versuch machen, gefährliche Irrtümer aus dem Wege zu räumen.

Eins vorweg: Ueber die Treffsicherheit oder Mangelhaftigkeit der Leistungen der Bolschewikipartei ist gestritten worden und damit hat man Argumente geprägt für oder wider die Annahme der Moskauer Bedingungen. Das hat aber gar nichts zu tun mit der Entscheidung, die unsere Partei jetzt zu treffen hat. Ich möchte das durch folgende Gegenüberstellung erläutern:

Auch wenn die Leistungen der Bolschewiki in der Machtausübung noch weit mangelhafter wären, als ihre schärfsten Kritiker behaupten, so müßten wir doch alles aufbieten, was in unserer Macht steht, um ihnen zu helfen, oder doch wenigstens, um sie gegen Anfeindungen zu schützen.

Und umgekehrt: Auch wenn die Leistungen der Bolschewiki noch weit vollkommener wären, als sie selbst und ihre größten Bewunderer behaupten, so dürften wir den Eintritt in die 3. Internationale doch nicht durch die blinde Unterwerfung unter das Moskauer Diktat erkaufen, das uns einen moralischen Selbstmord zumutet.

In meinen Darlegungen vom 28. September habe ich auf die Gefahr hingewiesen, die unserer und der gesamten proletarischen Revolutionsbewegung aus der Uebertragung diktatorischer Vollmachten an eine internationale Zentralinstanz drohen. Meine Beweisführung wird erheblich verstärkt durch Dinge, die wir jetzt erleben. Jetzt schon arbeitet die Moskauer Zentrale durch ihre Werkzeuge in Deutschland mit Hochdruck darauf hin, die deutschen Arbeiter zu Maßregeln aufzuhetzen, die uns unfehlbar einen Krieg gegen Frankreich und die Entente auf den Hals schaffen müssen. So trat in einer Volksversammlung in Dortmund ein Kommunist Leutner mit flammenden Worten dafür ein, daß die Arbeiterschaft nicht nur die neutralitätsverletzende Waffen- und Truppendurchfuhr nach Polen hindern solle, wie wir das verlangen, sondern auch die Züge zurückhalten müsse, zu deren Durchfuhr die Entente formell ihrer östlichen Besatzungstruppen wegen berechtigt ist. In Elberfeld teilte ferner der Genosse Sauerbrey mit, daß bei den Beratungen über die Durchfuhrbinderung im Westen es zu einer Einigung zwischen den Parteien nicht kommen konnte, weil die Kommunisten auf jener weitergehenden Forderung beharrten, so daß dadurch schließlich jede Aktion gefährdet ist. Würden wir diesem kriegshetzerischen Treiben der Kommunisten nachgeben, das leider durch ihre Bundesgenossen in unseren eigenen Reihen unterstützt wird, so hätten die Franzosen endlich den erwünschten Vorwand zur Besetzung des Ruhrgebietes. Eine wirkliche Abwehr wäre auch einem Deutschland nicht möglich, in dem die Kommunisten am Ruder wären. Ehe aber die französischen und englischen Arbeiter, bei denen die Revolutionsneigung bisher noch außerordentlich schwach entwickelt ist, auf die Beine kämen, wäre Deutschland überrannt und in neues Kriegselend gestürzt. Durch die Moskauer Brille betrachtet, mag man eine solche Aufopferung Deutschlands, und zwar in erster Reihe die der deutschen Arbeiter, leichten Herzens in Rechnung stellen. Für uns wäre eine solche Politik verbrecherischer Wahnsinn. Daß wir dagegen uns jetzt schon zu wehren haben, zeigt, wie dringend notwendig die Abwehr des Versuches ist, einem in Moskau anässigen internationalen Zentralkomitee die Entscheidung über solche Fragen in die Hand zu geben. Das deutsche Proletariat darf nicht als Kanonenfutter für Lenin, Trotzki und Radeks Pläne verbraucht werden, sondern soll die Bestimmung über sein Geschick selbst in der Hand behalten.

Leider ist es auch jetzt noch nicht gelungen, allen Genossen Klarheit über die Bedeutung der 21 Aufnahmebedingungen zu schaffen. Ich übergehe alle die verlangten absurden Eingriffe in die Gestaltung unseres inneren Parteilebens, die zum Beispiel die Reichstagsfraktion zu einem willenlosen Werkzeuge des Zentralkomitees degradieren wollen. Aber die Forderung des Ausschlusses aller dissentierenden Genossen muß in ihrer vollen Tragweite gewürdigt werden, da leider von seiten der verkappten Kommunisten in unseren eigenen Reihen die fleißig werdenden Genossen immer wieder mit der Behauptung beschwichtigt werden, die Bestimmungen seien ja nicht so ernst gemeint. Allem diesem unaufrichtigen Gerede hat nun die für die Auslegung der Aufnahmebedingungen wohl kompetenteste Persönlichkeit, der Genosse Lenin, in seinem Brief vom 24. September ein Ende gemacht, dessen Schlußsatz lautet:

„Es ist die höchste Zeit, die unerhört schädlichen Illusionen zu zerstören über die Möglichkeit der „Einheit" oder des „Friedens" mit den Dittmanns und Crispiens, mit dem rechten Flügel der deutschen „Unabhängigen Sozialdemokratie", der englischen „Unabhängigen Arbeiterpartei", der französischen „Sozialistischen Partei" usw. Es ist höchste Zeit, daß die revolutionären Arbeiter die Reihen ihrer Partei von diesen Elementen reinigen und wirklich einheitliche Parteien des Proletariats bilden."

Für jeden objektiv arbeitenden Leser läßt ja auch der Wortlaut, insbesondere der Paragraph 21, keine Zweifel darüber, was unserer Partei zugemutet wird:

„Diejenigen Parteiangehörigen, die die von der Kommunistischen Internationale aufgestellten Bedingungen und Leitsätze grundsätzlich ablehnen, sind aus der Partei auszuschließen."

„Dasselbe gilt namentlich von Delegierten zum außerordentlichen Parteitag."

Die Befürworter auch dieser unerhörten Zumutung haben nun den Rat gegeben: Ihr braucht ja, auch wenn ihr gegen die Bedingungen und Leitsätze stimmt, nur zu erklären, daß ihr das nicht grundsätzlich tut; dann werdet ihr eben nicht ausgeschlossen.

Um diese faule Ausrede aus dem Wege zu räumen, will ich hiermit ausdrücklich erklären: Ich würde als Delegierter auf dem Parteitag grundsätzlich gegen die Bedingungen und Leitsätze stimmen, da ich sie für parteischädigend im höchsten Maße halte. Ich hoffe auch, daß alle anderen Delegierten, die für Ablehnung stimmen, in gleicher Weise die angeratene jämmerliche Ausflucht zurückweisen.

An die Genossen, die sich jetzt aber für den Anschluß mit den auferlegten Bedingungen ausgesprochen haben, möchte ich die Frage richten: „Würdet ihr denn aus freien Stücken unser aller Ausschluß verlangt haben?"

Ich glaube, es ist nur ein kleiner Teil, der so etwas von sich aus verlangt haben würde. Ja, dann muß ich aber an die große Masse der Anschlußfreunde die weitere Frage richten: „Habt ihr denn gar kein Verständnis dafür, welcher Mangel an Selbstachtung darin zutage tritt, wenn ihr auf Geheiß irgend einer anderen Organisation einen Ausschluß von Delegierten der Partei vollzieht, die ihr aus freien Stücken nicht ausschließen würdet?"

Doch der ungeheuerliche Paragraph 21 ist ja offenbar auch als Drohmittel ausgeklügelt. Und das bringt uns zu einem andern Punkt. Die Befürworter der Moskauer Diktatur lassen sich auch die Empfehlung terroristischer Methoden angelegen sein. Ich habe mich gegen den Terrorismus als grundsätzliches Kampfmittel bei anderen Gelegenheiten eingehend ausgesprochen. Ich will das hier nicht wiederholen. Nach meiner Auffassung ist der Terrorismus eine dem Wesen nach reaktionäre Ausartung der an sich unter Umständen berechtigten Gewaltanwendung.

Wir revolutionären Sozialisten schlagen unserer ganzen Vergangenheit ins Gesicht, wenn wir die sklavische Nachahmung von Herrschaftsmethoden empfehlen, die wir als schimpflich und barbarisch mit leidenschaftlicher Entrüstung bekämpft haben, so oft sie gegen uns angewendet wurden.

Die in Moskau erleuchteten Terrorismus-Apostel sind nun aber schließlich auch in konsequenter Verfolgung ihrer reaktionären Gedankengänge nicht davor zurückgeschreckt, den Terrorismus gegen die eigenen Parteigenossen zu predigen. Auch das sei unvermeidlich zur Befestigung der Herrschaft des Proletariats. Sie urteilen: „In Rußland wird so verfahren, also müssen wir auch dieses Heilmittel bei uns anwenden." Diese vorläufig noch theoretischen Lehren der Apostel haben nun aber in den Köpfen der Gläubigen überraschend schnell die Neigung zu ihrer praktischen Anwendung erzeugt. Noch auf dem Parteitonagreß konnte ich einen Brief verlesen, in dem bei mit Namen unterzeichnete, als Parteigenosse auftretende Briefschreiber mir ankündigte:

„Hüten Sie sich, die revolutionäre Arbeiter- und Rätebewegung weiter mit Ihrem leider noch zu großen Einfluß und Wissen, wenn auch im guten Glauben, zu hemmen und zu bremsen. Wir müssen zur rücksichtslosen Diktatur und Aktion kommen. Die Wirtschaft ist reif dafür. Die Führer haben ein gewisses Recht auf Personalschutz, aber wenn Sie und Ihre Richtung so weiter handeln, dann könnte eines Tages, der gar nicht mehr so weit sein braucht, in den „Zeitungen stehen": Ledebour, Hilferding, Kautsky usw. sind vom oder im Auftrage des Exekutivkomitees der revolutionären Arbeiter wegen „politischer Bremsung erschossen worden!"

„Gerade weil Sie und die Personen Ihres Ideenganges leider noch einen so großen Einfluß haben, müssen Sie Ihre Worte besonders wägen. Dieses zur Warnung, sonst werden und müssen wir handeln."

Als ich diese Sätze verlas, bemühte sich sofort ein Genosse, den Eindruck zu verwischen durch fortwährende Zwischenrufe, das könne unmöglich ein Genosse geschrieben haben. Ich habe durch die Organisation nachforschen lassen. Der Briefschreiber ist seit 1915 in der USPD. organisiert. Er ist auch aus freien Stücken auf der Redaktion der Freiheit erschienen, wo er seinen Brief verteidigte und ausdrücklich versicherte, er stehe nicht allein. Er habe sich mit anderen Genossen verständigt. Gegenüber den Bemühungen, ihn über das Verbrecherische seines Treibens aufzuklären, hat er, wie mir mitgeteilt wird, schließlich seine Mordandrohung abzuschwächen gesucht.

Doch so oder so. Der Vorfall ist ein Beweis dafür, wie der „Terrorismus gegen die eigenen Parteigenossen" sich in den Köpfen kriegsverrohter Menschen auswirkt. Was mich betrifft, so hatte ich bisher nur derartige Drohungen zahlreich von Militaristen und Nationalisten erhalten. Daß auch kommunistische Terroristen in unserer eigenen Partei mich in solcher Weise ehren, ist mir neu. Der Briefschreiber und seine Komplizen werden sich aber wohl mittlerweile überzeugt haben, daß ich mich durch terroristische Drohungen nicht abhalten lasse von meiner Pflicht, zu bremsen, wenn ich sehe, daß meine Parteigenossen einem Abgrund zutaumeln.

Seht, die Zukunft!

Die Jugendbewegung im Hallischen Bezirk.

Von Alfred Oelßner jun.

Zwei Mächte, zwei Weltanschauungen ringen miteinander. Hier Ausbeutertum, dort Ausgebeutete. Hier kämpft man für die Erhaltung des Kapitalismus, des Imperialismus, dort für die Erringung des Sozialismus, des Kommunismus.

Auf der einen Seite ist es die Bourgeoisie, die alle ihr zur Verfügung stehenden Kräfte aufbringt, um ihren Geldsack zu schützen. Auf der anderen Seite ist es das Proletariat, das aufsteht, um sich die Fesseln der Unterdrückung abzustreifen. Es wird ihm dies nicht so leicht gelingen. Bereits Jahrzehnte ist es am Werke, Jahrzehnte wird es noch dauern. Es muß deshalb darauf bedacht sein, neue Kämpfer zu stellen, die dereinst das begonnene Werk vollenden. Diese Kämpfer können nur aus dem Proletariat erwachsen. Die proletarische Jugend wird die Soldaten für den künftigen Befreiungskampf stellen.

Das Jungproletariat ist auf dem Plan! Es ist sich nicht nur seiner künftigen Pflichten bewußt, es hat sich schon eine Vorschule geschaffen: die proletarische Jungbewegung. Sie ist der Hort der werktätigen Jugend, der Sammelpunkt aller jungen Arbeiter und Arbeiterinnen. Nicht zum Spiel, nicht zum Tanz, nein zur Bildung und zum Kampf hat sich die arbeitende Jugend zusammengeschlossen. Zur Bildung für die Erringung der Gesellschaftsordnung, die weder Unterdrückte noch Unterdrücker kennt — und zum Kampf für eine wirtschaftliche Verbesserung der Lage der Arbeiterjugend unter den heutigen Verhältnissen. Die proletarische Jugendbewegung ist also Kampf und Bildungsschule.

Im Bezirk Halle-Merseburg besteht eine außerordentlich starke Jugendbewegung. Wie im erwachsenen, so ist auch im jugendlichen Proletariat die Tatsache offenkundig, daß unser Bezirk einer der besten ist. In den bestehenden acht Kreisen herrscht eine rege Agitationstätigkeit. Bis hinab zu den jüngsten befolgen die Mitglieder die Parolen ihrer Organisation. Wenn sie die große Idee auch zum Teil noch nicht gründlich erfaßt haben, so flößt ihnen das proletarische Gefühl die Notwendigkeit der Mitarbeit ein. Der Verstand soll ja gerade in der Jugendbewegung geschärft, gereift und geläutert werden.

In mehr als 70 Ortsgruppen, die selbst in den kleinsten Landgemeinden bestehen, wird rege über alle Fragen beraten. Ein vielversprechender Geist beherrscht unsere Organisation. Die erwachsene Arbeiterschaft kann beruhigt sein, ihre Jugend kennt die Pflichten des Proletariats im Klassenkampf und ist bereit, sie zu erfüllen.

Morgen beginnt der Parteitag der USP., der größten proletarischen Partei. Er soll richtungagebend für die künftige Parteitätigkeit sein. Auch wir als Jugend sehen dem Verlauf der Tagung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201011-13/fragment/page=0006

mit größtem Interesse entgegen. Die Fehler, die gemacht werden, werden wir zu spüren bekommen, die für das Proletariat günstigen Beschlüsse, die gefaßt werden, werden uns zu Nutzen sein. Hoffen wir deshalb, daß der Parteitag die Geschicke der USP. in Bahnen lenkt, die für die soziale Revolution erfolgbringend sind. Die erste Notwendigkeit dafür ist die Schaffung einer einheitlichen Kampffront des Proletariats. Diese Kampffront darf nicht nur national, sie muß international sein. Nur so kann sie eine Breche schlagen für die Weltrevolution.

Möge der Parteitag der USP. in diesem Sinne beschließen! Die revolutionäre Jugend wird dann geschlossen hinter der Kampfpartei der Arbeiterschaft stehen. Die Jugend, die Zukunft fordert:

Alles getan für die Durchsetzung der Weltrevolution.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 11. Oktober 1920.

Zum Parteitag.

Die Tagung des außerordentlichen Parteitages beginnt am Dienstag, den 12. Oktober, vormittags 10 Uhr, im großen Saale des Volksparks. Nur die Delegierten, Abgeordneten, Berichterstatter der Parteipresse sowie sonstige zur Teilnahme an der Tagung berechtigte Genossen haben ihre Plätze im Saale.

Für Zuhörer sind die Plätze der Galerien bestimmt. Den Berichterstattern der bürgerlichen Presse sind die gemeldeten Plätze in der ersten Reihe der Galerie reserviert. Eintritt zu dem Zuhörerraum haben Parteimitglieder der USP. nur, soweit Plätze vorhanden sind, gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches, in welchem die Parteitagsmarke vorhanden sein muß.

Der Preis der Dauerkarte beträgt 20 Mk. Für die Genossen, die den Parteitag nur teilweise besuchen, sind Halbtagskarten zum Preise von 1,50 Mk. zu entnehmen. Die Eintrittskarten sind im Volkspark, Eingang zum Zuhörerraum, 2 Treppen, zu haben. Der Haupteingang befindet sich Burgstraße 27.

*

Der Begrüßungsabend der Hallischen Parteiorganisation (Vortragsabend unter Mitwirkung des Künstlers Alfred Beierle sowie des Arbeiter-Sängerchors) findet heute, Montag, abend 7 Uhr im Volksparksaale statt. Es wird gebeten, pünktlich zu erscheinen. Eintrittskarten sind noch an der Abendkasse zu haben.

Im Stadttheater geht Mittwoch abend Tolstois Drama Und das Licht scheinct in der Finsternis in Szene. Für diese Aufführung sind den Parteitagsteilnehmern Plätze bereitgestellt. Meldungen beim Bureau.

Im Volkspark findet während des Parteitags in den unteren Räumen abends Konzert statt. Die Hallischen Arbeiter sind mit ihren Familien dazu eingeladen. Kleinere Kinder wolle man jedoch nicht mitbringen.

Für den richtigen Verlauf des Parteitages.

In Nummer 426 der Freiheit vom 9. Oktober wurde unter obigem Titel ein Redaktionsartikel veröffentlicht, der an Verdächtigungen und Verleumdungen alles bisher Dagewesene überbietet. Trotzdem bereits am 7. Oktober die Urwahlen der Parteidelegierten für Halle-Saalkreis ordnungsgemäß vor sich gegangen sind, nicht weil wir dazu verpflichtet waren, sondern um dem rechten Flügel im Zentralkomitee keine Gelegenheit zu geben, künstlich Konfliktsstoff herauszubeschwören, was dem betreffenden Artikelschreiber nicht unbekannt gewesen sein kann, wird zwei Tage später wider besseres Wissen behauptet, daß die Urwahlen vom Parteitag wohl kaum als ordnungsgemäß zustandegekommen anerkannt werden würden. Und es wird weiter gefolgert, daß ein Konflikt zwischen dem Parteitage und den Hallischen Parteigenossen bei Ungültigkeitserklärung der Mandate wohl kaum zu vermeiden wäre, da die örtlichen Helfer und Ordner ihre Mitwirkung versagen würden.

Diese ganzen Aeußerungen haben nur den Zweck gehabt, Stimmung gegen die Hallischen Parteigenossen und den Parteivorstand für Halle-Saalkreis zu machen. Es scheint beabsichtigt zu sein, in Halle eine ähnliche Komödie wie in Stuttgart aufzuführen. Die Hallische und Mansfeldische Arbeiterschaft weiß, was sie sich selbst schuldig ist und hat bis jetzt bewiesen, daß sie Disziplin zu machen weiß. Die verächtlichen Angriffe auf die hiesigen Parteigenossen weise ich auf das entschiedenste zurück.

Das Tollste aber ist, daß behauptet wird, daß ich in einer Sitzung gesagt haben soll: „Das Zentralkomitee darf aus Halle nicht heraus, es müsse totgeschlagen werden." Bereits in der Sonnabendnummer des Volkspark wurde ich erklärt, daß ich solch eine Aeußerung niemals getan habe. Es ist nun bezeichnend, daß am Sonnabend auf dem Bezirksparteitag des Agitationsbezirks Halle-Merseburg der Genosse Franz Peters (Halle) und Gen. Bergholz, Redakteur des Zeitzer Volksboten, erklärten, daß ich in der Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes am Sonnabend, den 2. Oktober, diese Aeußerung getan habe. Ich stelle nun nochmals fest: Es ist unwahr, daß ich auch nur dem Sinne nach eine derartige Aeußerung getan habe. Alle gegenteiligen Behauptungen sind nur Verleumdungen und richten sich selbst.

Es kann gar nicht anders sein, als daß einer der beiden vorgenannten Genossen der Freiheit-Redaktion dies mitgeteilt hat. Ich verwahre mich auf das entschiedenste gegen solche Anpöbeleien.

Der Parteitag soll und wird in Halle stattfinden. Es liegt nicht der geringste Grund vor, unsere Mandate zu beanstanden. Die Hallischen Parteigenossen denken gar nicht daran, den Parteitag zu sprengen. Die Angst und Furcht der „rechten Führer" des Zentralkomitees ist mehr als lächerlich. Alfred Lemck.

*

Erklärungen.

Die unterzeichneten Mitglieder des bisherigen erweiterten Bezirksvorstandes erklären, daß der Genosse Lemck in der Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes vom 2. Oktober die in Nummer 426 der Freiheit demselben zur Last gelegten Aeußerungen: Das Zentralkomitee dürfe aus Halle nicht heraus, es müsse totgeschlagen werden, nicht getan hat.

Die Behauptungen der Freiheit sind glatt erfunden.

Albert Illgenstein. W. Scholem. A. Oelsner. P. Banse. Sangerhausen. **P. Koch,** Merseburg. **Hedwig Krüger,** Halle. **W. Wagner,** Weißenfels. **O. Chemnitz,** Wittenberg. **Jos. Schneider,** Eisleben.

Die Genossen Reinwand und Kühne (Zeitz) ermächtigen uns zu erklären, daß während ihrer Anwesenheit in der fraglichen Sitzung eine solche Aeußerung nicht gefallen ist.

Damit kennzeichnen sich die Behauptungen der Freiheit als grobe Lügen, erfunden, um die Hallischen Genossen wegen ihrer radikalen Haltung vor der ganzen Partei in Mißkredit zu bringen. Feine Methoden!

Das Endergebnis der Urwahlen

für Halle-Saalkreis ist nunmehr, nachdem auch die letzten Ortschaften ihre Ergebnisse eingesandt haben, endgültig festgestellt worden. Insgesamt sind abgegeben worden 10 670 Stimmen, davon erhielt die Liste Koenen (für die Bedingungen) 9040 Stimmen, die Liste Fuchs (gegen die Bedingungen) 1627 Stimmen. Drei Stimmen waren ungültig. Demnach entfallen 11 Parteitagsmandate auf die Liste Koenen und 2 auf die Liste Kunert.

An die Gewerkschaftsvorstände!

Mit dem heutigen Tage hat der Genosse Wielepp seine Tätigkeit im Kartell als Gewerkschaftssekretär aufgenommen. Seine Aufgaben werden sich in der Hauptsache auf gewerkschaftliche Fragen, soweit sie mit dem bestehenden Recht im Zusammenhange stehen, erstrecken, wie: Betriebsrätegesetz, Tarifverträge, Lehrlingswesen, sowie alle Fragen, die sich aus dem gewerblichen Arbeitsverhältnis, dem Dienst- und Angestelltenverhältnis ergeben. Um nun eine möglichst Einheitlichkeit in der Behandlung dieser obenbenannten Fragen zu erzielen, ersuchen wir besonders die kleinen Gewerkschaften ohne Angestellte, sich bei Beurteilung und Behandlung solcher Rechtsfragen nunmehr an den Genossen Alfred Wielepp, Gewerkschaftshaus, Harz 42-44 I, Zimmer 5—7 (Arbeitersekretariat), zu melden.

Der Vorstand des Gewerkschaftskartells. J. A.: E. Winkler.

Gewerbegerichtswahl Halle-Stadt.

Die Gewerbegerichtswahlen für die Stadt Halle sind nunmehr ausgeschrieben worden. Die Vorschlagslisten dazu müssen bis spätestens zum 22. Oktober d. J. eingereicht werden. Wir ersuchen die einzelnen Gewerkschaften, sich umgehend mit der Frage zu beschäftigen, die vorzuschlagenden Beisitzer und Stellvertreter auszuwählen und sie dem Gewerkschaftssekretär Wielepp, Harz 42-44, zu benennen. Es sind vorzuschlagen 30 Beisitzer und 30 Stellvertreter, die wir wie folgt auf die einzelnen Gewerkschaften zu verteilen suchen: Metallarbeiter 4, Transportarbeiter 2, Gemeindearbeiter 2, Graphisches Kartell 2, Holzarbeiter 2, Bauarbeiter 2, Bäcker und Konditoren 1, Bergarbeiter 1, Brauereiarbeiter und Mühlenarbeiter 1, Eisenbahner 1, Fabrikarbeiter 1, Gastwirtsgehilfen 1, Maler und Lackierer 1, Maschinisten und Heizer 1, Sattler und Tapezierer 1, Schneider 1, Schuhmacher 1, Zimmerer 1, Fleischer 1, Musiker 1, Steinarbeiter 1, Steinsetzer 1. Die Gewerkschaften müssen diese Anzahl Beisitzer zum mindesten benennen, daneben die gleiche Zahl von Ersatzleuten. Dringend ersuchen wir aber, dem Genossen Wielepp die vorzuschlagenden Kollegen bis spätestens zum 18. Oktober zu benennen und einzureichen. Anzugeben ist dabei der Vor- und Zuname, Wohnort und Arbeitgeber der vorzuschlagenden Kollegen. Die zu Wählenden müssen das 30. Lebensjahr mindestens vollendet haben.

Der Vorstand des Gewerkschaftskartells. J. A.: E. Winkler.

Raubmord!

Einem Raubmord ist Freitag abend gegen 10¾ Uhr auf der Hauptstraße Halle-Leipzig zwischen Großkugel und Schkeuditz der Karusellbesitzer Wilhelm Hüttel aus Schwoitsch zum Opfer gefallen. Hüttel wurde noch röchelnd von Insassen eines von Halle kommenden Autos aufgefunden. Die Leiche weist eine schwere Schädelverletzung auf, die anscheinend mit einem Hammer geführt ist. Hüttel führte ein Fahrrad bei sich, mit dem der Mörder geflohen ist. Soweit bisher festgestellt werden konnte, ist weiter nichts geraubt worden. Anscheinend muß der Täter durch das Auto gestört worden sein. Das Fahrrad führt die Marke Panzer, hat hochgebogene Lenkstange, schwarzen Rahmenbau, doppelte Sattelfederung, von der eine Feder zerbrochen ist, und fast neue Bereifung. Am hinteren Rade fehlen einige Speichen.

Der Tat dringend verdächtig erscheint ein Mann im Alter von zirka 27 Jahren, etwa 1,68 Meter groß, von untersetzter Gestalt, schwarzem Haar, schwarzem, kurz geschnittenem Schnurrbart und schmalem, bleichem Gesicht, der kurz vor der Auffindung des Ermordeten in der Nähe des Tatortes gesehen worden ist. Er trug feldgrauen Anzug, Reithose mit Tuchbesatz, sowie Wickelgamaschen und Zivilschnürschuhe. Außerdem soll er einen Rucksack bei sich führen, in dem ein Pelzkragen enthalten war, den er bei kalter Witterung zu tragen pflegt. Es ist zu vermuten, daß die Kleidung des Täters sowie auch das von ihm dem Ermordeten geraubte Fahrrad Blutspuren tragen. Nach den bisherigen Ermittlungen scheint sich der Täter in Geldnot zu befinden und wird deshalb voraussichtlich versuchen, das Fahrrad baldmöglichst zu veräußern.

Um sofortige Mitteilung aller irgendwie sachdienlichen Angaben an die Kriminalpolizei, Zimmer 78, wird dringend gebeten.

* **Die städtischen Hilfsangestellten, Arbeiter und Arbeiterinnen der städtischen Betriebe** beschlossen am Sonnabend in einer starbesuchten Versammlung, die Regierung in Merseburg aufzufordern, den Magistrat der Stadt Halle zur Anerkennung des Schiedsspruches zu veranlassen; sie forderten ferner das volle Mitbestimmungsrecht und beauftragten die in Frage kommenden Organisationen, beim Magistrat um folgende Teuerungszulage einzukommen: in allen Lohngruppen 15 Mk. und für jedes versorgungsberechtigte Kind 5 Mk. wöchentlich, rückwirkend vom 1. Oktober 1920 an. Mit Rücksicht auf den Stoffandrang für die heutige Nummer mußte der Bericht zurückgestellt werden; wir werden morgen über die Versammlung berichten.

* **Die Berufsberatung für Knaben und Mädchen** im städtischen Arbeitsamt, Salzgrafenstraße 2, findet vom 11. Oktober 1920 an täglich von 8 bis 1 Uhr vormittags und von 3 bis 6 Uhr nachmittags statt.

* **Mißstände in Hallischen Kinos.** Am 7. Oktober tagte eine Versammlung aller in den hiesigen Kinos Beschäftigten, die für das technische Personal vom Transportarbeiterverband, Sektion der Kinoangestellten, und für die beschäftigten Musiker durch den Deutschen Musikerverband einberufen war. Nach einem Vortrag über Tarifverträge, Arbeitsgemeinschaften und Betriebsräte, welcher höchst aufklärend wirkte, ergab sich in der Diskussion, daß in den meisten der hier bestehenden Kinos noch ungeheuerliche Mißstände vorhanden sind. Das Organisationsverhältnis ist in den kleinen Kinos durchgehend gleich null. Die dort Beschäftigten sind infolgedessen ohne jedwede tarifliche Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die kleinen Kinobesitzer schalten und walten mit ihren Angestellten nach Belieben. Im Hansatheater, Große Ulrichstraße, werden zum Beispiel die Platzanweiserinnen mit sage und schreibe 80 Mark pro Monat abgefunden. In den übrigen kleinen Buden ist es kaum anders. Solche Hungerlöhne müssen sich die Angestellten, denn mit diesem hochtönenden Namen bezeichnen sie sich, gefallen lassen, weil sie ohne jedweden Rückenhalt dastehen. Dann und wann fällt dann hier und dort allerdings auch einmal eine Tasse Kaffee mit Kuchen ab und glauben einige Herren Kinobesitzer ihre Arbeitsbienen damit völlig abgefunden, und ihnen auch den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation abgeschnitten zu haben. Leider ist ihnen das auch infolge der Interesselosigkeit ihrer Angestellten bisher fast durchgehend gelungen. Hoffentlich kommen aber die solcherart Bedachten auch noch einmal zur Besinnung und finden den Weg des Zusammenschlusses. In den C.-K.-Lichtspielen, Große Ulrichstraße, ist das Organisationsverhältnis der Beschäftigten, mit Ausnahme der Musiker, ebenfalls schlecht, obwohl hier ein Lohn- und Arbeitstarif durch die zuständigen Organisationen geschaffen worden ist. Ein Betriebsrat konnte erst gewählt werden, als sich auf Beschwerde hin das Gewerbeamt ins Mittel legte. In bezug auf den gewerkschaftlichen Zusammenschluß sieht es in dem neu eröffneten Walhallatheater wohl am allerschlechtesten aus, denn mit Ausnahme einiger Musiker ist das gesamte Personal jeder Organisierung abhold. Dort versteht es die Direktion und Geschäftsleitung mit Hilfe des von auswärts ungesetzlicherweise nach Halle gerufenen Vorführers aufs beste, die Angestellten von ihren Berufsorganisationen fernzuhalten. Dieser hereingeschneite Vorführer erlaubt sich seine Kollegen und Kolleginnen von Berufsversammlungen abzuhalten und veranstaltet Betriebsversammlungen, wo er gegen die gewerkschaftlichen Organisationen loszieht. Dieser Mann hat es denn leider auch fertiggebracht, eine gelbe Betriebsorganisation zu gründe, die er „Flimmerkiste" nennt. Diese Sumpfblanze sucht er großzuziehen im Interesse der Walhalla-Kinogesellschaft und zum Schaden ihrer Angestellten. Dieser also fast ganz gelbe Betrieb ist für die Dauer ein Unding in einer Großstadt, wie es Halle ist und sein will. Es muß dahin gearbeitet werden, daß sich hier die Dinge recht bald ändern, daß sich alle Angestellten dort organisieren, wohin sie gehören, damit über kurz oder lang auch in diesem Kino tarifvertragliche Bestimmungen platzgreifen und ein Betriebsrat gewählt wird. Die **Hallische aufgeklärte und organisierte Arbeiter- und Angestelltenschaft wird es sich, wenn letzteres nicht geschieht, wohl zu überlegen haben, ob sie eine Kinogesellschaft, die etwas derartiges in ihrem Betrieb duldet oder gar selbst mit großzieht, noch länger mit ihrem Besuch beläßtigen wird.** Das gleiche muß auch in bezug auf die kleinen Kinos infolge ihrer Rücksichtslosigkeit gesagt werden. In den U.-T.-Lichtspielhäusern (Astoria- und Passagetheater) sind, was in der Versammlung noch Erwähnung fand, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch die Arbeitnehmerorganisationen für die Beschäftigten, die fast alle organisiert sind, zurzeit einer Regelung unterworfen. Aber auch dieses Unternehmen versuchte durch den Aushang eines Artikels aus der Arbeitgeberfilmzeitschrift seine Angestellten vor den sogenannten Organisationszwang der freien Gewerkschaften gruselig zu machen. Mit Recht wurde hervorgehoben, daß sich das Gesamtpersonal von seinem Solidaritätsgefühl nicht wird abbringen lassen, daß es aber nach wie vor den Standpunkt vertritt, daß dieses Gefühl alle erfassen muß. Dann wurde der Beschluß gefaßt, die zur Kenntnis gebrachten Mißstände der Oeffentlichkeit preiszugeben, damit das kinobesuchende Publikum die ganze Misere erfahre und sich dementsprechend verhalte.

* **Der Hallische Ortstarif.** Auf Verfügung des Reichsarbeitsministeriums ist unter dem 1. Oktober 1920 der zwischen der Allgemeinen Arbeitgebervereinigung für Halle (Saale) und Vororte in Halle (Saale), der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, dem Gewerkschaftsbund der Angestellten und dem Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände am 27. Mai 1920 abgeschlossene Tarifvertrag für die kaufmännischen und technischen Angestellten gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 für das Gebiet der Stadt Halle und die Orte Amsdorf, Bölberg, Büschdorf, Diemitz, Dölau, Döllnitz, Granau, Hohenthurm, Holleben, Nietleben, Passendorf, Schlettau, Wörmlitz, Zwintschöna mit Ausnahme für Lettin für allgemein verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. April 1920. Mit dem gleichen Zeitpunkt tritt die allgemeine Verbindlichkeit des Tarifvertrages vom 23. Juli 1919 nebst Vereinbarungen vom 19. Januar 1920 außer Kraft. Die Ausdehnung der allgemeinen Verbindlichkeit auf Lettin bleibt vorbehalten. Sie erstreckt sich nicht auf Arbeitsverträge, für die besondere Fachtarife in Geltung sind. Alle kaufmännischen und technischen Angestellten haben nunmehr Anspruch auf den neuen Tarif mit Gültigkeit vom 1. April 1920. Wo bisher nach dem Ortstarif noch nicht bezahlt worden ist, müssen die Angestellten durch den Angestelltenrat sofort sofort die tariflichen Gehälter fordern. Dies gilt vor allen Dingen von den Arbeitgebern, die der Arbeitgeber-Vereinigung für Halle nicht angehören. Nähere Auskünfte erteilt die Geschäftsstelle des Zentralverbandes der Angestellten, Harz 42/44, Zimmer Nummer 19. Ortstarife das Stück zu 1 Mk. sind noch vorrätig.

* **Die Arbeitslosigkeit der Kraftfahrer.** Einen tiefen Einblick in den Beschäftigungsgrad der Berufskraftfahrer gibt eine Statistik, die von der Reichsabteilungsleitung der Kraftfahrer im Deutschen Transportarbeiterverband im Juli/August d. J. erhoben ist. Dieselbe erstreckte sich auf 845 Orte. In 826 Orten wurden 23 394 beschäftigte Kraftfahrer gezählt, davon 13 675 Lastkraftfahrer, 7692 Privatkraftfahrer und 2027 Kraftdroschkenführer. Festgestellt wurden ferner 13 650 arbeitslose Kraftfahrer; in andere Berufe übergegangen sind 36 989 Berufskfahrer. Diese Statistik bringt einen erschreckenden Beweis dafür, wie sehr der Automobilverkehr darniederliegt und wie berechtigt die Forderung der Kraftfahrer auf Freigabe des Automobilverkehrs ist. Trotz des eingeschränkten Autoverkehrs und der dadurch entstandenen Arbeitslosigkeit im Kraftfahrerberufe werden täglich durch die gewerblichen Chauffeurschulen immer mehr Kraftfahrer ausgebildet. Wozu das? Nur damit die Besitzer dieser Schulen eine gute Existenz haben und Leuten, die die schlechte Lage des Berufs nicht kennen, das Geld aus der Tasche locken. Es gilt, auch in Halle Aufklärung über den Existenzkampf der Berufsangehörigen im Reiche zu verbreiten. Zu diesem Zweck findet am Montag, den 11. Oktober, abends 7½ Uhr, im Schultheiß-Restaurant, Merseburger Straße 10, eine sehr wichtige Versammlung statt, in der ein Kollege aus dem Reichsausschuß für Luft- und Kraftfahrwesen alle Berufsfragen behandeln wird. Pflicht aller Privat-, Lastwagen- und Droschkenchauffeure ist es, restlos zu erscheinen.

* **Pflege des Suffs.** Die Regierung des „Wiederaufbaues" hat auch positive Leistungen aufzuweisen. So hat sie beschlossen, die Malzkontingente der Brauereien auf 30 Prozent des Friedensmalzverbrauchs festzusetzen, so daß in Zukunft neben dem Einfachbier auch Vollbier mit einem Stammwürzegehalt von 8 Prozent zugelassen wird. Zur Begründung wird angeführt, das jetzige Dünnbier würde je länger, je mehr von weiten Kreisen der Bevölkerung zurückgewiesen, während der Genuß stark alkoholhaltiger Getränke — wie Schnaps und Liköre — ständig zunehme. Um der hierin liegenden Gefahr zu begegnen, wird — ein Bier hergestellt, das größeren Alkoholgehalt hat. Man bekämpft also den Alkohol mit Alkohol!! Wertvolle Nahrungsmittel wandern in die Brauereien, damit die Herrschaften — „Vollbier" trinken können. Das ist auch so eine Art „Wiederaufbau". Uebrigens ist die Begründung, daß zuviel Schnaps getrunken würde, nur ein Vorwand, denn der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat die Einfuhrerlaubnis für 500 000 Liter Rum und Arrak im Werte von etwa 25 Millionen Mark erteilt. Es wird also noch sehr viel Alkohol über die Grenze gelassen, damit erst recht dem Suff gefrönt werden kann. Die amerikanischen Milchkühe dürfen nicht nach Deutschland kommen, Rum und Arrak aber können über die Grenze gelangen. Das ist — „Wiederaufbau".

* **Mehr Ruhe den Kindern.** Die proletarische Jugend leidet in besonderem Maße an Knochenschwäche. Diese Feststellung machte jetzt auch wieder Dr. Hedwig Bloch in Basel, die eine große Anzahl von deutschen Kindern untersucht hat, die zur Erholung und Stärkung in die Schweiz gekommen waren. Wie hierüber in der Münchner Medizinischen Wochenschrift berichtet wird, haben diese dieser proletarischen Kinder ihr Knochenleiden dadurch gebessert, daß die Kinder nicht nur gut ernährt wurden, sondern auch viel lagen. Das ist als wichtiger Heilfaktor angesehen worden, daß die Kinder täglich 2½ Stunden, das heißt, eine Stunde vor und anderthalb Stunden nach dem Essen gelegen haben. Es beleuchtet bezeichnend den traurigen Zustand der proletarischen Jugend, daß die Kinder in den Jahren, die eigentlich zu den allerbesten gehören müßten, in denen nur munteres Spiel gekannt sein dürfte, daß die Kinder da täglich eine mehrstündige Liegezeit nötig haben, damit sie gesundheitlich normal sind. So leiden eure Kinder unter dem kapitalistischen Wirtschaftssystem, ihr Mütter!

* **Im Monat September wurden festgenommen:** 32 Personen wegen schweren Diebstahls, 40 wegen einfachen Diebstahls, 10 wegen Hehlerei, 32 wegen Betrugs, 1 wegen Erpressung, 5 wegen Unterschlagung, 38 weibliche Personen wegen Umhertreibens, 5 steckbrieflich verfolgte Personen, 4 auf Grund von Haftbefehlen und 40 Personen wegen Bettelns und Obdachlosigkeit. Ferner wegen anderen Straftaten wurden wegen schweren Diebstahls 12, wegen einfachen Diebstahls 234, wegen Betrugs 47, wegen Unterschlagung 4 und wegen Körperverletzung 65 Anzeigen erstattet.

* **Stadttheater.** Heute, Montag, abend 7½ Uhr gibt das deutsche Märchen Königskinder mit der Musik von Humperdinck in Szene. Dienstag: Christa, die Tante. Mittwoch: Und das Licht scheinet in der Finsternis. Donnerstag: Tannhäuser. Freitag: Fra Diavolo. Sonnabend: Als ich noch im Flügelkleide. Sonntag nachmittag Volksvorstellung: Flachsmann als Erzieher. Sonntag abend: Die Entführung aus dem Serail, Oper in drei Aufzügen von Mozart

* **Volkspark.** Die Kegelklubs werden darauf hingewiesen, daß während des Parteitages die Kegelbahnen nicht benutzt werden können.

* **Von der Geburt eines Kindes überrascht** wurde gestern ein junges Ehepaar kurz vor Halle in dem gegen 2 Uhr eintreffenden Zuge. Die Mutter wurde der Klinik überführt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201011-13/fragment/page=0007

Domag

Rotationsdruckmaschinen
Schnellgießanlagen
Stereotypie-Einrichtungen
Gummidruckmaschinen

genießen

Weltruf

*2266

VOGTLÄNDISCHE MASCHINENFABRIK A.-G., PLAUEN I. Vogtl.

Kommunistische Neuerscheinungen

	Mark
L. Trotzki: Terrorismus und Kommunismus, Anti-Kautsky, geheftet	6,—
Bergmann, Smilga, Trotzki: Die russische sozialistische Rote Armee, geheftet	3,50
Lenin: Der „Radikalismus", die Kinderkrankheit des Kommunismus, geheftet ca. (Die neue Auflage erscheint in Kürze)	2,50
Lenin: Das Verhältnis der Kommunisten zum mittleren Bauerntum	1,40
Lenin: Die Wahlen zur konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariats	1,20
Rittmeister Rosenberg: Hinter den Kulissen der russischen Konterrevolution	1,20
Wilenski: Die düstere Zeit der sibirischen Reaktion	3,50
Professor M. Pokrowski: Drei Konferenzen (zur Vorgeschichte des Krieges)	2,50
G. Sinowjew: Die Tagesfragen der internationalen Arbeiterbewegung	5,50
G. Sinowjew: Bericht des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale	2,—
Béla Szántó: Klassenkämpfe und Diktatur des Proletariats in Ungarn	6,50
G. Sinowjew: Die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution (Rede, gehalten auf dem 2. Kongress)	2,30
Der Zweite Kongress der Dritten Internationale an das französische Proletariat	1,50

Bestellungen sind zu richten an
FRANKES VERLAG G. m. b. H. - LEIPZIG,
Kreuzstrasse 3 b. *2269

Beachten Sie bitte unsere Ausstellung im Volkspark, II. Etage!

Neueste Parteiliteratur

aller einschlägigen Verlage zu
= Original-Verlegerpreisen =
Außerdem halten wir in unserem Geschäft, Harz 42-44, Literatur aller Wissensgebiete am Lager u. besorgen Fehlendes schnellstens

Volksbuchhandlung
Halle an der Saale, Harz 42-44

Verein für Feuerbestattung in Halle a. d. S. u. Umgegend, e. V.
Mitgliederz. etwa 1560. Jahresbeitrag 5 M.
Wir unterstützen unsere Mitglieder bzw. deren Angehörige mit Rat u. Auskunft in allen Fragen der Einäscherung u. zahlen zu den Einäscherungskosten je nach der Dauer der Mitgliedschaft 30 bis 100 Mk. Zuschuss. Anmeldung. neuer Mitglieder, sow. Anfrag. aller Art sind jetzt zu richten an den Vorstand, Forsterstr. 57, Tel. 3617
*2265 **Der Vorstand.**

MÜLLERS HOTEL
Halle (Saale). — Besitzer: A. Kobitzsch. Magdeburger Straße, Ecke Krukenbergstraße. Telephon 1355. 4267
Vornehmes Restaurant und Weinstube.
:: Ausschank von Original-Pilsener. ::

Ansichtskarten
empfiehlt Volksbuchhandlung, Harz 42|44.

4272 Schmidtsche
Strickwolle 17,95 Mk.
1 Pfund 35,00 Mk., 1 Fünftel-Pfund
Partiewarenlager Gr. Ulrichstraße 25.

Möbelvertrieb
Romanus Skipka & Co.
Leipziger Straße 16 Steinweg 20
Wohnungs-Einrichtungen
in allen Preislagen.
Spezialität: 4271
Verkauf nach Zeichnung zur Lieferung direkt ab Fabrik, daher äußerst preiswert.

Neu! **Tanzkontroller** Neu!
„Plombe",
nicht übertragbar, Tanzblumen, Tanztouren, Eintritts- u. Garderobenblocks, Papiermützen, sowie alle Karneval- und Scherzartikel kaufen Sie vorteilhaft bei
Paul Lange, 4260
Merseburger Str. 168, Nähe Riebeckplatz, neb. Apollotheater.

In einer Stunde vertilgen Sie unter Garantie Kopf-, Filz- und Kleiderläuse Brut, Wanzen, Flöhe b. Mensch u. Tier. „Lekalde", p. gesch. M. Wund. unschädl. Werk. Schurig, Steinweg 10, Reilst. 87. Ammendorf: Halleschest. 34

Gottfr. Schraut,
Uhren, Gold- und :: Silberwaren ::
Moderne Zimmeruhren
zu billigsten Preisen 4264
Nur Schmeerstr. 4.

Für das Pfeifchen des kleinen Mannes!
Billige, aber gute Rauchtabake.

Federheid 100 g Mk. 3,80	**Axani** 100 g Mk. 3,80	**Förster** 100 g Mk. 4,50	**Pastoren** 100 g Mk. 4,50
Dorfparole 50 g Mk. 2,50	**Edelgut** 50 g Mk. 4,00	Schwarzer Krause 50 g Mk. 3,50	**Scheffel** 100 g Mk. 4,20

Ferner wieder eingetroffen: **50-Pf.-Zigarren.** 4264
M. Jasper, Leipziger Str. 96.

Optische Anstalt
Karl
Schneider,
45 Gr. Ulrichstr. 45
* Gegr. 1861. 4282

Mode-Zeitungen empfiehlt die Volksbuchhdlg.

Loden-Joppen – Loden-Mäntel
Ulster – Anzüge – Arbeitshosen
4273 — preiswert und gut. —
Endepols & Dunker
Gr. Ulrichstr. 19/20. Halle (Saale). Gr. Ulrichstr. 19/20.

Kommunistische Literatur ist während der Dauer des Parteitages im Gartenpavillon des Restaurants **Volkspark,** Burgstrasse 27, zu haben.

*2270 **Frankes Verlag G. m. b. H., Leipzig.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201011-13/fragment/page=0008

Revolutionäre Umwälzung oder ruhige Entwicklung?

Zur Entscheidung des Parteitages.

Von Johann Jantzen.

Bei der Entscheidung für oder gegen die Bedingungen der 3. Internationale gilt es ganz besonders, die weltpolitische Lage zu berücksichtigen. Folgende Fragestellung ist für jeden, der die gegenwärtigen Probleme der internationalen Arbeiterbewegung meistern will, von großer Wichtigkeit: Gehen wir einer Zeit revolutionärer Umwälzung oder einer solchen ruhiger Entwicklung entgegen?

Wenn das letztere richtig wäre, so würden die Befürworter der Anschlußbedingungen vielleicht unrecht haben, denn die scharfen Bedingungen, wie das Prinzip der verlangten straffen Zentralisation, sind auf die endgültige Auseinandersetzung im Kampfe mit der kapitalistischen Bourgeoisie der ganzen Welt berechnet, bilden aber möglicherweise nicht das geeignete Werkzeug zur allmählichen Sammlung der Arbeiterklasse nach den bisherigen sozialdemokratischen Methoden. Wer also die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und die Diktatur des Proletariats für ein fernes Ziel hält, an dessen Verwirklichung in absehbarer Zeit nicht zu denken ist, mag seine Ablehnung der Thesen der Kommunistischen Internationale immerhin rechtfertigen können. Und es ist ja nicht zu leugnen, daß die Führer, von denen wir sagen, daß sie auf dem rechten Flügel stehen, innerlich von dieser Voraussetzung ausgehen. Sie wagen sich nur nicht klar mit ihrer wirklichen Ueberzeugung hervor, suchen diese vielmehr durch allerlei politische Schachspielkünste zu verbergen. Zu den vielen verkehrten Auslegungen der Bedingungen gehört auch die, daß sie sagen, es sei beabsichtigt, die Partei auf die Bahn der Putschtaktik zu drängen, „wenn Moskau auf den Knopf drücke, müßten die in der Kommunistischen Partei organisierten Arbeitermassen losschlagen". Die Genossen mit der geschilderten geistigen Einstellung sagen das, um dann gleich mit viel gelehrtem Aufwand und unter Berufung auf die dem Marxismus zugrunde liegende Geschichtsauffassung die Binsenwahrheit zu beweisen, daß man eine Revolution nicht „machen" könne, daß die ökonomischen wie auch die politischen Voraussetzungen gegeben sein müßten. Dieser Einwand ist bestechlich und verständlich zugleich, daher soll hier der Nachweis versucht werden, daß die einleitend aufgeworfene Frage nur zugunsten der revolutionären Umwälzung entschieden werden kann.

Es ist unbestreitbar, daß die politische Atmosphäre in der ganzen Welt mit ungeheurem Konfliktsstoff angefüllt ist. Um ein deutliches Bild zu gewinnen, wählen wir für unsere Untersuchung die Verhältnisse in Deutschland. Hier ist die kapitalistische Produktion dergestalt aus dem Gleichgewicht geraten, daß es für sie im Entrinnen aus dieser schwersten Krise nicht mehr gibt. Immer wieder haben wir betont, daß nur der gemeinwirtschaftliche Aufbau der Produktion uns aus dem Elend zu retten vermag, daß an eine Wiederbelebung der kapitalistischen Wirtschaftsweise nicht zu denken ist, daß diese niemals wieder so weit kommen wird, die Bedürfnisse der breiten Massen wenigstens einigermaßen befriedigen zu können. Jeder Mangel an politischer Aktivität bedeutet daher für die darbenden Massen eine Verlängerung ihres Elends, denn von der Einsicht der herrschenden Gesellschaft eine Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse erwarten, hieße in die überwundenen utopischen Vorstellungen rationalistischer Sozialisten zurückverfallen.

Im Gegenteil: die Kapitalistenklasse fährt, ungerührt durch das Massenelend, rücksichtslos fort, den eigenen Vorteil durch unerhörten wirtschaftlichen Druck gegen die proletarische Bevölkerung wahrzunehmen. Die Tendenz der Lohnverschlechterung wird brutal angewandt, Kurzarbeit bis zur Unerträglichkeit durchgeführt. Unternehmersabotage gebärt, und die Arbeiter sind bereits nicht mehr in der Lage, durch Streik die Anschläge der Kapitalisten abzuwehren; wir haben in der letzten Zeit Beispiele genug erlebt, wo bedeutende Teilstreiks ohne jeden materiellen Erfolg zusammengebrochen sind. Die Kapitalisten hingegen sichern sich trotz desorganisierter Wirtschaft unermeßliches arbeitsloses Einkommen, die Aktionäre streichen fette Dividenden ein in einer Höhe, die man niemals erlebt hat, die Besitzenden schaffen ihren Reichtum ins Ausland, wenden alle ungesetzlichen Mittel an, um sich der Abgaben an den Staat zu entziehen. Welche Formen die Gewissenlosigkeit der Kapitalistenklasse in Deutschland bereits angenommen hat, darüber berichtet die Frankfurter Zeitung (Nr. 698) in einem Artikel: Der Umwandlungsprozeß des Kapitals. Diese bedeutende bürgerliche Zeitung, ein Organ des Großhandels, beschreibt in packender Weise die Mark-, Vermögens- und Steuerflucht und urteilt darüber folgendermaßen: „Diese Entwicklung bekundet ein beschämend geringes Maß von Verständnis in den Kreisen der Kapitalisten; sie bekundet einen Tiefstand des Gefühls der Verantwortlichkeit des einzelnen für das Ganze, wie wir es in diesem Umfange niemals für möglich gehalten hätten. Die Feuerprobe, welcher die Reichsnot nach diesem Kriege, nach dieser Revolution, in dieser wirtschaftlichen Zerrüttung das Kapital unterwerfen muß, wird wahrlich schlecht bestanden." Und weiter: „Wie wir auch das Problem betrachten, immer kommt es darauf hinaus, daß unerhörte Kurzsichtigkeit und Torheit hinter dieser Mark- und Notenflucht stehen. Das Schauspiel, das sich bietet, ist eines auf Kulturhöhe stehenden Volkes unwürdig, es ist schmählich, daß bei einer erheblichen Zahl von Deutschen das Verantwortlichkeitsgefühl für das Ganze auf ein so tiefes Niveau gesunken ist. Es ist Verrat am Staatsganzen, was hier vielfach betrieben wird." Das sagt die in bürgerlicher Ideologie befangene Frankfurter Zeitung. Wir als Klassenkämpfer wissen aber, daß von der Kapitalistenklasse kein Verständnis für die allgemeine Notlage erwartet werden kann, daß die kritisierten Finanzmanöver, die das Elend der Arbeiter noch vermehren, nur durch den Sturz der Bourgeoisie unmöglich gemacht werden können. Der Schreiber dieser Zeilen hatte vor wenigen Wochen Gelegenheit, in den Großstädten am Rhein zu beobachten, wie dort das behäbige, satte Bürgertum sich ganz besonders breitmacht und die Massenhunger nur ein verständnisloses Achselzucken übrig hat. Im übrigen Deutschland liegen die Verhältnisse nicht anders.

In Friedenszeiten wurde das gesamte deutsche Volksvermögen, d. h. alles zusammen, was in Deutschland Wert hatte, auf 250 Milliarden geschätzt. Diese Zahl wurde während des Krieges zum Zwecke der Kriegsanleihe-Propaganda immer höher angegeben; Herrn Helfferich blieb es vorbehalten, zu entdecken, daß das Nationalvermögen des deutschen Volkes sogar 375 Milliarden betrage. Durch den Weltkrieg sind aber ungeheure Werte vernichtet worden. Die Schuldenlast Deutschlands wird indes auf mindestens 280 Milliarden geschätzt, wobei auch diese Zahl noch nicht endgültig ist, d. h. auf weit mehr, als das deutsche Volksvermögen nach verbürgter Angabe in Friedenszeit betrug. Wer glaubt, daß diese Schuldenlast jemals abgetragen werden kann? Wer ist töricht genug, eine ruhige Entwicklung anzunehmen, in der die hunderte Milliarden der herrschenden Gesellschaft zufiebe aus den Knochen der Arbeiter herausgeschunden werden! — Der Reichshaushaltsetat wurde schon von Erzberger seligen Angedenkens auf 24 Milliarden veranschlagt, und diese Ziffer ist längst überholt. Die neueste Angabe über den vorgelegten Reichshaushaltsentwurf für 1920 beläuft sich auf 91,5 Milliarden Mark, wovon 49,7 Milliarden Mark ungedeckt bleiben. Der Gesamtfehlbetrag unter Einschluß des Fehlbetrages bei der Eisenbahn- und Postverwaltung beträgt 67,7 Milliarden Mark. Wer glaubt, daß wir diese Summen werden aufbringen können, selbst wenn die Steuerfluchtbesitzenden Kreise nicht solchen Umfang angenommen hätte? — Der Versailler Vertrag enthält keine Angaben darüber, wieviel wir eigentlich an Kriegsentschädigung zahlen sollen. Trotz der vielen Finanzkonferenzen, auf denen diese Frage behandelt wurde, ist eine feste Summe noch nicht festgesetzt worden. Aber der französische Finanzminister Klotz hat uns im vorigen Jahre berechnet, daß es so annähernd 540 Milliarden sein müßten! Wer sieht nicht ein, daß der Versailler Vertrag zusammenbrechen muß, wenn an eine wirkliche Regelung aller Beziehungen zwischen den Völkern gegangen werden soll? Daran ändert auch nichts die Verurfung auf die jetzt von den Bedingungsgegnern so gern zitierte Schrift: Der „Radikalismus", von Lenin, der auf Seite 54 der Ausgabe des Westeuropäischen Sekretariats sagt, „daß die Taktik von Grund auf falsch ist, die nicht für Sowjet-Deutschland die Verpflichtung, für eine gewisse Zeit den Versailler Frieden anzuerkennen und sich ihm zu fügen, zugibt".

Die unhaltbare wirtschaftliche und politische Lage ließe sich noch für eine ganze Anzahl kapitalistisch orientierter Länder Europas nachweisen, für Oesterreich, Italien, ja sogar für Belgien, Frankreich und England, wo ähnliche und andere Erscheinungen die Gesellschaft beunruhigen und den Staat erschüttern. Der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie hat überall schärfere Formen angenommen, die letzte Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit hat in zahlreichen Ländern begonnen. Hier ist kein Halten mehr, solange noch eine kapitalistische Wirtschaft und Regierung besteht. Unter diesen Umständen an eine ruhige Entwicklung der nächsten Epoche glauben kann nur, wer jeder politischen Einsicht entbehrt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse zwingen der Arbeiterklasse den Kampf auf, sie sind für die Umwälzung reif. Aber das Proletariat muß sich rüsten für die gigantischen Aufgaben, die ihm bevorstehen, um seine Leiden abzukürzen. Denn es ist ein Gesetz der Weltgeschichte, daß eine Klasse, die im Besitz der Herrschaft ist, diese niemals freiwillig aufgibt, sondern sie zäh verteidigt. Die Bourgeoisie Deutschlands hat das ihr drohende Schicksal erkannt und ist bereit, mit den brutalsten Gewaltmitteln seine Herrschaft zu verteidigen. Der reisige Bruder des Kapitalismus, der Militarismus, kämpft nicht mehr gegen die Konkurrenz des ausländischen Kapitals, er kämpft jetzt — wie übrigens in den meisten kapitalistischen Ländern — gegen den „inneren Feind", gegen die aufstrebende Arbeiterklasse. In Deutschland starren alle möglichen bürgerlichen Organisationen in Waffen, die Stärke und Ziele der Orgesch sind bekannt, es sei nur an die veröffentlichten vertraulichen Rundschreiben des Organisationsleiters der ostpreußischen Selbstschutzverbände erinnert, aus denen sich ergab, daß die Orgesch-Verbände klassenorganisationen von Bürgertum und selbständiger Landwirtschaft gegen das Proletariat sein wollen und ausdrücklich für reaktionäre Zwecke organisiert wurden. Wer kann da

Für den Anschluß!

Die Resolution.

Die beiden Referenten für den Anschluß an die 3. Internationale, die Genossen Däumig und Stoecker, werden dem Parteitag in Halle folgende Resolution vorlegen:

Der Parteitag erblickt in der Zusammenfassung der revolutionären Parteien aller Länder in eine einheitliche, straff organisierte Internationale eine unbedingte Notwendigkeit. Dem organisierten Weltkapital müssen die revolutionären Kräfte der Proletarier aller Länder geschlossen gegenübergestellt werden.

Der Parteitag erblickt in der 3. Kommunistischen Internationale die Weltorganisation des revolutionären Proletariats und beschließt den sofortigen Anschluß an diese Internationale, da er die Grundsätze und Thesen dieser Internationale als die seinen anerkennt.

Im Interesse der notwendigen Geschlossenheit und Aktionsfähigkeit der Internationale stellt der Parteitag ausdrücklich fest, daß von einer Autonomie der Parteien im bisherigen Sinne in der neuen Internationale nicht mehr die Rede sein kann. Jede angeschlossene Partei muß einen Teil ihrer Autonomie aufgeben und sich völlig in den Rahmen der internationalen Kampforganisation einfügen, um dadurch die eigene wie auch die Kampfkraft des internationalen Proletariats aufs höchste zu steigern.

Der Parteitag erkennt die Bedingungen für den Eintritt in die Internationale an und beauftragt die Zentralleitung, für ihre Durchführung Sorge zu tragen.

Der Parteitag beauftragt die Zentralleitung, den Anschluß unserer Partei bei der Exekutive zu vollziehen, und sie um die Einleitung von Verhandlungen zur Schaffung einer einheitlichen deutschen Sektion der Kommunistischen Internationale zu ersuchen.

Zwerg und Riese.

Die Entwickelung der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei.

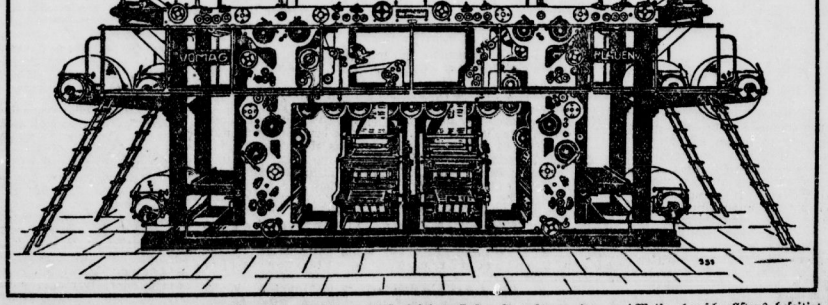
Von G. Kasparek.

Auf seinem rastlos vorwärtsschreitenden Entwickelungsgange ist das Volksblatt in einen neuen, hochbedeutsamen Abschnitt eingetreten. Mit der Vergrößerung und Verbesserung des Betriebes, die sich aus der stetig wachsenden Leserzahl ergab, ist in der Halleschen Genossenschaftsbuchdruckerei die Aufstellung eines neuen Maschinenriesen, einer 64seitigen Zwillings-Rotationsmaschine aus der Vogtländischen Maschinenfabrik in Plauen notwendig geworden, was uns veranlaßt, eine kurze Rückschau auf die zurückliegende Zeit zu halten.

In den ersten Oktobertagen des Jahres 1890, unmittelbar nach dem Fall des Bismarckschen Schandgesetzes, traten rund 150 Hallische Arbeiter zusammen, um durch Gründung einer auf genossenschaftlicher Grundlage aufgebauten Druckerei die Herausgabe eines Kampforgans für das geknechtete Proletariat zu ermöglichen. Unendlich groß waren die Schwierigkeiten, die sich jenen Braven heute vor dreißig Jahren entgegentürmten. Hindernisse, von denen die junge Generation keine Ahnung hat, galt es zu überwinden. In mehr als primitiven Räumen schlug der sozialistische Kunsttempel seine Stätte auf: in der Bölbergasse, dort, wo sich jetzt die Geschäftsräume der Hallischen Nachrichten befinden. Geschäftsführer war der Genosse Alfred Jähnig, der sein schwieriges Amt all die Jahre hindurch mit Umsichtund eisernem Fleiß verwaltet hat, bis der immer größer werdende Betrieb die Anstellung einer unverbrauchten Kraft notwendig machte. Auf einem kleinen Maschinchen, das nur zwei Seiten drucken konnte, wurde das Volksblatt hergestellt; die erforderliche Kraft wurde durch „Handumdrehen" erzeugt, denn zur Anschaffung eines Motors fehlten anfänglich die Gelder.

Bald reichten die vorhandenen Räume und Maschinen aber nicht mehr aus und die Druckerei zog wieder nach dem Hause Geiststr. 21 um, wo sie sich schon einmal befand, vom Hauswirt aber hinausgesetzt worden war. Eine größere Doppelmaschine wurde angeschafft, die Setzerei vergrößert, überhaupt der ganze Druckbetrieb modernisiert. Es waren die Jahre des Aufschwunges von 1896 bis 1904. Bald ergab sich die Notwendigkeit der Schaffung eines eigenen Heims, das nach langem Suchen endlich auf dem Grundstück Harz 42—43 gefunden und unverzüglich hergerichtet wurde. Eine 1896 aufgestellte Doppeldruckmaschine war den gesteigerten Anforderungen nicht mehr gewachsen; es gelangte im Jahre 1897 die erste achtseitige Rotationsmaschine zur Aufstellung. Außerdem begann man mit der Aufstellung von Setzmaschinen, die zu jedem neuzeitlich eingerichteten Zeitungsbetrieb gehören. Im Jahre 1905 wurde die erste 16seitige Rotationsmaschine aufgestellt, der schon zwei Jahre darauf eine zweite folgen mußte, so hatte sich die Auflage des Volksblattes gesteigert.

Ein Jahrzehnt lang stand dann die Entwicklung still. Der Novemberumsturz brachte aber einen so ungeahnten Aufschwung des Volksblattes, daß die beiden Maschinen selbst bei intensivster Ausnützung den an sie gestellten Anforderungen nicht mehr gewachsen waren. Kurzentschlossen entschieden sich die leitenden Genossen zur Aufstellung eines Maschinenungetüms, das heute in Tätigkeit sich befindet. „Immer mit der Zeit fortschreiten!" ist das Leitmotiv gewesen.



Schon ein Blick auf die Abbildung läßt den Leser erkennen, daß wir es hier mit einer Maschine von gigantischen Ausmaßen, dabei aber doch mit einem aufs feinste gearbeiteten, aus mehreren tausend Teilen bestehenden einzigartigen Kunstwerk zu tun haben. Gibt von der Massigkeit der Maschine ihre rund 10 Meter betragende Länge und ihr reipektables Gewicht von 45000 Kilogramm einen Begriff, so erregt das kunstvoll angeordnete Räder- und Walzenwerk die staunende Bewunderung des Beschauers. Dabei ist trotzdem das Höchstmaß an Einfachheit, Betriebssicherheit und bequeme, vereinfachte Bedienung erreicht.

Der Druckvorgang ist folgender: Der von vier großen Papierrollen an den beiden Enden sich abwickelnde Papierstrang läuft durch zwei von einander unabhängige Druckwerke, in denen er auf Vorder- und Rückseite von sogenannten Stereotypieplatten bedruckt wird. Nach dem Druck wird der Papierstrang gerichnitten, in einen Falzapparat geleitet, den sie fertig gedruckt, zweimal gefalzt, oben und seitwärts aufgeschnitten, verlassen, und zwar zur Erleichterung des Zählers für den Versand in einzelne Stöße von 25 oder 50 Stück geschichtet.

Die stündliche Leistungsfähigkeit beträgt, wenn beide Maschinenhälften gekuppelt arbeiten: etwa 15000 Zeitungen von 64, 60, 56, 52, 48, 44, 40, 36 Seiten, etwa 30000 Zeitungen von 32, 30, 28, 26, 24, 22, 20, 18 Seiten, etwa 60000 Zeitungen von 16, 14, 12, 10 Seiten, etwa 120000 Zeitungen von 8, 6, 4, 2 Seiten. — Wenn jedoch jede Maschinenhälfte für sich arbeitet, werden etwa 15000 Zeitungen von 32, 28, 24, 20 Seiten, etwa 30000 Zeitungen von 16, 14, 12, 10 Seiten, etwa 60000 Zeitungen von 8, 6, 4, 2 Seiten gedruckt.

Also ganz ansehnliche Leistungen im Vergleich zu den bisher gebräuchlichen Maschinen, oder — im Vergleich zu dem Liliputmaschinchen, auf dem das Volksblatt vor 30 Jahren unter allerlei Schmerzen hergestellt wurde.

Das gewaltige Räderwerk haben die Drucker stets in ihrer Gewalt; ein Griff nach den an verschiedenen Stellen der Maschinen angebrachten elektrischen Ausschaltevorrichtungen — und: alle Räder stehen still! Diese Einrichtung ist sehr wichtig, da leichte Störungen infolge Reißens des Papiers nicht vermieden, auf diese Weise aber schnellstens beseitigt werden können. Ueber den Preis des Maschinenkolosses will ich schweigen. Der Leser wird schon von selbst zu der Ueberzeugung kommen, daß viel an einer Million Mark nicht fehlen wird, die diese notwendige Erweiterung unseres Zeitungsbetriebes beanspruchte. Auch in anderer Hinsicht hat sich unsere Volksblattdruckerei zu einem durchaus modernen Druckunternehmen entwickelt: durch die Einrichtung einer Buchbinderei, in welcher augenblicklich 7 Personen beschäftigt werden. In der Druckerei sind heute 57 Personen tätig, und zwar 3 Angestellte, 6 Maschinensetzer, 24 Handsetzer, 6 Maschinenmeister, 2 Stereotypeure, 4 Hilfsarbeiter und 5 Arbeiterinnen.

Möge die kommende schwere Zeit der Entwicklung des Unternehmens weiter günstig sein zum Segen des revolutionären Proletariats.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201011-13/fragment/page=0009

noch zweifeln, daß die Arbeiterklasse entschlossen vorgehen und handeln muß, wenn die naturnotwendige soziale und politische Umwälzung, die an und für sich nicht mehr aufzuhalten ist, nicht mit vermeidbaren schwersten Opfern erkauft werden soll.

Es war bisher das Schicksal der meisten Revolutionen, daß sie durch innere Zersetzung unter den Trägern der Bewegung nicht voll zur Auswirkung gelangten oder gar zunächst gehemmt wurden. Die Gefahr der inneren Zerklüftung bedroht auch die deutsche Arbeiterklasse in der kritischsten Periode gewaltiger Klassenkämpfe. Soll sie vermieden werden, so gilt es, die Einigung der revolutionären Massen auf das grundsätzlich radikale, von marxistischem Geist erfüllte Programm, das wir zur Durchführung brauchen, zu vollziehen. Dieses Programm ist in mustergültiger Form in den Bedingungen und Leitsätzen der Kommunistischen Internationale enthalten. Machen wir uns diese Grundlage zu eigen, dann vereinfachen wir die Unterschiede der sozialen Bewegung, die sich auf die sozialistische Gedankenwelt stützt. Die Reformisten an der bürgerlichen Gesellschaft mögen sich in der Partei Scheidemanns zusammenfinden; wer den Sozialismus, den Kommunismus von der Wurzel auf will, wer bereit ist, den Umsturz zu beschleunigen, an der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und an der sozialen Revolution tatkräftig mitzuwirken, der bekennt sich zur 3. Internationale, nicht trotz, sondern wegen der Bedingungen, denn die von Moskau verlangte Organisation ist das Instrument, das wir brauchen, mit dem wir die morsche kapitalistische Gesellschaftsordnung vollends zerbrechen, die heißen Wünsche des klassenbewußten Proletariats durchsetzen und die zukünftige kommunistische Gesellschaftsordnung bewußt gestalten werden, denn wir sind keine politischen Alchimisten, die da glauben, daß aus dem Chaos von selbst der Zukunftsstaat als organisches Gebilde entstehen werde.

Die Augen des revolutionären Proletariats der ganzen Welt sind in diesen Tagen auf die deutsche USP. gerichtet; möge sie durch klare Erkenntnis der zwangsläufigen Notwendigkeit der Weltrevolution den noch nicht angeschlossenen sozialistischen Parteien der übrigen Länder vorangehen und dementsprechend ihre Beschlüsse fassen.

Den arbeitenden Frauen!

Von Berta Braunthal (Berlin).

Während Ihr Eurem schweren Tagewerk in dumpfen Fabrikräumen und sonnenlosen Werkstätten nachgeht, für Euch und Eure Kinder das karge Brot des Lebens zu beschaffen, treten in den Mauern Eurer schönen Stadt die Männer und Frauen der revolutionären Vorhut des Proletariats, der USPD., zu einer schicksalsschweren Tagung zusammen. Wochenlang schon ringen die Geister miteinander innerhalb unserer Partei, um Klarheit darüber zu gewinnen, ob die größte sozialistische Organisation der Welt durch den Anschluß an die Kommunistische Internationale den Revolutionierungsprozeß des deutschen und Weltproletariats beschleunigen, die Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus rascher herbeiführen soll. Auf diesem Parteitag soll die Entscheidung fallen, welchen Weg unsere Partei nunmehr gehen wird.

Schwer und drückend lastet die Sorge des Lebens auf Euren Schultern. Von den Quellen heiterer Freude abgeschlossen, in elenden Wohnungen zusammengepferchi, aus denen Ihr Stück für Stück der Verwahrlosung anheimgegeben seht, trotz unermüdlichen Schaffens nicht soviel zu verdienen, um Kleider und Schuhe, Wäsche und genügende Nahrungsmittel zur Führung einer menschenwürdigen Existenz aufzubringen, Eure Kinder und Lieben durch Unterernährung und Hunger zehrenden Krankheiten und Siechtum ausgesetzt zu sehen, das ist der Zustand, in dem Ihr Euch befindet. Während die Besitzer der Produktionsmittel, die Herren Unternehmer und Kapitalisten, die Herren Agrarier und Großgrundbesitzer durch die Bewucherung der arbeitenden Bevölkerung unerhörte Reichtümer aufhäufen, ein Leben des schamlosesten Sinnengenusses und ausschweifender Völlerei führen, siecht die Jugend, die zukünftige Generation, die Träger unseres künftigen Wirtschafts- und Kulturlebens elendiglich dahin und entbehrt das Nötigste. —

Wir stehen vor schweren, opferreichen Kämpfen um die Eroberung der politischen Macht, um die Herrschaft des Proletariats, die allein imstande ist, die Kapitalisten und Unternehmer zu enteignen, ihnen die Produktionsmittel, die Quellen unseres Lebens und Reichtums, wegzunehmen. Noch mehr werden wir leiden und entbehren müssen, denn in dem Kampfe, den die Bourgeoisie um Sein oder Nichtsein als herrschende Klasse führt, wird sie sich nicht scheuen, noch so brutale Gewaltmittel, noch so grausame Sabotageakte gegen das Proletariat anzuwenden. Sie wird die Aerzte aufrufen, den Kranken, den gebärenden Frauen, den von Schmerz gepeinigten Kindern nicht beizustehen und ihnen keine Linderung zu verschaffen, sie wird die Zufuhr der Lebensmittel, die Ablieferung der Milch an die Säuglinge sperren, um den Sieg des Sozialismus unmöglich zu machen. Aber gerade die Tatsache, daß eine kleine Minderheit der Bevölkerung in der Lage ist, soviel Leid und Elend über uns zu häufen, uns ihre Herrschaft und ihren Willen durch die Hungerpeitsche aufzuzwingen, ist für uns ein Ansporn, diesen Nutznießern und Schmarotzern vom Schweiße der Arbeiterklasse das Handwerk zu legen, ihnen die Möglichkeit zu nehmen, uns durch Wucherpreise und knappe Zufuhren nach Belieben kurz zu halten. Die organisierte planmäßige Wirtschaft im Interesse der Allgemeinheit muß an die Stelle der bisherigen planlosen Profitwirtschaft treten.

Das ist nun die Frage, die in Halle entschieden wird. Ob wir alle, noch so entsetzlichen Folgerungen des immer näher rückenden Entscheidungskampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat auf uns nehmen, alle Gewaltmittel gegen die Bourgeoisie anzuwenden bereit sind, den Geist und die Form unserer Kampfestruppen darauf einstellen wollen, oder ob wir aus ängstlichen Bedenken die große Auseinandersetzung möglichst hinausschieben, die Taktik befolgen wollen, den Feind nicht zu „reizen" und abzuwarten.

Gerade bei Euch in Mitteldeutschland, dem „blutroten Herzen Deutschlands", wie Ihr es mit Stolz nennt, hat die Arbeiterschaft kühnen Rebellentrotz bewiesen und sich gegen ihre Peiniger und Ausbeuter immer fester und inniger in den Reihen der USPD. zusammengeschlossen. Ihr waret es auch, die die Partei ungestüm vorwärtsdrängtet, das Tempo der Revolution zu beschleunigen, schneller voranzugehen, als es manch bedächtigem Parteioberhaupt lieb war. Und nun seid Ihr auch mit an der Spitze derjenigen Mitgliedschaften, die, die Notwendigkeit einer noch strafferen und zentralistischen Kampforganisation auf nationaler und internationaler Basis gegen die Weltreaktion erkennend, den Anschluß an die 3. Internationale unter Anerkennung ihrer Grundsätze, Thesen und Aufnahmebedingungen fordern.

Des Ernstes des Augenblicks und der Größe der Verantwortung in diesen schicksalsschweren Tagen sich voll bewußt, ziehen die Frauen und Männer, vom Vertrauen ihrer Mitgliedschaft getragen, in Eure Stadt ein und grüßen Euch, Ihr kampffrohen Truppen des revolutionären Sozialismus. Den gedrückten und geknechteten proletarischen Frauen gilt mein besonderer Gruß; sie möge die Heilsbotschaft des Sozialismus und Kommunismus aufrichten, ihren Opfermut und Opferwillen stärken. Sie mögen eingedenk sein der Tatsache, daß es ihre heilige Aufgabe ist, mit den Männern ihrer Klasse den Kampf zur Befreiung aus doppelter Knechtschaft, aus Arbeiterfron und Geschlechtssklaverei zu führen, daß erst der Sozialismus, den wir nur nach jahrelangen Bürgerkriegen und opferreichen Kämpfen aufrichten können, uns Frauen das Reich der Freiheit und des Lebensglückes eröffnet. Möge der Parteitag das kräftige Schlagen des revolutionären Herzens Deutschlands fühlen, von dem Geiste der Brüderlichkeit und Kampfentschlossenheit des Hallischen Proletariats umgeben sein!

Bezirksparteitag.

Der Bezirksparteitag möge ein guter Auftakt zum Reichsparteitag sein! Das war der Wunsch, den alle Genossen hegten, als er zusammentrat, und dieser Wunsch ist in überreichlichem Maße erfüllt worden. Der Hallische Bezirk ist einig — diesen Eindruck hinterließ die Tagung vom Sonnabend und Sonntag. Nicht Streit, sondern praktische Arbeit drückte dem Bezirkstag ihren Stempel auf, und das in einer Zeit, in der sonst im ganzen Reiche die Einigkeit der proletarischen Massen vollkommen in die Brüche gegangen ist, etwas Großes. Das Bezirksstatut wurde zuerst besprochen und schließlich nahezu einstimmig angenommen. Damit ist die organisatorische Streitfrage der Zentralisation für unseren Bezirk erledigt. Wir haben nun eine zentralistische Organisation, nicht künstlich aufgepfropft auf einem Boden, auf den sie nicht gehört, sondern organisch erwachsen aus der historischen Entwicklung der Arbeiterbewegung im Bezirk. Daß in der Frage der Internationale der Bezirk nahezu einstimmig ist, war vorauszusehen. Auch die Rede des Genossen Crispien konnte nichts daran ändern. Bemerkenswert ist es, daß zuerst etwa 12 von den 75 Delegierten gegen die Bedingungen waren, daß aber im Laufe der Tagung die Zahl der Gegner immer kleiner wurde, so daß bei den entscheidenden Abstimmungen schließlich nur noch 3 bis 4 Unentwegte übrig blieben. Besonders erfreulich war es, daß sämtliche 5 Delegierte aus Bitterfeld-Delitzsch fest für die Bedingungen eintraten. Die Neuwahlen des Bezirksvorstandes und des Beirates erfolgten ebenfalls in erfreulicher Einmütigkeit. Wir begrüßen es, daß Genosse Sämisch nunmehr die Stelle des Bezirkskassierers bekleidet. Die Merseburger Genossen werden ihn, der seit vielen Jahren in so vorbildlicher Weise in ihrem Kreise gearbeitet hat, sehr ungern scheiden sehen, aber der höheren Pflicht muß sich jeder fügen. Wir möchten an dieser Stelle nicht vergessen, die Tätigkeit des Genossen Franz Peters, der bisher Bezirkssekretär war, anerkennend zu erwähnen. Genosse Peters hat seine Pflicht vollauf getan, und wir bedauern es, daß seine Haltung zu den Lebensfragen der Partei ihn in Widerspruch mit der Masse der Genossen im Hallischen Bezirk gebracht hat. Der Bezirkstag konnte den Genossen Peters nicht wieder mit dem verantwortlichen Posten des Kassierers betrauen. So wurden die Genossen durch Peters Haltung gezwungen, die bittere politische Notwendigkeit der Trennung von ihm zu vollziehen. Der neue Bezirksvorstand, der Beirat und die Bezirkspreßkommission sind selbstverständlich vollkommen homogen zusammengesetzt, damit sie fähig sind, den kommenden Kämpfen gerüstet entgegenzugehen. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß der Hallische Bezirk seine Pflicht in diesen Kämpfen tun wird, wie er sie auch bisher immer getan hat. Diejenigen, die da glauben, daß die revolutionäre Tatkraft der Arbeiterschaft des Hallischen Bezirks geschwächt ist, die werden bald merken, daß ihre Hoffnungen nichtig sind. Unsere Fahne weht!

Am Sonnabendmorgen begann im Volkspark der Bezirkstag der USP. des Agitationsbezirks Halle-Merseburg. Genosse Illgenstein eröffnete den Bezirkstag mit einigen geschäftlichen Mitteilungen. Zur Tagesordnung stellte Genosse Sämisch (Merseburg) den Antrag, Referate über die Internationale nicht mehr entgegenzunehmen. Zur Debatte über diese Frage stehe Zeit genug zur Verfügung. Genosse Oelßner unterstützte diesen Antrag, besonders da zu befürchten stehe, daß außer Crispien kein anderer Vertreter des Zentralkomitees von unserer Richtung anwesend sein würde. Man könne Crispien telegraphisch mitteilen, daß keine Referate entgegengenommen würden. Der Antrag Sämisch wurde gegen 5 Stimmen angenommen.

Protest gegen das Zentralkomitee.

Genosse Lemck (Halle) teilte mit, daß in der Freiheit erneut der Versuch gemacht wird, die Ungültigkeitserklärung der Hallischen Mandate vorzubereiten. Er verlas einige Stellen aus dem Freiheit-Artikel, die mit großer Heiterkeit aufgenommen wurden. Genosse Lemck bezeichnete das, was über ihn und Schneider in dem Artikel gesagt wird, als Lüge. Genosse Oelßner beantragte sofortige Besprechung der Angelegenheit.

Genosse Illgenstein teilte noch einmal mit, was der Bezirksvorstand zu den Urwahlen beschlossen habe. Genosse Scholem (Halle) legte folgenden Antrag vor:

Der Bezirksparteitag der USP. für den Agitationsbezirk Halle-Merseburg erklärt, daß die Urwahlen der Delegierten zum Reichsparteitag in allen Kreisen des Bezirks nicht in Mitgliederversammlungen, sondern in mehrstündiger Urwahl in Wahllokalen vorgenommen wurden.

Der Bezirksparteitag erhebt energischen Protest gegen die unglaubliche Leichtfertigkeit und Anmaßung, mit der die Freiheit, ohne nähere Unterlagen zu haben, die Nichtigkeitserklärung der Hallischen Mandate als eine feststehende Tatsache hinstellt.

Ferner erhebt der Bezirksparteitag entrüsteten Protest gegen die Versuche, die proletarische Disziplin der Hallischen und der Mansfelder Genossen in Frage zu stellen und führenden Genossen des Bezirks Aeußerungen in den Mund zu legen, die entstellt oder gar völlig aus der Luft gegriffen sind.

Genosse Scholem wandte sich weiterhin gegen die Freiheit und gegen die Versuche, den Hallischen Bezirk auf dem Parteitag auszuschalten.

Genosse Franz Peters (Halle) gab zu, daß tatsächlich jetzt kein Grund vorhanden sei, die Mandate zu kassieren. Der Freiheit-Artikel habe sich eben nur auf den Beschluß des Bezirksvorstandes gestützt, ebenso Genosse Dittmann. Er stimme der Resolution nicht zu. — Genosse Illgenstein stellte als Bezirksvorsitzender fest, daß Genosse Schneider die berühmte Aeußerung über die Mansfelder in anderem Sinne getan hat, als sie ihm unterschoben wird. — Genosse Schneider (Eisleben) erklärte, daß kein Mansfelder Arbeiter Peters die Berechtigung gegeben habe, ihren Kreisvorsitzenden als Schreier zu bezeichnen. Peters hat seinen Anhängern in Mansfeld gesagt, sie sollten darauf achten, wenn irgendwo Versammlungen bei der Wahl stattfänden, damit man eventuell die ganzen Mandate für ungültig erklären lassen könne. (Hört, hört!)

Oelßner: Wir haben von vornherein gewollt, daß der Wahlakt unbeeinflußt und geheim neben den geplanten Mitgliederversammlungen vor sich geht. Wir haben allerdings die Urwahlen anders vorgenommen, als beschlossen war, nur um dem Zentralkomitee die Möglichkeit zu nehmen, den Parteitag zu sprengen. Wir haben alles Interesse daran, daß der Parteitag einen ruhigen Verlauf nimmt, weil wir hoffen, die Mehrheit zu haben. Aber das wissen die andern auch, und deshalb wollen sie es so machen wie in Württemberg. — Lemck richtete an Peters die Frage, ob er die Mitteilungen aus internen Sitzungen dem Zentralkomitee übermittelt habe. Lemck schilderte noch einmal den Verlauf der Unterredung mit Dittmann. Peters habe noch andere Entgleisungen sich zuschulden kommen lassen. Er habe zum Beispiel eigenmächtig ein Rundschreiben der Bezirksleitung an die Kreise geschickt, in dem er versuchte, die Urwahlen bis zum 10. Oktober hinauszuschieben.

Genosse Banse beantragte, eine Mandatsprüfungskommission zu wählen und schlug vor die Genossen Arndt (Halle), Koch (Merseburg), Schneidewind (Heldrungen), Hempel (Torgau), Frau Machlitt (Eisleben). Die Genossen wurden gewählt.

In der weiteren Debatte über das Verhalten des Zentralkomitees sprach dann Banse (Sangerhausen), der ebenfalls bestätigte, daß in den Sitzungen die angeblichen Aussprüche von Lemck und Schneider nicht gefallen sind. Man muß ohne weiteres annehmen, daß Peters der Verbreiter dieser Nachrichten ist und der Urheber des Konflikts. — Genossin Krüger (Halle) machte ebenfalls Feststellungen über den Verlauf der Besprechung mit Dittmann. — Peters: Es ist unerhört, wenn man mich als Lügner bezeichnet. Die Volksblatt-Redaktion ist der Veranlasser der ganzen Angelegenheit. Ich habe die Mansfelder nur in guter Absicht aufgefordert, die Urwahl richtig vorzunehmen. Dasselbe ist der Fall mit dem Rundschreiben zur Urwahl, das ich abgesandt habe. — Schneider: Die Mansfelder Delegierten wünschen von Peters Auskunft darüber, wer ihn autorisiert hat, zu erklären, daß die Mansfelder Arbeiter mich für einen Schreier halten. — Bergholz (Zeitz): Hütet euch vor diesem Leichen-Machen in der politischen Bewegung. — Beyling (Mansfeld): Schneider hat das Vertrauen der Mansfelder Arbeiter. — Knauthe (Halle): Ich war bei der Unterredung mit Dittmann anwesend. Genosse Scholem, über dessen Artikel man sich so aufgeregt hat, hätte noch besser schreiben können: „Hanswurstiade im Volkspark." Alles, was im Volksblatt stand, ist wahr gewesen. — Sämisch (Merseburg): Tatsächlich sind die Urwahlen auf dem Leipziger Parteitag abgelehnt worden. Warum macht man am Montag die Sitzung, in der die Mandate geprüft werden sollen, was noch nie dagewesen ist? Weil man irgend etwas plant. Mit Absicht macht man Stimmung gegen den Hallischen Bezirk, weil er in seiner großen Mehrheit für die Bedingungen ist. — Kürbs (Halle): Die Spaltung wird sich ohne Zweifel auf dem Parteitage vollziehen. Ein Verkleisterungspflaster, wie es Genosse Hennig vorgeschlagen hat, kann auf keinen Fall in Frage kommen. Am Montag tritt der Zentralvorstand nur zusammen, um festzustellen, in welchem Bezirk Urwahlen vorgenommen worden sind.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag gegen 8 Stimmen angenommen.

Peters erklärte, daß auf dem vorletzten Parteitag er den Eindruck gewonnen habe, daß die Mansfelder Funktionäre Schneider für einen Schreier halten. (!)

Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung widmete der Vorsitzende dem Genossen Hildebrandt einen ehrenden Nachruf. Die Delegierten erhoben sich zum ehrenden Gedächtnis des verstorbenen Vorkämpfers von ihren Plätzen.

Kassenbericht.

Der Geschäftsbericht wurde auf Antrag Hilgers (Piesteritz) abgesetzt. Den Kassenbericht gab Gen. Peters nach der den Delegierten spezifizierten Aufstellung. Die Gesamteinnahme betrug vom 1. April 1919 bis 31. März 1920 341 848,40 Mark, die Gesamtausgabe 101 633,34 Mk., so daß in den Kreisen 240 215,06 Mk. verbleiben. Aber dieses Ergebnis ist nur scheinbar günstig. Unbedingt muß der Kreisbeitrag an den Bezirk erhöht werden.

Genosse Dörr als Revisor erklärte, daß die vorgelegte Abrechnung mit den Belegen und Büchern übereinstimmt. Er beantragte Entlastung für den Genossen Illgenstein, der bis zum 1. Juli, und für den Genossen Peters, der seitdem Kassierer ist.

Genosse Arndt (Halle) fragte an, in welcher Form der Unterstützungsfonds der Märzopfer verwaltet würde. Genosse Peters antwortete, daß der Fonds mit der Kassenführung des Bezirks an sich nichts zu tun habe. Die Kommission, die die Gelder verwaltet, werde einen Bericht veröffentlichen. — Die Entlastung wurde einstimmig erteilt.

Danach erstattete Genosse Hempel (Torgau) den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es sind anwesend 59 Delegierte aus den Kreisen, 5 Mitglieder des engeren Bezirksvorstandes, 7 Kreisvorsitzende. Außerdem sind 11 Vertreter verschiedener Institutionen mit beratender Stimme anwesend. Die Mandate von Bitterfeld-Delitzsch sind durch die Schuld des Kreissekretärs nicht ausgestellt worden. Dem Sekretär Buhle wurde der Vorwurf gemacht, daß er bewußt die Ausstellung der Mandate verschleppe. Die Mandate von Bitterfeld-Delitzsch wurden für gültig erklärt.

Bezirks-Organisation.

Genosse Quitzsch (Eilenburg) beantragte, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen, da die Anhänger der Moskauer Internationale gar nicht mehr das Recht hätten, noch etwas für die Partei zu beschließen. (Große Unruhe.) Der Antrag wurde, nachdem Genosse Sämisch dagegen gesprochen hatte, gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Oelßner: In die Beratungen über das neue Bezirksstatut sind wir eingetreten, lange bevor von den 21 Moskauer Bedingungen etwas bekannt war. Die Ausführungen des Genossen Quitzsch sind dazu angetan, die organisatorische Einheit im Bezirk Halle-Merseburg zu zerreißen. Dagegen wenden wir uns. Die organisatorische Grundlage, wie wir sie jetzt für den Bezirk schaffen wollen, ist in unseren Kreisvereinen bereits vorhanden. Wir wollen Wirtschafts- und Arbeitsgebiete schaffen, deren Grundlage die verschiedenen Landkreise bilden sollen. Um alles restlos zu erfassen, ist es notwendig, daß die drei Kreise Naumburg, Eckartsberga und Querfurt von ihren alten Organisationen losgelöst werden und zusammen ein neues Arbeitsgebiet bilden. Ferner verlangt das neue Bezirksstatut, daß den Genossinnen die Vertretung in allen Körperschaften einzuräumen ist, die ihrer Mitarbeit und Stärke entspricht. Es soll der Bezirksleitung Sitz und Stimme zu allen Veranstaltungen, wie Generalversammlungen, Mitgliederversammlungen, Kreiskonferenzen usw., eingeräumt werden. Der Bezirksparteitag soll sich seinen Vorstand selbst wählen. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem Kassierer und zwei Beisitzern. Von den gewählten Mitgliedern bestimmt der Bezirksparteitag selbst, welche Mitglieder ihre Tätigkeit hauptamtlich auszuführen haben. Wir wissen nicht, was der Parteitag bringt. Als wir die Vorlage brachten, waren wir uns einig, daß wir die organisatorische Einheit des Bezirks unter allen Umständen aufrechterhalten müssen. Das ist jetzt nötiger als je. Ich bitte, den von mir eingebrachten Entwurf deshalb unbedingt anzunehmen.

In der Nachmittagssitzung

am Sonnabend trat man in die Debatte und Abstimmung über das Organisationsstatut ein. Es wurde Einzelberatung über die Pragraphen beschlossen. Ohne Debatte und Aenderungen wurde § 1 angenommen. Zu § 2 schlug Genosse Koenen vor, daß ein sehr großer Ortsverein in Distrikte geteilt werden müßte. Aber da dies für unseren Bezirk nicht in Frage kommt, weil so große Ortsvereine bei uns nicht bestehen, wurde § 2, ebenso 3, unverändert angenommen. Zu 4 beantragte Genosse Schmidt (Naumburg), nicht Nebra, sondern Naumburg als Kreisvorort für Naumburg-Eckartsberga-Querfurt zu bestimmen. Ebenso beantragte Hilgers, statt Schweinitz Wittenberg für den betreffenden Kreis zu nehmen. Scholem ersuchte, überhaupt die Kreisvororte nicht im Statut festzulegen, sondern das den Kreisen zu überlassen. Koenen regte an, anstatt „Kreisorganisation" von jetzt an „Unterbezirk" zu sagen. Fiedler (Merseburg) führte aus, daß für den neuen Kreis der Vorort gleich festgelegt werden müsse. Nebra sei praktischer als Naumburg. Schmidt (Naumburg) verteidigte Naumburg als Vorort. Schneider (Eisleben) trat dafür ein, daß der Name Kreisorganisation beibehalten wird. Sämisch (Merseburg) brach eine Lanze für Nebra. Oelßner: Es würde sich doch empfehlen, den Namen „Unterbezirke" anzunehmen. Auch mit der Streichung der Vororte erkläre ich mich einverstanden. — Bei der Abstimmung wurden die vorgebrachten Anregungen angenommen. Es gibt also von jetzt an keine Kreise mehr, sondern nur noch Unterbezirke. Die Vororte werden von den Unterbezirken selbst bestimmt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201011-13/fragment/page=0010

Abteilung: **DAMEN**-Hüte

Cornets ein- und zweifarbig . . . . . von 42,00 M. an
Filzhüte . . . . . 25,00 bis 45,00 M.
Velourettes in allen Farben 50,00 55,00 60,00 65,00 M.
Velourhüte in allen Farben . . . . 85,00 95,00 110,00 M.
Samt-, Zylinder- und Fantasie-Hüte zu günstigsten Preisen.
Umpreß-Hüte in kürzester Zeit besonders billig!

Stroh- und Filzhutfabrik
33 Herold & Schröder 33
Grosse Steinstrasse

Eigene Färberei
Filzhut wird schwarz, rot, blau, grün und braun!

! WenigWorte !
Unsre Preise sagen alles!
4280

Annahmestelle auch in der
Fabrik Leipzigerstr. 87II.

Abteilung: **HERREN**-Hüte

Elegante Filzhüte . 54,00 65,00 68,00 75,00 M. usw.
Der moderne Glockenhut 68,00 75,00 80,00 85,00 M.
Velourhüte . . . . . 98,00 115,00 130,00 M. usw.
Herren- und Knaben-Mützen . . . . . von 9,50 M. an
Umpreß-Hüte in kürzester Zeit besonders billig!

Stroh- und Filzhutfabrik
33 Herold & Schröder 33
Grosse Steinstrasse

Volkspark

Burgstr. 27 :: Fernspr. 1107

Eigentum der Hallischen Partei- und Gewerkschafts-Genossen

empfiehlt seine

herrlichen Räume u. Lokalitäten

zum angenehmen Aufenthalt, sowie seine

schönen Säle u. grossen Räume

zur Abhaltung von Verbandstagen und Festlichkeiten.

4270

Große öffentl. **Volksversammlung**

Dienstag, den 12. Oktober, abends 7½ Uhr,
im Apollo-Theater am Riebeckplatz.

Otto Rühle (Dresden) und **Franz Pfemfert** (Berlin)
sprechen über das Thema: 4203

USP. – KPD. – 3. Internationale und Die soziale Revolution.

Die Delegierten des Parteitages der USP. und die aus Rußland anwesenden Genossen Sinowjew und Bucharin sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.

Arbeiter, erscheint in Massen! Orientiert euch selbst, beweist durch Massenbesuch die Notwendigkeit einer kommunistischen Internationale, die ihr Fundament in den proletarischen Massen aller Länder und nicht in einigen Führern hat.

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands (Ortsgruppe Halle).

Noch immer auffallend billig

sind meine Schuhwaren aber trotzdem sehr gut in Qualität und Ausführung.
Ueberzeugen Sie sich durch Ansicht meines Fensters.

Ich bringe als besonders empfehlenswert:

Damen-Schnür-Halbschuh 98⁵⁰
Lederfutter, Lederbrandsohle, moderne Form, 36/42

Burschen- und Fräuleinstiefel 148⁵⁰ 158⁵⁰
prima Bindbox, 36/39, oder Boxkalf, Lederbrandsohle, ganz solide Ware

Damen-Stiefel 148 158 168
Roß-Chevreau, hoher Schaft, Lederbrandsohle, guter Straßenstiefel, auch mit Lack

Herren-Fahlleder-Rindstiefel 167
ohne Futter, sehr dauerhaft, z. strapazieren geeignet

Herren-Rindboxstiefel 179
prima Verarbeitung, Roßlederbrandsohle, streng solides Fabrikat, moderne Ausführung

Einzelpaare in allen Gattungen sehr preiswert.

Schuhhaus Roland,
Steinweg 19, gegenüber Jakobstraße. 4268

Puppen und Spielwaren

kauft man preiswert und gut im

Spielwarenhaus Rud. Weibezahl,
obere Leipzigerstrasse 66.
4287

Puppenklinik.

Demnächst erscheint im Kommissions-Verlag der Volksbuchhandlung, Halle (S.), Harz 42/44

Der singende Kerker

Dichtungen aus der Gefängnishaft
von
Otto Kilian

Buchschmuck in Bleischnitten
von **Martin Knauthe, Halle**
Buchhandelspreis 6,— Mark

Die Mitglieder der USPD. und Volksblattleser erhalten das Buch zu einem Vorzugspreise

Der Verlag wird in nächster Woche den Austrägern Probe-Exemplare zusenden und Bestellungen entgegennehmen.

4307

Zigaretten

wie **Camel, Pappi Hit, Piedmont, Amerik. Beauty, Virginia Brights** (ohne Aufdruck) genau wie **Chesterfield, Salem, Pico, Marius, Patras, Xanti, Manoli** u. a. m. v. **21 Pf.** an, m. 30 Pf.-Banderole.

4214 **Sport, 0/00 240 Mk.,**
bei mehr Abnahme billiger.

Zigarren u. Tabake zu billigst. Preisen
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Versand nach auswärts franko.

A. M. Berndt, Alte Promenade 6

Krampfadern u. Beine
*2167
Lassy Stach-Tropfen verrichtet radikal gewünschtes
Flasche 5,00 Mark, zur Kur ausreichend, in Apotheken u. Drogerien zu haben. Wo nicht erhältlich, schreibe man an Neopharm, Hannover 46

Makulatur
verkauft
Verlag des Volksblattes.

Wissen Sie es schon?

Am billigsten kaufen Sie

Elegante **Ulster Raglans Anzüge** Neuheiten!

schicke Formen
bei 4292

Moritz Rosenthal, Leipziger Straße.

Besichtigen Sie die Schaufenster, die sagen Ihnen alles.

Hotel Stadt Dresden.
Martinstraße 10.

Der geehrten Einwohnerschaft von **Halle und Umgegend**, sowie den werten Reisenden hierdurch zur gefälligen Kenntnis, daß ich oben genanntes Hotel von Herrn **August Walther** käuflich erworben habe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, das Beste vom Besten zu bieten. 4246

Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.
ff. gutgepflegte Biere. – – – ff. Weine.
Logis zu soliden Preisen.

Hochachtungsvoll **Alwin May.**

Am besten kaufen Sie Ihre
Zigarren u. Zigaretten
bei

Emil Strahl
Leipziger Straße 19.
4285

Empfehle in Zigaretten:

Schatzi mit Gold, volles Format, Stück 30 Pf.
Salem Nr. 30 oh. Mundst. Stück 30 Pf.
Landesflagge oh. Mundstück, Stck. 30 Pf.

In Zigarren:

Glückskind sehr mild, Stück 1.00 M.
Aquilla pikant, Stück 80 Pf.
Viola würzig, Stück 1.50 M.

Extra billiger
Flausch-Verkauf!

Flausch für Wintermäntel, schwere Qualität, 130 cm breit, grau 58.00
Flausch prima, alle Farben, 160 cm breit 72.00

Kostümstoffe grau, 130 cm . . . 65.00
Kostümstoffe reine Wolle, braun kariert, 130 cm breit . . 100.00
Cheviot marine, prima, Qualität 125,00 76.00
Tuch für elegante Kostüme 185.00
Garbardine 130 cm 160,00 135.00

Hemdenbarchent blau-weiss gestreift, für Männerhemden 19.00
Hemdentuch 19,00 17,00 14.00
Linon für Bettwäsche 21,00 18.00
Bettbezüge weiss, fertig genäht . . . 135.00
Bettbezüge bunt, fertig genäht 145.00
Inlett federdicht, echt rot . . 38,00 bis 28.00

Herrenstoffe marineblau, schwarz u. grau, reine Wolle, 230, 95.00

4291 **Geschw. Wolff**
Leipziger Strasse 37, part.
gegenüber dem Roten Ross.

Zigaretten,
alle führenden u. bekannten deutschen Marken, ohne Mundstück, mit Goldmundstück und ohne Preisaufdruck.
Sport-Zigaretten,
Kleinverkaufspreis 30 Pf., per Mille 235 Mk.

Zigarren,
garantiert rein Ueberse, in allen Preislagen.
Für Wiederverkäufer Original-Fabrikpreise.
Bei Barzahlung 1½ % Skonto.
Billigste Bezugsquelle.
Zigarren-Versandhaus 4253
Paul Leuschner, Inh. Franz Leuschner
nur Mittelwache 9/10. Telephon 2087.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201011-13/fragment/page=0011

Parteitag der USPD.
in Halle a. d. Saale 1920!

Wird er Klärung bringen? — Wie die Würfel auch fallen mögen, für die revolutionäre Arbeiterschaft kann er nur von neuem den Beweis erbringen, daß wir mehr als je zuvor dafür zu sorgen haben, daß unsere geistige Waffe in jeder Hütte vorhanden sein muß, nämlich unser

Volksblatt!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201011-13/fragment/page=0012

Besinnt euch!

Parteipolitische und parlamentarische Erinnerungen.

Von Fritz Kunert.

Zwischen dem ersten Hallischen Parteitage von 1890 und dem von 1920 liegen nicht nur drei Jahrzehnte, sondern auch umgestaltende Ereignisse in einer Fülle und von einer Tragweite, von denen man meinen könnte, daß sie Jahrhunderte zum Ausreifen bedürften. Der Kontrast von damals und heute ist ein außerordentlicher, ja ein unüberbrückbarer.

Zum erstenmal erfolgte die Einkehr der Partei in Halle im Jahre 1890 nach der Gründung der 2. Internationale, die ihre gewaltige sozialpolitische, freiheitliche und grundsätzliche Parole dem Proletariat des Erdkreises gegeben hatte; damals erfolgte die Einkehr nach einem Wahlsiege der geschlossenen Arbeiterreihen, nach einem Wahlsiege, der uns von überwältigender Kraft und Größe erschien. Wir hatten eine Zunahme der Wählerscharen um 100 Prozent. Damals erfolgte der Einzug nach der moralischen Ueberwindung des angeblich unbesiegbaren Säkularmenschen Bismarck, nach der vernichtenden Durchbrechung und Liquidierung des Sozialistengesetzes durch die Partei, die einig in gewaltigem Kraftgefühl dastand, die mit den Direktiven für die Zukunft das Rechte traf, so daß die Partei von Sieg zu Sieg in ungeahnter Menge und Schnelligkeit glänzender Erfolge fortschritt. Auch damals handelte es sich um eine Reorganisation der Partei, aber wir gingen an das Werk in voller Geschlossenheit und von der Zuversicht getragen, das beste im Interesse der deutschen Arbeiterklasse zu erreichen. Damals war es, daß Wilhelm Liebknecht jene Rede von ergreifender Kraft und wunderbar erhebender Wirkung hielt, in der er im Namen der Partei tiefbewegt Abschied nahm von dem alten Gothaer Einigungsprogramm, in der er die Partei auf das kommende Erfurter Programm als eine historische Notwendigkeit vorbereitete.

Jetzt ist leider die Situation eine ganz andere. Bei unserer Einkehr in Halle 1920 marschieren unsere Reihen getrennt, durcheinander gewürfelt und von wüstem Hader und Streit brüchig bis in das Mark der Knochen in die Tore Halles ein. Die ungebrochene Front von ehemals existiert nicht mehr, sie ist zu einem Gespött der Feinde geworden. Ein tiefbohrender Schmerz, ein ingrimmiger Zorn muß bei diesem erschreckenden Rückschritt jeden denkenden Sozialisten erfassen. — Trotzdem begrüße ich als Mann in Reih' und Glied, sowie als parlamentarische Vertrauensperson alle erschienenen Vertreter der Partei und der Arbeiterklasse. Zwar nicht in der unbeirrbaren Zuversicht, aber noch mit der schwachen Hoffnung, daß das Letzte und Gräßlichste durch weise Maßnahmen des Parteitages abzuwenden sein könnte.

•

Von den 35 Mitgliedern der Reichstagsfraktion des Jahres 1890 gehören der heutigen Fraktion der USP., die 81 Mandate besitzt, nur noch drei an. Diese drei letzten Mohikaner sind: Wilhelm Bock, Fritz Geyer und Fritz Kunert. Alle anderen sind gestorben oder politisch tot, was noch schlimmer ist. Unsere Geburtsjahre fallen in die schwärzeste Reaktionszeit der vor- und nachmärzlichen Epoche, die die Erhebung von 1848 unmittelbar umschließt. Ganz Deutschland stand unter dem bleiernen, ja zermalmenden Drucke der Reaktionswirkungen, insbesondere Preußen und nicht weniger die Klein- und Duodezstaaten. Mit am schwersten litt die Gesellschaftsschicht des Mittelstandes, dessen Elend ich in den unteren Schichten als Knabe und Jüngling am eigenen Leibe genügend kennen gelernt habe. Die Schule bot nicht Unterricht und Erziehung, sondern Drill und erweckte bei den ihr Anvertrauten Unterordnung, stumpfe Resignation oder Ekel und Auflehnung. Ich selbst schüttelte diesen Druck auf religiösem und konfessionellem Gebiete sehr frühzeitig ab. Bis zum zwanzigsten und fünfundzwanzigsten Jahre lebte ich mich in den Goetheschen Kosmopolitismus ein und war Republikaner im Sinne der Schillerschen Sturm- und Drangperiode. Ohne die geringsten Sympathien oder Beziehungen zu irgendeiner bürgerlichen Partei wurde ich zu dieser Zeit durch die Schriften von Marx, Engels, Lassalle und anderen für die Weltanschauung des Sozialismus gewonnen. Dieser Zeitpunkt war meines Lebens Wende. Von da an kam ich aus den Konflikten mit dem Racker Staat und seinen brutalen Gewalten nicht mehr heraus bis auf diesen Tag; was mir — abgesehen von vielen kleinen und großen Drangsalierungen und Verfolgungen — so nach und nach in Summa eine Freiheitsentziehung von rund zwei Jahren einbrachte. Diese Zeiten der Lebensdauerverkürzung waren für mich im Kampf eine Art Ruhepause, die meine Gedanken und Empfindungen gegenüber der kapitalistischen Weltordnung vertiefte und meinen Haß gegen sie verschärfte. Immerhin waren solche Zusammenstöße wahre Feste gegenüber den Parteikonflikten mit dem kernfaulen Revisionismus und Reformismus von 1900 an bis 1913, dann verschärft von 1914 während der Kriegs- und Revolutionszeit bis jetzt, mit dem verhetzenden und die sozialistische Bewegung schwächenden Spartakismus, sowie mit dem beschränkt putschistischen Kommunismus, Konflikte, die ich selbst erlebte oder mitzuerleben in der Lage war; denn die ersteren — die Zusammenstöße mit dem Gegner — stählen, die letzteren — die schleichenden oder offenen Konflikte in der eigenen Partei oder mit nahestehenden Parteien — vergiften.

•

In den Zeiten des Sozialistengesetzes standen zweifellos die parlamentarische Betätigung, die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages und ihr Vorstand im Mittelpunkt des Parteilebens. Von hier aus wurde auf das Volk und auf die Arbeiterklasse revolutionierend eingewirkt. Hier holten sich die einzelnen Genossen sowie die Korporen Rat. Von hier aus wurden die Direktiven für die Gesamtbewegung, sowie auch für den Zusammenhang mit dem Auslande gegeben. Dagegen war die Geheimbewegung der damaligen Zeit, die mit einer ganz ungeheuren Mythenbildung belastet ist, in Wirklichkeit durchaus lückenhaft und numerisch verhältnismäßig sehr schwach. Trotzdem hat sie Dankenswertes, ja Bewunderungswürdiges auf parteipolitischem Gebiete geleistet. Jedenfalls ist so viel gewiß, daß die Bedeutung unserer parlamentarischen Aktionen nicht unterschätzt werden darf. Niemals ist uns auch in jenen Zeiten das Parlament Selbstzweck gewesen. Immer war es nur Mittel zur Erreichung unseres Endziels. Als Klassenkampfmittel war es außerordentlich geschätzt, weil es in unserem Waffenarsenal damals ganz unersetzlich war. Es war die Waffe, die schneidig und wuchtig wirkte, die im Kampfe weithin zu sehen und zu hören war. — Kein Wunder, daß sich die Aufmerksamkeit von Freund und Feind darauf richtete.

Durch die elendesten Klassenwahlgesetze war dem Proletariat der Eingang in die Landtage, so auch in den preußischen, verschlossen; auch hatte die Sozialdemokratie genügend zu tun mit der Bewältigung der Widerstände im Reichstage. Trotzdem unterließ es die Partei nicht, mit Aufgebot der ihr damals zur Verfügung stehenden Kraft, auch in die Gemeinden und ihre Verwaltung einzudringen.

— Ich selbst hatte zwei Jahre lang — 1888-90 — den zweifelhaften politischen Vorzug, mich im Roten Hause von Berlin mit seinen Hausagrariern herumzuschlagen. Unsere Fraktion war damals sehr klein. Sie bestand aus dem ausgewiesenen Paul Singer, der seinen Wohnsitz in Dresden hatte, aus dem trefflichen Johann Gnad, einem Berliner Droschkenführer, der es fast grundsätzlich vermied, das Wort zu nehmen, und mir. Wenn ich dann aufbegehrte und den Gegnern den sozialistischen Standpunkt klarmachte, dann gerieten diese Herren, rückschrittlichen Fortschrittler, zuweilen in eine solche Raserei, daß sie wahre Indianertänze um mich herum aufführten. In solchen Situationen war mir Johann Gnad immer ein lebendiger Trost. Er war ein großer und sehr starker Mann mit zwei gewaltigen Fäusten, die er auf den Pultdeckel legte; die Aermel des schwarzen Gehrockes waren aufgestreift bis zum Ellbogen. Dann kam gewöhnlich sein leiser Zwischenruf, den ich aber sehr wohl verstand: Fritze, feste! Ich bin bereit! Daß mich dieser Zuruf anfeuerte, lag wohl besonders darin, daß er in epigrammatischer Kürze das aussprach, was das Berliner und deutsche Proletariat mit seinen Parlamentariern empfand und dachte.

Nicht meine Redezeit, wohl aber die vereinbarte Zeilenzahl dieses Artikels, der nur eine mit wenigen Strichen hingeworfene Skizze bietet, geht zu Ende. Da gilt es nun, sich so kurz als möglich zu fassen, um noch einige zur Sache unbedingt nötige Ausführungen zu machen.

Im Parlament waren unsere politischen Freunde trotz durchschnittlich geringerer formalistischer Bildung ihren Gegnern geistig ebenbürtig; durch unsere revolutionär sozialistische Weltanschauung ihnen jedoch in den meisten Fragen von Bedeutung entschieden überlegen. Jenen imponierte das herrische Auftreten Bismarcks durchaus nicht, dessen Rede — mit dünner Stimme vorgetragen — dahinfloß gleich dem Wasser aus einer umgestülpten Karaffe, bald seltsam stockend, bald sich übersprudelnd; wobei er mit dem Pallasch aufstampfend ein oder das andere Wort zu unterstreichen schien. Die Unseren, die mit dem eisernen Kanzler und den Seinen bequem fertig wurden, sind längst abgeschwenkt zur großen Armee. Sie alle standen ihren Mann. Der Redekampf wurde im Parlament in der Sache sehr scharf, in der Form gewählt — nicht ruppig — geführt, und zwar von beiden Seiten. Trotzdem hagelte es für uns Ordnungsrufe, die wir nicht ernst nahmen. Meisterleistungen nach Form und Inhalt von hinreißender Art boten Auer, Vollmar, Bebel und auch noch viele andere. Das Endergebnis aller parlamentarischen, wie auch aller parteipolitischen Betätigung, also gewissermaßen das ceterum censeo der alten Römer gegen ihren punischen Erbfeind, war für uns immer dasselbe: die kapitalistische Klassenherrschaft muß gestürzt werden. —

Als taktisches Mittel zur Erreichung des Zweckes propagierten später innerhalb und außerhalb des Parlaments die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, sowie nach ihr die USP. von ihren Anfängen bis heute die Anwendung der revolutionären Klassenkampftaktik, die soziale Revolution und die revolutionäre Diktatur des Proletariats im marxistischen Sinne, die nach meinem Dafürhalten nichts anderes sein kann, als eine Uebergangsperiode zur Beseitigung aller Klassen, zur klassenlosen Gesellschaft. Nicht anzuerkennen ist die Diktatur einer einzelnen Partei, Parteigruppe oder Person, die nichts weiter sein würde als Despotie, also die vollkommene Karikatur proletarischer Diktatur.

Eine solche Anschauung über die Diktatur des Proletariats beruht auf Ueberzeugung, weil auf Wissen, auf einem Stück Wissenschaft. Wenn man aber behauptet, daß mit der Nichtannahme einiger der jetzt diskutierten 21 Moskauer Bedingungen die soziale Revolution, die Weltrevolution, die Verwirklichung des Sozialismus und was sonst noch alles gefährdet oder positiv verhindert wird, so ist das nicht ein Wissen, eine Erkenntnis, ja auch nicht einmal eine Ueberzeugung, die auf Wissen beruhen muß, sondern einfach eine Abart des Glaubens, nämlich bloßer Aberglaube, zutreffender: Köhlerglaube.

•

Beim Niederschreiben dieser Zeilen drängt sich mir das herrliche Wort auf, das Konrad Ferdinand Meyer Ulrich von Hutten in den Mund legt:

Mich reut, daß ich in meine Fehden trat —
Mit schärfern Streichen nicht und kühn'rer Tat.
Mich reut die Stunde, die nicht Harnisch trug;
Mich reut der Tag, der keine Wunde schlug.

Das ist eine Gesinnung, die wir wohl alle verstehen; allein der Politiker darf Stimmungen und Gefühlswallungen nicht nachgeben, wenn er nicht verbrecherisch handeln will. Er ist ein verlorener Mann, wenn aus seinem Inneren nicht zur rechten Zeit die Hemmungen hervortreten, die ihn von einem frevelhaften Schritt abhalten, die ihm die ganze Schwere seiner Verantwortung zeigen. Jeder Genosse, jeder Funktionär, jeder Vertrauensmann sollte diesem ehernen Gesetz — gleichsam einem politisch kategorischen Imperativ — unterworfen sein, der unter allen Umständen eine Politik der Verzweiflung und des putschistischen Draufgängertums ausschließt. Ich will nicht mit Fanfarenklängen und Drommetenton abschließen. Das höchste, das echte Pathos ist das der Schlichtheit und Einfachheit. Darum rufe ich allen, die es angeht, mit dem Genossen Paul Hennig in letzter Stunde die Mahnung zu:

Helft uns, die Kampfkraft des Proletariats aufrechtzuerhalten! Besinnt euch! Tretet ein für die Einheit! —

Politische Uebersicht.

Deutsch-französische Verhandlungen.

Berlin, 8. Oktober. WTB. teilt über die deutsch-französischen Verhandlungen, zu denen verschiedene Aeußerungen der französischen Presse vorliegen, folgendes mit:

Dem französischen Botschafter Laurent ist bei seiner Abreise nach Paris durch Minister Simons eine Aufzeichnung übergeben worden, die den Vorschlag macht, informelle Besprechungen zwischen deutschen und französischen technischen Sachverständigen über die Frage der Reparationen und des Finanzproblems stattfinden zu lassen. Entgegen anderslautenden Mitteilungen ist bisher mit den Verhandlungen nicht begonnen. Französischerseits ist auch noch keine Mitteilung über eine etwaige Stellungnahme zu den deutschen Anregungen gemacht worden.

Deutsche feste Vorschläge für die Erörterung des Problems, die man schon jetzt als undiskutabel bezeichnen könnte, liegen nicht vor. In der deutschen Aufzeichnung sind lediglich die äußeren Formen der Besprechungen skizziert und die Unterlagen bezeichnet, von denen dabei ausgegangen werden könnte. Wenn französischerseits andere Vorschläge gemacht werden sollten, so werden diese geprüft werden.

Es heißt den Geist der deutschen Vorschläge verkennen, wenn man sie sich gewissermaßen als Vorbereitung eines Spruches der Reparationskommission denkt.

Deutscherseits ist wiederholt betont worden, daß die Erörterungen zur Vorbereitung einer internationalen Konferenz dienen sollen, auf die Deutschland nach den Zusicherungen in Spa Anspruch hat.

Polnischer Waffenstillstandsbruch.

Wilna, 9. Okt. Die Litauische Telegraphen-Agentur meldet: Am 7 d. M. unterzeichneten die Polen in Gegenwart der interalliierten Schiedsgerichtskommission den Waffenstillstandsvertrag mit Litauen und erkannten die Demarkationslinie als rechtsgültig an. Noch an demselben Abend griffen die Polen trotz der dringenden Warnung der interalliierten Kommission die litauischen Stellungen unerwartet an, durchbrachen die Demarkationslinie und setzten mit ungewöhnlich starken Kräften den Vormarsch gegen Wilna fort. Die interalliierte Kommission steht dem neuen polnischen Waffenstillstandsbruch machtlos gegenüber. Es haben sich erbitterte Kämpfe in der Gegend von Zosly entsponnen, auf beiden Seiten sind große Verluste zu verzeichnen. Die litauische Heeresleitung hat Maßnahmen getroffen, um die litauische Hauptstadt Wilna bis zum letzten Mann zu verteidigen. In Stadt und Land haben sich Bürgerwehren gebildet. Die polnische Uebermacht ist so groß, daß es ihr gelungen ist, bis auf 15 Kilometer südlich von Wilna vorzudringen. Da man damit rechnen muß, daß die Polen auch ihr Versprechen, Wilna unberührt zu lassen, treulos brechen werden, hat die litauische Regierung sich entschlossen, die Ministerien und Aemter nach Kowno zurückzuverlegen.

Die russisch-polnischen Friedensverhandlungen.

London, 9. Oktober. Nach einer Drahtmeldung der „Daily Mail" aus Riga werden nach Abschluß des polnisch-russischen Waffenstillstandes und Vorfriedens die eigentlichen Friedensverhandlungen zwischen Polen und Rußland in London oder Paris zu einem noch nicht festgesetzten Termin stattfinden.

Erhöhung der Kohlenproduktion.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht im Reichsanzeiger den monatlichen Nachweis über die Kohlenproduktion im Deutschen Reiche. Danach ist in den Monaten Januar bis August 1920 die Erzeugung an Steinkohlen auf 84 178 261 Tonnen gegenüber 67 796 871 Tonnen im gleichen Zeitraum des Jahres 1919 gestiegen, die Erzeugung von Braunkohlen von 71 089 795 gegen 60 226 855 Tonnen, die Erzeugung von Koks auf 16 083 183 gegenüber 13 281 517 Tonnen.

Die Kohlenproduktion hat sich also nicht unbeträchtlich gehoben gegen das Vorjahr. Leider sind die Zahlen aus dem Saarrevier und der Pfalz nicht bekannt. Im Vorjahre waren in diesen Revieren noch etwa 6.18 Millionen Tonnen gefördert. Im Monat August allein wurden gefördert: Steinkohlen 10 788 096 Tonnen gegen 8 856 064 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres, Braunkohlen 9 650 529 Tonnen gegen 8 191 586 Tonnen, Koks 2 227 988 Tonnen gegen 1 907 583 Tonnen.

Existenzminimum 9000 Mark!

Während es vor dem Kriege als selbstverständlich galt, daß ein großer Teil des Einkommens eines jeden von der Einkommensteuer als Existenzminimum völlig frei bleiben müsse, hat die republikanisch-deutsche Steuergesetzgebung es fertig gebracht auch den letzten Pfennig des Einkommens zur Einkommensteuer heranzuziehen, erst durch die Reichseinkommen-, dann durch die Gemeindeeinkommensteuer.

Als unsere Genossen bei den Beratungen der Steuergesetze ein den jetzigen offiziellen Satz um ein mehrfach übersteigendes Existenzminimum steuerfrei gelassen wissen wollten, wurden ihre Gründe nicht als stichhaltig anerkannt. Nunmehr hat der Parlamentsausschuß der Sächsischen Volkskammer beschlossen, das Existenzminimum für verheiratete Beamte auf 9000 Mk. jährlich festzusetzen und damit unseren Standpunkt aus der Zeit der letzten großen Steuerdebatte anerkannt.

Abhängige Urwahlpleite.

Die rechtssozialistische Presse konnte sich in den letzten Tagen nicht genug tun an Hohn und Spott über die Beteiligung unserer Parteimitglieder an den Urwahlen zum Hallischen Parteitag. „Lebender Leichnam" war mit die mildeste Bezeichnung des Zustandes, in dem die USPD. durch die augenblickliche Krise versetzt ist. Die Herrschaften haben vielleicht das allermindeste Recht, über Teilnahmslosigkeit unserer Mitglieder zu reden. Während sich, soweit bisher bekannt wurde, meist 30 bis 40 Prozent unserer Mitglieder an den Wahlen beteiligten, an manchen Orten, wie in Halle, sogar teilweise mehr als 50 Prozent, vermochten die Abhängigen, die gleichfalls in einer Reihe von Orten ihre Parteitagsdelegierten durch Urwahl wählen ließen, meist nur 10 bis 20 ihrer Mitglieder an die Urne zu bringen. In Köln stimmten von ihren über 20 000 Mitgliedern nicht ganz 2000 ab, in Essen an der Ruhr — wo wir fast 5000 Mitglieder an die Urne brachten! — ganze 600. — Um beim lebenden Leichnam zu bleiben: gleicht die SPD. ihm nicht viel mehr als die USPD., die freilich jetzt von scharfen Meinungskämpfen zerrissen wird.

Stützen der Gesellschaft.

Wie aus Magdeburg berichtet wird, sind dort der erste Direktor Arnold und der Prokurist der Chemischen Fabrik Buckau A.-G. auf Antrag des Landespolizeiamtes Berlin von der Staatsanwaltschaft verhaftet worden. Sie werden beschuldigt, große Mengen Aetzkalk und Kalilaugen ins Ausland verschoben zu haben. Sehr hohe Geldsummen wurden als die den Verhafteten gegebenen Schmiergelder beschlagnahmt.

Der Direktor der Fabrik Buckau A.-G. war sehr intensiv in den Spitzelskandal, den vor einigen Wochen der Rechtssozialist Hörsing aufdeckte, verwickelt. Er hatte der antibolschewistischen Greuelpropagandagesellschaft Gelder aus der Industrie zukommen lassen, um deren Kreaturen zu bezahlen. Neben dem Krupp-Grusonwerk in Magdeburg stand auch die Buckau-A.-G. auf der Subskribentenliste für die Antibolschewistische Liga. Das muß man wissen, wenn man jetzt von der Verhaftung des sauberen Schlotbarons wegen Auslandsschiebung hört.

Judenmißhandlungen in Horthy-Ungarn.

Nach Meldungen aus Budapest ist es dort wieder zu einem wüsten Judenpogrom gekommen. Der Pogrom ging von einer Versammlung des von Stephan Friedrich gegründeten Vereins Das erwachte Ungarn aus. Die Versammlung war verboten, wurde aber dennoch abgehalten. Nach der Versammlung zogen die Anhänger Friedrichs durch die Leopoldstadt und überfielen zahlreiche Passanten. Es sollen mehr als 100 Personen schwer verletzt worden sein. Vorgestern kam es im Café Club neuerdings zu antisemitischen Ausschreitungen. In den Abendstunden drangen etwa 30 Personen in das genannte Café ein und mißhandelten die anwesenden Juden und zerschlugen das Kaffeehaus. Es gelang der Polizei, die Täter festzunehmen. Die Schlägereien wurden von denselben Leuten veranstaltet, die an dem vor zwei Monaten in demselben Café verübten Mord beteiligt waren.

Notizen.

Ungeheure Arbeitslosigkeit. Die Stadt der meisten Arbeitslosen ist nach einer Denkschrift des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung die Stadt Pirmasens mit 368 Arbeitslosen auf je 1000 Bewohner.

Boykott gegen japanische Schiffe. London, 9. Oktober. Times meldet aus Melbourne: Die australischen Transportarbeiter haben den Boykott gegen alle japanischen Schiffe erklärt, die zwischen den australischen Häfen den Frachtdienst versehen, weil diese Schiffe die australischen Lohn- und Arbeitsbedingungen außer Acht lassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201011-13/fragment/page=0013

Sozialisierung des Geistes.

Von P. Ristau, M. d. R.

Die Politik ist ein rauhes Geschäft. Das drückt sich auch in der politischen Begriffsbestimmung und Ausdrucksweise aus. Unsere ökonomischen Verhältnisse haben dazu geführt, daß überwiegend die Materie den Menschen beherrscht. Die Forderungen des Geistes treten dagegen zurück. Für die Höherentwicklung der Menschheit, vor allem für den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse, besteht eine große Gefahr, wenn wir dieser nicht rechtzeitig und wirksam begegnen. Unsere Erziehungsarbeit für den Sozialismus muß sich auf eine Steigerung der geistigen und sittlichen Durchschnittsnorm der Masse richten. Nun ist nicht wegzuleugnen, daß sich in den letzten Jahren innerhalb der modernen Arbeiterbewegung Tendenzen zu einer geistigen Erstarrung geltend machen. Der vom Proletariat zu seiner Befreiung bewußt zu führende Klassenkampf wird äußerlich geformt durch das Verhalten der bürgerlichen Gesellschaft. Gegenüber der brutalen Verteidigung eines zusammengebrochenen Wirtschaftsprinzips muß die Arbeiterklasse (Hand- wie Kopfarbeiter) einen Kampf auf Tod und Leben führen. Das erfordert die höchste Konzentration aller Kräfte. Wir müssen darauf bedacht sein, alle sozial zusammengehörenden Kreise in die Klassenkampfbewegung hineinzuziehen. Zu diesem einheitlich zu führenden Massen- und Klassenkampf hat uns schon Karl Marx aufgerufen. Was wir aber jetzt bei uns erleben, ist weder Marxscher Geist, noch revolutionäre Tat. Zeigt sich auf der einen Seite ein ungeheuerlicher Fatalismus, so auf der anderen eine zügellose Auswirkung roher, brutaler Kräfte, die vermeinen damit revolutionär zu handeln. Es muß ausgesprochen werden: Das politische Versammlungsleben zeigt seit langem Entartungserscheinungen, die wir überwinden müssen. Gewiß, wir leben in anormalen Zeiten, die den inneren Menschen vielfach verändert haben. Das sind nicht nur Ergebnisse unserer ganzen gesellschaftlichen Zustände, sondern auch vor allem Folgen eines viereinhalb Jahre lang betriebenen Massenmordes. Das Sichgehenlassen ist aber alles andere als revolutionär. Die persönlich-feindliche Kampfesweise, zu der ich mich — trotz aller sachlichen Gegensätze — nie bekannt habe, ist heute allenthalben vorherrschend. Das gilt sowohl nach rechts wie nach links. Bei allen Sozialisten muß — auch bei den schwersten Auseinandersetzungen mit den Klassengenossen — doch das Unterbewußtsein der Klassengesammengehörigkeit vorhanden sein.

Wie sieht es da in der Praxis aus? Die Kommunisten lehnen seit jeher jede geistige Gemeinschaft mit den in der Taktik andersdenkenden Klassengenossen ab. Die Geistesverfassung der KPD.-Leute läßt es zu, jedem Feindschaft und Verachtung anzusagen, der sich ihnen nicht anschließt. Sie vermeinen revolutionäre zu sein und bezeichnen sich gern selbst als Stoßtrupp in der Schlacht zwischen Kapital und Arbeit. In dieser militärischen Betrachtungsweise handeln sie nach Prinzipien, die jeder Sachverständige als Selbstmord ablehnen würde. Anstatt als Sturmtrupp in engster Beziehung mit der Front zu bleiben, aus der sie hervorgegangen und als deren Teil sie zu gelten haben, brechen sie alle Brücken hinter sich ab. Diese geistlose Taktik kann nur zu einem „Erfolge", Aufreibung, Vernichtung des Stoßtrupps, führen. So notwendig im offenen Kampfe die Sturmtrupps sein werden, ebenso dringlich ist aber dahinter eine geschlossene Front opferbereiter Kämpfer. Dieser objektiven, verstandesmäßigen Auffassung der Dinge steht die rein subjektiv-gefühlsmäßige Politik der meisten Anhänger der Kommunisten-Partei gegenüber. Die revolutionäre Taktik darf nicht allein auf eine revolutionäre Stimmung aufgebaut sein. Allein auf die aus der Not der Zeit geborene Stimmung bauen aber die Kommunisten ihre Organisation auf. Man bringt ganz bewußt die proletarische Klasse in Gegensatz zueinander, die als Produkt der sozialen Ordnung eine kompakte Masse ist. Das ist antirevolutionär! Revolutionär handelt derjenige, der positiv-sozialistische Aufklärungsarbeit betreibt. Dazu gehören Fähigkeit und Wille, sich mit der breiten Masse der Werktätigen zu verständigen, mit ihnen zu einer gemeinsamen Kampffront zu kommen. Weite Schichten des Proletariats sind kaum zum Klassenbewußtsein erwacht, sozialistisches Denken soll ihnen erst vermittelt werden. Treibt man Erziehungsarbeit, wenn der Ungeist in unseren Versammlungen triumphiert? Wo ist der Geist der Gemeinschaft, von dem wir als Klassenangehörige getragen sein sollen? Wo ist gegenwärtig der hohe Solidaritätsgedanke, der das Proletariat der Welt umspannen soll? Können wir, die wir ein neues Menschengeschlecht heraufführen wollen, ferner dulden, daß in unseren eigenen Reihen das Recht der freien Meinungsäußerung beschnitten wird? Die überall — auch in öffentlichen Versammlungen — zutage tretende Intoleranz ist nur ein Zeichen geistiger Schwäche. Gerade jene Elemente sind zumeist die Unduldsamsten, von denen man weiß, daß sie das Abc des Sozialismus noch nicht begriffen haben oder dem logischen Gedankengang des Redners überhaupt nicht zu folgen vermögen.

Trennen sich jene Elemente von uns, so hat die Partei als solche davon sicher keinen Schaden. Wir führen den Kampf um eine höhere ökonomische Form — um die Gemeinwirtschaft — weiter. Wir wollen darauf hinarbeiten, daß geeignete Menschen zur Neuorganisierung der Wirtschaft vorhanden sind. Bei unserer geistigen Beeinflussung der Massen werden uns auch ethische Motive leiten, denn ein höheres Menschentum ist ja unser Ziel. Wo aber die antisozialen Eigenschaften triumphieren, da ist für die Weiterentwicklung der Menschheit kein Raum. Unser Kampf für den Sozialismus ist eine gesamtmenschliche Angelegenheit. Solange das Band der geistigen Gemeinschaft nicht wieder unsere Klasse umspannt, sind wir weit entfernt, vom hohen Ziel.

Der Sozialisierung der Materie muß eine Sozialisierung des Geistes vorausgehen.

Kein Kartoffelhöchstpreis.

Die Regierung als Diener der Agrarier.

Amtlich wird berichtet: „Dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft sind Nachrichten darüber zugegangen, daß der Wollzug der Vereinbarung, die zwischen den Organisationen der Landwirte und der Verbraucher am 28. September in der Reichskartoffelstelle über die freiwillige Einhaltung einer Preisobergrenze von 25 Mk. für den Zentner Kartoffeln zustande gekommen ist, darunter leidet, daß infolge eines Beschlusses des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages vom 30. September auf behördliche Festsetzung eines Erzeugerhöchstpreises für den Zentner Kartoffeln von 25 Mk. eine Unsicherheit in die beteiligten Kreise gekommen ist. Dem gegenüber erklärt das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, daß nach den Erfahrungen der Kriegswirtschaft eine behördliche Festsetzung von Höchstpreisen ohne gleichzeitige Erfassung der Ware dazu geführt habe, daß die Ware vom offenen Markt verschwindet und im Schleichhandel zu weit höheren Preisen abgesetzt wird. Diese Erfahrungen werden vom Vertreter des Reichsministeriums in der oben erwähnten Sitzung des volkswirtschaftlichen Ausschusses mit dem Bemerken hervorgehoben, daß das Ministerium hiernach nicht in der Lage sei, in Rückkehr zu einer teilweisen Zwangswirtschaft behördliche Kartoffelhöchstpreise festzusetzen; freiwillige Vereinbarungen zwischen Erzeuger- und Verbraucherverbänden versprächen für eine allgemeine Senkung der Kartoffelpreise mehr Erfolg.

Dieser Standpunkt ist Sonntags durch eine weitere vom volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages gleichfalls am 30. September angenommene Entschließung, die allgemein die Stellungnahme der Regierung in der Frage der Kartoffelversorgung billigt, anerkannt worden und die Regierung wird weiter an ihm festhalten."

Diese letzte Bemerkung ist falsch. Denn die vom Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages angenommene Entschließung billigt nur die früheren Maßnahmen der Regierung, setzt aber den gleichzeitig gefaßten Beschluß auf Festsetzung eines behördlichen Höchstpreises nicht außer Kraft. Die Feindschaft des Ernährungsministeriums gegen den behördlichen Höchstpreis für Kartoffeln und gegen nicht genehme Beschlüsse gesetzgebender Körperschaften, die wir vor einigen Tagen feststellten, wird durch diese Erklärung vollkommen bestätigt. Ihr Sinn ist, daß die Landwirte den behördlichen Höchstpreis nicht wollen, weil sie damit an den Wucherpreisen gehindert werden. Und das Ministerium führt diesen Willen der Agrarier gehorsamst aus. Unentschieden läßt dieses Verhalten nichts zu wünschen übrig, die Oeffentlichkeit weiß also, was es von diesen Beschlüssen der Agrarierinteressen zu halten hat.

Klassenjustiz im Hallischen Bezirk.

Von Hans Bohla.

Die bürgerliche Strafjustiz sieht es seit jeher als ihre Hauptaufgabe an, ihre Strafmittel zur Aufrechterhaltung der bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung gegen jeden, der sich dagegen auflehnt, mit aller Schärfe anzuwenden. Und diese Verfolgungssucht der bürgerlichen Justiz richtet sich vor allen Dingen gegen klassenbewußte Proletarier, die im politischen Kampf mit den Gesetzen naturnotwendig in Konflikt kommen müssen.

Nach der Revolution ruhte die politische Klassenjustizmaschine in Deutschland so lange, wie die A.- und S.-Räte die politische Gewalt in Händen hatten. Kein Staatsanwalt hat damals gegen politische Handlungen eine Klage erhoben. Freilich rächte es sich bald sehr bitter, daß das Proletariat in den ersten Revolutionsmonaten nicht den gesamten bürgerlichen Justizapparat beseitigte, denn als Anfang 1919 die Gegenrevolution ihren Siegeszug durch Deutschland hielt, trat auch die Klassenjustizmaschine frisch geölt wieder in Betrieb.

Kaum waren die Söldner des Generals Maercker in den Märztagen 1919 in Halle eingezogen, kaum waren die ungeheuren Verwüstungen, die jener ruhmreiche Einzug zur Folge hatte, einigermaßen beseitigt, da ging der Spuk im Hallischen Bezirk los. Die Staatsanwälte schleppten alle Revolutionäre, deren sie nur habhaft werden konnten, vor ihr Richtertribunal. Auf die Bajonette der Landesjäger gestützt, begann man die Arbeiterräte zu verfolgen, und der Vorsitzende des Hallischen Arbeiterrates, Genosse Kilian, fiel als erster in die Hände der neudeutschen Gerichtsbarkeit, indem man ihn in „Schutzhaft" nahm. Man brauchte sich nicht zu wundern, daß man besonders gegen die A- und S.-Räte tobte; denn die Rechtspflege, dieses Machtmittel des bürgerlichen Staates, wußte ganz genau, daß diese revolutionäre Einrichtung eine Gefahr für den Fortbestand des Ausbeuterstaates bedeutete. Hand in Hand mit den Staatsanwälten arbeitete die famose Kriegsgerichtsbarkeit.

Als erstes Opfer eines außerordentlichen Kriegsgerichtes wurde Genosse Emil Koch, der Geschäftsführer des Volksparkes, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil man im Volkspark einige Waffen gefunden hatte, von deren Vorhandensein Genosse Koch keine Ahnung hatte. Dann folgten unzählige Plündererprozesse. Hunderte von Leuten, die sich hatten hinreißen lassen, etwas von den auf den Straßen herumliegenden Dingen aufzuheben, wurden auf Jahre ins Gefängnis geschickt. Unsägliches Elend kehrte in viele Familien ein, die so ihrer Ernährer beraubt wurden, damit man ein „abschreckendes Exempel" statuieren konnte. Ein entsetzliches Urteil fällte das Kriegsgericht Halle gegen den Fabrikarbeiter Rausch, der in den Märztagen auf Rosketen geschossen haben soll. Er wurde zu fünf Jahren drei Monaten Gefängnis verdammt. Der Anklagevertreter hatte sogar Todesstrafe beantragt. Ein ähnliches Schicksal erlebte der Vorsitzende des Merseburger S.-Rates, Genosse Lehmann. Er wurde ebenfalls vom Kriegsgericht zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, weil er aus Anlaß der Märzunruhen Leute zum Widerstand gegen die Landesjäger „aufgehetzt" haben soll. Auch gegen ihn beantragte der Kriegsgerichtsrat Wolff die Todesstrafe. Doch das Oberkriegsgericht in Magdeburg mußte den Genossen Lehmann freisprechen, da nicht der geringste Beweis für die Anschuldigung erbracht werden konnte. Im Klüber-Prozeß erreichte dann die Hallische Justiz den Rekord. Der Militärinvalide Bauer wurde zum Tode verurteilt; über seine Mitangeklagten wurden insgesamt fünfzig Jahre Zuchthausstrafen verhängt. Viele harte Urteile wurden in der Folgezeit wegen Rosketenbeleidigung ausgesprochen. Wollte man alle die Einzelheiten berichten, so ließe sich ein Buch darüber schreiben. So wurde in Mühlberg a. E. ein Arbeiter zu sechs Monaten Gefängnis verdonnert, weil er in einer Versammlung die Schandtaten seines ehemaligen Schwadron-Offiziers berichtete. Sehr beliebt war die Methode, Arbeitervertreter wegen „Erpressung" zu verurteilen, wenn diese im Auftrage der Arbeiter bei Streiks oder bei sonstigen Anlässen ihre Pflicht erfüllt hatten. Auf diese Weise brachte man manche politisch mißliebige Leute hinter Kerkermauern. So wurde der Geschäftsführer des Bezirks-Bergarbeiterrates Halle, Genosse Otto Peters, zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, weil der dem Direktor des Hallischen Kaliwerkes im Interesse der Arbeiterschaft eine Unterschrift „abgenötigt" hatte. Wegen ähnlicher Dinge wurde auch der Eisenbahner Hennig zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Dann kam zur Abwechslung eine Serie Landfriedensbruchs-Prozesse. Aus dem Geiseltale wurden 22 Arbeiter vor das Naumburger Schwurgericht geschleppt und zum Teil mit erheblichen Gefängnisstrafen bedacht, weil sie bei einer Versammlung beteiligt waren, in der ein Pfaffe verprügelt worden war. Die Naumburger Urteile zeichneten sich immer durch besondere Härte aus und riefen unter der Arbeiterschaft größte Erbitterung hervor. Hat man doch Leute, die eine Telephonleitung der Rosketen zerschnitten haben, ins Zuchthaus geschickt. Große Erbitterung erregten bei der mitteldeutschen Arbeiterschaft drei Urteile, die Ende 1919 gegen drei Arbeiterrats-Vorsitzende gefällt wurden. So wurde Genosse Steinweg, Vorsitzender des A.-Rates in Hettstedt, zu sechs Monaten verurteilt, Genosse Wielsch aus Helfta zu einem Jahr. Ihn bestrafte man noch mit drei Jahren Ehrverlust wegen eines Delikts, für das ein Strafmandat von fünf Mark zu hoch ist. Und Kilian! Der fünfwöchentliche Prozeß beleuchtete in der krassesten Weise die Zustände unserer heutigen Rechtsprechung. Kilian, der während des mitteldeutschen Generalstreiks weiter nichts als seine Pflicht getan hatte, wurden Landfriedensbruch, Nötigung, Bildung bewaffneter Haufen und alles Mögliche in der Anklage zur Last gelegt, und obwohl die meisten Zeugen günstig für ihn aussagten, hat man ihn doch zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Dieses Urteil kam in erster Linie durch die Aussagen mehrerer Spitzel, wie des berüchtigten, vielfach vorbestraften Hochstaplers und Lockspitzels Hartung, zustande. Ein weiterer Kronzeuge war der Zuchthäusler Klaus, der im Verdacht steht, unseren Genossen Meseberg ermordet zu haben. Noch einige andere Spitzel, Weber und Langer, sowie ein Dirne, stellten sich wochenlang als Belastungszeugen auf. Dieses Gesindel, das jeder anständige Mensch wie die Pest meidet, wurde zum Teil vereidigt, während man mehrere Genossen, darunter einige Abgeordnete, unvereidigt ließ. Welche Empörung durch dies Urteil durch die gesamte Hallische Arbeiterschaft ging, zeigte der vierundzwanzigstündige Proteststreik, der am nächsten Tag einmütig in ganz Halle einsetzte.

Auch das Jahr 1920 begann mit einem mehrwöchigen Prozeß gegen den Genossen Fritz Ferchlandt, dem Militärbevollmächtigten des Hallischen Soldatenrates, der sich genau so wie Kilian nach der Novemberrevolution mühlielig gemacht hatte, zumal er bis zum Einrücken des General Maercker das Erstarken der Gegenrevolution bekämpft hatte. Gegen ihn beantragte der Anklagevertreter Kriegsgerichtsrat Wolff insgesamt 25 Jahre Gefängnis in den Einzelstrafen, die er jedoch zu dem höchst zulässigen Strafmaß von 15 Jahren zusammenziehen mußte. Ferchlandt wurde zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, da ihn dieselben Halunken belasteten, die im Kilianprozeß aufgetreten waren. Damit sind aber die Urteile noch lange nicht alle erschöpft; denn in den nächsten Monaten wurde Genosse Redtiethner, der während des Kilian-Prozesses den Versuch gemacht hatte, den Spitzel Weiber seiner Gemeinheiten zu überführen, von der Strafkammer zu 1½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Ebenso ging es dem Genossen Hans Ferchlandt, einem Bruder des zu fünf Jahren verurteilten Genossen Fritz Ferchlandt. Er hat aus Angst um seinen Bruder versucht, die beiden Spitzel Hartung und Weiber zu überzeugen, daß sie seinem Bruder unrecht täten. Daraus drehte man ihm einen Strick und schickte ihn wegen „Verleitung zum Meineid" auf 1½ Jahre ins Zuchthaus.

Auch nach dem Kapp-Putsch arbeitete die Klassenjustiz prompt weiter. So wurden im Mai vor dem Naumburger Schwurgericht vierzig Arbeiter, die des Landfriedensbruchs angeklagt waren, nach fünfwöchentlicher Verhandlung zu insgesamt achtzig Jahren Zuchthaus und 52 Jahren 2 Monaten Gefängnis verurteilt. In Halle wurden noch in der letzten Schwurgerichtsperiode vor einer Woche zwei Urteile gefällt, die man nur einander gegenüberzustellen braucht, wenn man den wahren Charakter unserer Rechtsprechung beurteilen will. Der Osendorfer Arbeiter Wissel wurde zum Tode verurteilt, da er in den Märztagen mit anderen zusammen den Betriebsleiter Kamp in Ammendorf erschossen haben soll. Ein Beweis für die Täterschaft wurde nicht erbracht. Wissel wurde trotzdem zum Tode verurteilt. Und am nächsten Tage stand ein wirklicher Mörder vor den Geschworenen in der Gestalt eines bestialischen Rosketen. Dieser Reichswehrunteroffizier, der in sinnloser Raserei, ohne jeden Grund einen wehrlosen gefangenen Arbeiter in der Reilkaserne aus nächster Nähe erschossen hatte, wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Der Proletarier, der den Fabrikdirektor getötet haben soll, wird dem Scharfrichter ausgeliefert; der Hüter der Kapitalsordnung, der ohne jeden Grund einen wehrlosen Arbeiter niederstreckte, kommt mit einer glimpflichen Strafe davon.

Bei einer zusammenfassenden Betrachtung all dieser Urteile kommt man zu dem Resultate, daß im Hallischen Bezirk die Klassenjustiz deshalb so wütete, weil das Proletariat revolutionärer und aktionsfähiger als in anderen Gegenden Deutschlands ist. Die Klassengegensätze treten hier stärker in Erscheinung als anderswo; daraus sind die scharfen Urteile zu erklären. Die Richter und Staatsanwälte führen einen verzweifelten Kampf um die Machterhaltung des kapitalistischen Staates. Um je mehr die kapitalistische Gesellschaft gefährdet ist, desto brutalere Mittel werden von den Machtinstrumenten der bürgerlichen Gesellschaft angewendet. Deshalb gilt es, daß sich das deutsche Proletariat rüstet und stärkt zu neuen Kämpfen, zum Endkampf, in dem es dann endlich auch diese bürgerliche „Rechtsprechung" abschaffen wird.

Lumpen und Profit.

Das Volk geht in Lumpen — die Profite der Textilindustrie steigen!

In den Industrien, welche die Hochkonjunktur der letzten Monate und die Anarchie der heutigen Wirtschaft am rücksichtslosesten ausbeuteten, gehört neben der Schuhindustrie vor allen Dingen die deutsche Textilindustrie. Nach einer kürzlichen Zusammenstellung des B. L. wurden folgende Dividenden verteilt:

Nordbeutsche Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei in Bremen: 12 Prozent und außerdem ein Bonus von 500 Mark auf 1000 Mark Aktienbesitz. Das entspricht einer Dividende von 62 Prozent! Das Betriebsergebnis in dem abgeschlossenen Betriebsjahr hat sich gegenüber dem Vorjahre und selbst gegenüber dem letzten Friedensjahr verdiervacht.

Die Bedburger Wollindustrie Akt.-Ges. verteilt 25 Prozent Dividende. Im letzten Friedensjahre konnte überhaupt keine Dividende zur Ausschüttung gelangen.

Die Bremer Wollkämmerei bringt 20 Prozent Dividende zur Verteilung.

Die Mannswollspinnerei Mitweida hat einen Reingewinn von 9,7 Millionen Mark gegenüber 2 Millionen Mark im Vorjahr sowie im letzten Friedensjahr. Trotz ungewöhnlich hoher Abschreibungen verteilt das Unternehmen 35 Prozent Dividende.

Die Rheinische Möbelstoffweberei in Barmen schüttet 20 Prozent aus.

Ferner verteilten: Aktienspinnerei Aachen 32 Prozent; Konkordia, Spinnerei und Weberei in Bunzlau 16 Prozent; Glabbacher Textilwerke vorm. Schneider u. Irmen 25 Prozent; Glabbacher Wollindustrie-Ges. vorm. Josten 30 Prozent; Deutsche Wollwarenmanufaktur Grünberg 30 Prozent; Deutsche Jutespinnerei und Weberei Meißen 41¾ Prozent; Johannes Girmes AG. 25 Prozent; Pongspinnereien 20 Prozent; Sächsische Nähfadenfabrik vorm. R. Heydenreich 34 Prozent. Dieses Unternehmen hat in früheren Jahren nie eine Dividende ausschütten können. Aehnliche Gewinne verzeichnen noch viele andere Unternehmungen der Textilindustrie.

Hierbei bleibt zu beachten, daß die Dividendenbeträge allein noch kein volles Bild über die wirklichen Erträgnisse ergeben, sondern daß ein großer Teil des Gewinnes in den Abschreibungen versteckt gehalten wird. Außerdem sind viele Dividenden schon durch Bezugsrechte oder weit unter dem Kurswert ausgegebene Aktienanteile verwässert worden. Selbst das BL. kann sich angesichts dieser unglaublichen Gewinnsteigerungen in der Textilindustrie nicht der Bemerkung enthalten, daß diese weit über das Maß hinausschießen, das mit dem allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse noch verträglich ist. Gerade durch dieses rücksichtslose Vorgehen des Unternehmertums sei auch die Geldentwertung nicht unerheblich gefördert worden.

Diese Bemerkung ist zweifellos richtig. Darüber hinaus hat diese Gewinnsucht noch weit nachhaltigere Gefahren im Gefolge. Die in letzter Zeit schon mehrfach in Betriebseinschränkungen und Betriebsstillegungen in Erscheinung getreten sind. Die künstlich noch über alle Notwendigkeiten hinaus gesteigerten Preise der Textilwaren haben immer weitere Massen zum unfreiwilligen „Käuferstreik" gezwungen und den deutschen Inlandsmarkt als Abnehmer größtenteils ausgeschaltet. Da infolge der Valutabesserung aber auch das Ausland als Käufer fast gänzlich ausgeschaltet wird, so befindet sich die deutsche Textilindustrie heute in einer ähnlichen Krise wie die Schuhindustrie.

Diese Krisen offenbaren den ganzen Unsinn der heutigen Privatwirtschaft; denn während auf der einen Seite die Massen nach Waren hungern, wird die Produktion auf der anderen Seite stillgelegt. Die von keinen Rücksichten gehemmte Raffgier der Kapitalisten hat somit selbst die Grundlagen für ihre weitere Existenz untergraben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201011-13/fragment/page=0014

§ 5 wurde angenommen. Zu § 6 beantragt Bergholz (Zeitz), die Bezirksklasse möge die Kosten für die Bezirkstage und Konferenzen tragen, da jetzt 15 Prozent an den Bezirk abgeführt werden sollen. Sämisch: Ich stimme heute für die 15 Prozent, weil ich mich K. verpflichtet habe, daß der Bezirk sonst tatsächlich nicht auskommen kann. Für den Antrag Bergholz trete ich nicht ein. Windau (Zeitz) erklärte, daß erst die Generalversammlung seines Kreises über die 15 Prozent beschließen werde. Hinterlach (Elsterwerda) trat für die 15 Prozent ein. Koenen wandte sich gegen Windau. Natürlich müßten sich die Kreise den Beschlüssen des Bezirkes fügen, anders geht es nicht. Naumann (Mühlberg) bezeichnet die 15 Prozent als einen gerechten Ausgleich zwischen den starken und schwachen Kreisen. Düwell erklärte sein Erstaunen über Windaus Ausführungen, da die Kreisgeneralversammlung in Zeitz keinen Widerspruch gegen das Bezirksstatut erhoben habe. Sämisch polemisierte gegen Naumanns Ausführungen. Peters sprach gegen den Antrag Bergholz, der 20—25 000 Mk. Mehrausgabe für den Bezirk bedeutete. Dann nützen uns die 15 Prozent gar nichts. Nach Schlußbemerkungen des Genossen Oelßner wurde § 6 einstimmig angenommen.

§ 7 wird angenommen, mit einer Aenderung, die der Vorstand vorgelegt hatte und die besagt, daß die Unterbezirke im Streitfalle bei Fragen prinzipieller und taktischer Bedeutung die Entscheidung der Bezirksleitung anrufen müssen.

Zu § 8 schlug Mengel vor, daß der Passus, daß die Bezirksvorstandsmitglieder aus der Kirche ausgeschieden sein müssen, auch auf die Reichs- und Landtagsabgeordneten auszudehnen ist. Das wurde angenommen. § 9 wurde gestrichen, da in § 18 dieselbe Materie behandelt wird. Zu § 10, Bezirkstag, schlug Koenen vor, daß auch über den Wahlmodus zum Bezirkstag etwas gesagt wird. Die Mitgliedschaften müßten die Delegierten wählen. Auch Düwell schloß sich dem an. Hilgers trat dafür ein, daß die Unterbezirke auf den Generalversammlungen die Delegierten wählen sollten. Scholem wandte sich gegen die Absicht, in den einzelnen Distrikten wählen zu lassen. Koenen verteidigte seinen Vorschlag und beantragte, die Wahl „möglichst in Mitgliederversammlungen" vornehmen zu lassen. Fiedler bezeichnete die Wahl in Einzelversammlungen für unmöglich. Es muß immer möglich sein, die Unterbezirks-Generalversammlung einzuberufen. Oelßner meinte, es sei am besten, den Wahlmodus gar nicht festzusetzen. Bei der Abstimmung wurde der § 10 unverändert angenommen, so daß der Wahlmodus den Unterbezirken vorbehalten bleibt.

§ 11 spricht über die Aufgaben des Bezirkstages. Sämisch regte an, daß jeder Kandidat zu Parlamenten bei seiner Aufstellung einen Verzichts-Revers zu unterschreiben hat, der in Kraft tritt auf Verlangen des Bezirkstages. Der Revers ist beim Bezirksvorstand aufzubewahren. Koenen: Ein rechtliches Mittel hat man leider nicht, jemand zurückzuziehen. Die Landtagsabgeordneten können heute denselben Revers unterschreiben wie damals die Kandidaten zum Reichstag. Allerdings darf man nicht einem Bezirksvorstand die Verzichtserklärungen in die Hände geben, da er ja gegen den Willen der Mehrheit im Bezirk dann die Erklärung an die Parlamente schicken kann. Absatz 9, Wahl der Delegierten zum Parteitag auf dem Bezirkstag soweit nicht Urwahlen vorgeschrieben sind, bitte ich vorläufig zu streichen, bis nach dem Parteitag. Mengel trat für Sämisch's Ansicht über den Verzichts-Revers ein. — Bei der Abstimmung wird Ziffer 9 und 11, Wahl von Revisoren, gestrichen. Sonst wurde der § 11 angenommen.

§ 12 wurde genehmigt. Der sehr wichtige § 13 wird in folgender Form vorgelegt:

Die Beschlüsse des Bezirksparteitages sind für alle Glieder der Organisation im Bezirk bindend. Das gilt auch für alle Beschlüsse des Bezirksvorstandes, doch steht gegen diese den Generalversammlungen der Unterbezirke das Berufungsrecht zu.

In dieser Form wird der Paragraph gegen drei Stimmen angenommen. § 14 wurde in folgender Form gebilligt:

„Alle Veröffentlichungen des Bezirksvorstandes gehen den Parteizeitungen des Bezirkes zu, zu deren Aufnahme diese verpflichtet sind."

Die §§ 15 und 16 wurden mit den vorgelegten Aenderungen angenommen. § 17 wurde unverändert angenommen; ebenso § 18.

Genossin Krüger beantragte, daß zwei Frauen in den Bezirksvorstand geschickt werden. Oelßner wandte sich gegen den Antrag, da in der Bezirksleitung sicher mehr als zwei Genossinnen sein werden.

Genosse Bergholz (Zeitz) gab vor der Abstimmung die Erklärung ab, daß für den Zeitzer Kreis nur die Kreisgeneralversammlung bindend ist, die über das Statut nach dem Parteitag entscheiden würde. Koenen: Hier handelt es sich nur um die Fortführung der Verwaltungsgeschäfte des Bezirkes, über die der Parteitag gar nicht zu entscheiden hat. Scholem: Die Erklärung von Bergholz bedeutet, daß man sich der Mehrheit nicht fügen will. Solange man in der Partei ist, hat man das Organisationsstatut anzuerkennen und kann sich nicht gegen Beschlüsse des Bezirkstages wenden. Schneider vertrat dieselbe Auffassung. Wagner (Weißenfels) erklärte für einen Teil der Zeitzer Delegierten, daß sie sich den Beschlüssen des Bezirkstages fügen. (Bravo!)

In der Gesamtabstimmung wurde das neue Organisationsstatut in der beschlossenen Form gegen 3 Stimmen angenommen.

Genosse Sämisch beantragte ausdrücklich, daß das Statut sofort in Kraft zu treten habe. Das wurde gegen 6 Stimmen beschlossen. Danach wurde die Sonnabend-Sitzung geschlossen.

Erklärung.

Die Genossen Franz Peters, Reimann, Kürbs und Kasparek haben in das Hallische Volksblatt eine Notiz gebracht, worin gesagt wird, daß die Mansfelder Bergarbeiter sich darüber klar sind, daß Genosse Schneider (Eisleben) ein großer Schreier sei. Die Delegierten des Bezirkstages verwahren sich dagegen, daß die Mansfelder Parteigenossen einen großen Schreier zu ihrem Kreisvorsitzenden gewählt haben und protestieren energisch gegen diese gehässige, durch nichts begründete Aeußerung. Kein Mansfelder Parteigenosse sieht in Genossen Schneider einen Schreier. Die Unterzeichneten erwarten, daß die obengenannten Genossen diese Aeußerung öffentlich zurücknehmen.

Schneller, Müller, Beyling, Fleer, Machlitt, Märker, Luther, König.

Zweiter Verhandlungstag.

Nach Eröffnung der Sonntagtagung wurden zunächst geschäftliche Angelegenheiten erledigt. Gen. Franz Peters hatte ein Gesuch an den Bezirksvorstand gerichtet, worin er um Urlaub für eine fünfmonatliche Ausbildung an der Volkshochschule in Gera-Ling bat. Gen. Lemck sprach sich dahin aus, daß das Gesuch abzulehnen sei, da Peters nicht mehr das Vertrauen der Parteigenossen besitze; Gen. Sämisch lehnte das Gesuch mit Rücksicht auf die schwierigen finanziellen Verhältnisse der Organisation ab. Darauf zog Gen. Peters sein Gesuch zurück.

Gen. Zschiesche (Bageritz) begründete einen Antrag, daß die Parteiorganisation sich noch mehr als bisher der landwirtschaftlichen Betriebsräte annehmen und überhaupt das platte Land besonders berücksichtigen möge. Hierzu nahm Gen. Bernhard Düwell (Berlin) das Wort und schilderte die bewußte Sabotage der landwirtschaftlichen Unternehmer, der Großagrarier und Junker. Unsere Ziele lassen sich daher nur verwirklichen, wenn wir das Landproletariat für uns gewinnen. Es gibt nur einen Weg, um vorwärts zu kommen: Die Propaganda des Rätegedankens auf dem Lande. Wir müssen dahin streben, eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Industrie- und landwirtschaftlichem Proletariat zu schaffen. Aus diesem Grunde hat Gen. Zschiesche den Antrag gestellt, die landwirtschaftlichen Betriebsräte der Wirtschaftlichen Räteorganisation anzuschließen. Wo es nur immer möglich ist, müssen landwirtschaftliche Betriebsräte gewählt werden, unterstützen bei einer kurzen politischen Besprechung eingesehen. Gen. Düwell schlug folgende Entschließung als Willenskundgebung an die Parteiorganisationen zur Annahme vor:

Zur besseren sozialistischen Aufklärungsarbeit unter den Landarbeitern unseres Bezirks und zu ihrer Reifmachung für die Kontrolle der Lebensmittelproduktion, den Kampf gegen Wucher- und Schieberturn sowie gegen agrarische Produktionssabotage ist zwingend notwendig, sofort eine energische Agitation auf dem platten Lande zur Propaganda des Rätegedankens und zur Wahl von Betriebsräten zu unternehmen. In allen Landorten haben sich die Funktionäre unserer Partei an diese Arbeit zu machen. Sie haben vor allem für ein geheftliches und im Interesse des proletarischen Klassenkampfes durchaus notwendiges und einheitliches Zusammenarbeiten der ländlichen Betriebsräte mit den Betriebsräten in Industrie und Gewerbe zu sorgen. Zu diesem Zwecke ist der engere Zusammenschluß der ländlichen und industriellen Betriebsräte erforderlich, der sich am besten im Rahmen der bereits bestehenden wirtschaftlichen Räteorganisation verwirklichen läßt. Es ist deshalb die Aufgabe unserer Genossen, in den landwirtschaftlichen Betriebsräten ihren Anschluß an die WRO. zu vollziehen. Nur in Zusammenschluß mit den industriellen Betriebsräten werden auch die landwirtschaftlichen Betriebsräte den Einfluß in der landwirtschaftlichen Produktion ausüben, der es verhindert, daß sie von der Reaktion in ihrem Sinne als Waffe gegen das Proletariat ausgenutzt werden kann.

In der Diskussion über den Antrag und die vorgeschlagene Resolution berichtete Gen. Dörr, der an dem vor einigen Tagen zu Ende gegangenen Betriebsrätekongreß teilgenommen hat, daß die Beschlüsse dieser Versammlung für die landwirtschaftlichen Betriebsräte so gut wie nichts bedeuten. Die WRO. wird sich auch weiterhin der landwirtschaftlichen Betriebsräte zum Wohle des Landproletariats ganz besonders annehmen. — Reichstagsabgeordnete Genossin Wackwitz (Weißenfels) wies nochmals auf die außerordentliche Wichtigkeit der Landarbeiterfrage hin und sprach für die vermehrte Berücksichtigung der Landarbeiterinnen, die heute noch immer als Schmutzkonkurrenz gegen die Landarbeiter ausgenutzt werden. Durchweg hört man unter dem Landproletariat die berechtigte Ansicht, daß die Funktionäre des Landarbeiterverbandes nicht so wirken, wie es ihre Pflicht wäre. Daher ist die Errregung des Landarbeiters, der heute unter uns weilt, sehr zu begreifen. — Gen. Müller (Klosters-Mansfeld), ein Funktionär des Mitteldeutschen Landarbeiterverbandes, polemisierte scharf gegen die Gewerkschaften, die er als Unterstützungsvereinigungen und als ein Hemmnis auf dem Siegeszuge des Proletariats bezeichnete. Von ihnen ist nicht viel für den Fortschritt des Landproletariats zu erwarten, deshalb muß sich die Partei dem letzteren mehr widmen mit der Agrarfrage, der Sozialisierung der Landwirtschaft, dem Ausbau des Rätesystems auf dem Lande noch mehr beschäftigen. — Für die Landagitation und die Annäherung von Industrie- und Landproletariat trat ferner Gen. Hilgers (Wittenberg) ein. — Gen. Hempel (Torgau) wandte sich gegen die Verschlagung der Landarbeiter-Organisationen, wie es Gen. Müller getan habe. — Gen. Zschiesche ergänzte seine Ausführungen und machte bedeutsame Angaben über einige Agrarprobleme, über Stickstoffdüngung, Kartoffel- und Fleischversorgung. Der Redner unterstützte die Entschließung Düwell, die einstimmig angenommen wurde. — In einer persönlichen Bemerkung wandte sich Gen. Müller gegen den Vorwurf des Gen. Hempel.

Die Diskussion über die 3. Internationale.

Gen Crispien: Es handelt sich bei dieser Frage um die Auseinandersetzung zwischen den Anschauungen, die bisher von der Unabhängigen Sozialdemokratie vertreten wurden und den Grundideen, die von den Kommunisten propagiert werden. Der Redner wandte sich der „primitiven Epoche" des Sozialismus, der Sektenbewegung der Utopisten zu und schilderte die Entwicklung zum wissenschaftlichen Sozialismus, deren Grundlage das Kommunistische Manifest wurde. Was wir heute erleben, ist eine Neuauflage der Kämpfe, die die soziale Bewegung schon vor vielen Jahrzehnten durchgemacht hat. Durch den Krieg ist die Zahl der wirklich geschulten Parteigenossen erheblich geringer geworden; die bewußten Klassenkämpfer sind von den Millionen neu gewonnener Massen überschwemmt worden. Daraus erklärt sich die Krise, die wir heute erleben. Für mich besteht kein Zweifel, daß die unabhängige Sozialdemokratie aus diesen Wirren gestärkt hervorgehen wird. An eine Vereinigung mit den Rechtssozialisten ist für uns nicht zu denken, selbst wenn sich ein Teil unserer Parteigenossen den Kommunisten anschließt. Der Moskauer Kongreß hat für die weltpolitischen Aufgaben des Proletariats gar kein Verständnis gehabt. Die Thesen sind zum Teil so opportunistisch, daß ich sie aus grundsätzlichen Bedenken nicht annehmen kann. Der Redner wandte sich den Leitsätzen über die Agrarfrage zu, an denen er seine Behauptung nachzuweisen versucht. Was wir in jahrzehntelanger Arbeit an Marx uns angeeignet haben, sollen wir den Kommunisten zuliebe aufgeben. Dasselbe gilt für die Rätefrage. Man verlangt von uns, daß die Massen vollständig ausgeschaltet werden. Für die primitiven russischen Verhältnisse mag diese Forderung zu Recht bestehen, nicht aber für Deutschland, wo wir eine weit größere Arbeiterintelligenz haben. Wenn wir den Parteitag unter Umständen abhalten könnten, wie wir in Leipzig erhofft hatten, würde ihm schon ein neues Organisationsstatut für die straffere Zentralisation der Partei vorliegen, das vorher in den Organisationen debattiert worden wäre. Aber Vernunft darf nicht zum Unsinn werden; nachher haben wir eine Ueberzentralisation, und die Massen sind nicht aktionsfähig. Auch mit der Lösung der Nationalitätenfrage können wir uns nicht einverstanden erklären, die Kommunisten drängen auf Konflikte mit der Entente hin, um den Versailler Vertrag über den Haufen zu werfen. Für die Unsinnigkeit dieser Forderung beruft sich Crispien auf eine vielzitierte Stelle aus Lenins Der „Radikalismus", die Kinderkrankheit des Kommunismus. Während Genossen, die viele Jahre in der Vorhut für die Arbeiterklasse gekämpft haben, ausgeschlossen werden sollen, verbündet sich jetzt die 3. Internationale mit Enver Pascha, dem Armenierschlächter. Den Terror, der wohl von der Anwendung der Gewalt zu unterscheiden ist, lehnen wir ab und befinden uns damit in Uebereinstimmung mit marxistischen Grundsätzen. Crispien ging dann auf das Zustandekommen der Moskauer Bedingungen ein. Darlegungen, die er in seiner von Crispien auch im Volksblatt veröffentlichten Artikeln entsprachen. Wenn wir in Moskau einig gewesen wären, hätten wir sicherlich bessere Bedingungen mitgebracht. Die Kommunisten haben zum Ausdruck gebracht, daß eine Vereinigung nur so möglich ist, daß eine Ueberschwemmung der heutigen Kommunistischen Partei nicht stattfindet. Wir wollen eine klare Entscheidung; es handelt sich darum, ob wir USP. bleiben oder Kommunisten werden wollen. Wenn die Massen sich erst zu entscheiden haben zwischen der USP. und der Kommunistischen Partei, die ihre Unsichtbarkeit bewiesen hat, werden wir binnen wenigen Monaten gestärkt aus dem Kampfe hervorgehen und zu einer Internationale kommen, die wirklich eine der Tat ist. (Teilweiser Beifall und stürmischer Widerspruch.)

Als zweiter Redner sprach zur Frage der Internationale Gen. Koenen: Wir können keinen besseren Kronzeugen dafür anführen, daß es ganz gleichgültig ist, welchen Namen die revolutionäre Arbeiterpartei führt, als den Gen. Crispien, der ausführlich dargelegt hat, daß es auf das Wesen der Partei ankommt. Gen. Koenen verteidigte an Hand von Aeußerungen Engels den Namen des Kommunismus gegenüber dem verschwommenen Begriff der Sozialdemokratie und wandte sich dann den Darlegungen Crispiens zu. Dieser hat behauptet, daß wir den Bakuinismus wieder aufnähmen, Blanqui steht wieder auf und herzl. mehr. Es wird uns unterschoben, wir wollten die vormarxistischen Methoden einführen. Das Gegenteil ist wahr, gerade diese Methoden werden in den Bedingungen und Thesen abgelehnt. Es kommt auf die Einheitlichkeit des Handelns an, wir haben die Einheit bei jeder Aktion unserer Partei gewahrt. Weiter hat Crispien die Behauptung aufgestellt, wir sollten in ein Losschlagen um jeden Preis hineingedrängt werden. Dafür kann keine Stelle aus den Leitsätzen angeführt werden. Gerade durch unser Streben nach zentralistischer Sammlung und Beeinflussung aller wirklich revolutionären Klassenkämpfer soll ein Losschlagen um jeden Preis ausgeschaltet werden. Marx selbst hat uns gelehrt, daß die proletarischen Massen in revolutionären Zeiten in wenigen Monaten durch die Aktion mehr lernen als in jahrzehntelanger Aufklärungsarbeit. Wir können aber nicht behaupten, daß unsere Parteileitung bisher einheitlich der Massenaktion als Führerin und Voranträgerin vorangegangen wäre. Im Gegenteil, die spontane Bewegung, die in Württemberg ausbrach, ist von den Anhängern des vom Kommunistenschreck besessenen Crispien geschmäht worden. Und diese Genossen wagen es heute, den russischen Genossen Opportunismus vorzuwerfen. Mit Recht ist Crispien schon von den Kieler Genossen zurückgehalten worden, daß Opportunismus vor und nach der Eroberung der politischen Macht ein großer Unterschied ist. Wenn man in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung Opportunismus übt, so bedeutet das Gefahr, daß man sich immer weiter von den Grundsätzen entfernt. Wenn wir im Besitz der politischen Macht sind, werden wir selbstverständlich alle Fragen zu lösen, wie es uns möglich ist, und wie es in unserem Interesse liegt. — Wir sind uns aber für die entscheidende Weltlage wohl darüber einig, daß das Proletariat in zahlreichen Ländern bereits auf dem Sprunge steht, die Bourgeoisie zu stürzen, daß der Klassenkampf überall unscheuer, oft bis zum Bürgerkrieg verschärft ist. Aus diesen Gesichtspunkten muß man die internationalen Fragen betrachten, von ihnen sind die Bedingungen diktiert. Und gerade die Erfahrungen in der deutschen Revolution haben uns gelehrt, daß die Forderungen der Bedingungen, die strafte Zentralisation notwendig sind. Durch die allzu große Selbständigkeit in den Gauen und Bezirken, durch den Föderalismus sind die auseinandersetzenden Kämpfe nicht voll zur Auswirkung gekommen. Viele, die mit uns, den linken Unabhängigen, in der Aktion gestanden haben, lassen sich jetzt durch Redensarten irre führen, weil wir leider jetzt keine Aktionen haben, durch die politische Klärung erfolgen könnte. Wenn nun über die „Meinung" der Partei gesammert wird, so erkläre ich ausdrücklich, daß wir, um aktiv werden zu können, zum mindestens eine einheitliche Meinung über die taktischen und prinzipiellen Fragen haben müssen. Deshalb ist die Verschärfung der Bedingung verständlich, daß neben Kautsky auch Hilferding aus der Partei ausscheiden muß. Hilferding hat viele Entscheidungen des Zentralkomitees wesentlich beeinflußt und dadurch auf die Taktik der Partei hemmend gewirkt. Wenn in der Parlamentsfraktion Genossen sitzen, die ausdrücklich erklären, es fällt uns gar nicht ein, uns auf den Boden der auf dem Parteitag angenommenen Bedingungen zu stellen, ist es wohl unsinnig, über die beabsichtigte Entfernung von Parlamentariern zu lamentieren. Da handelt es sich nicht um Personenfragen, sondern um politische Entscheidungen. Wir leben in einer Situation, wo wir selbständig handelnd auftreten müssen. Da wir nicht regellos verfahren wollen, brauchen wir eine straffe Zentralisation und eine Zentrale, die Vollmacht hat, Parteibeschlüsse wirklich durchzuführen. Wir werden auf dem Parteitage noch klarere Leitsätze für unsere Partei über die verschiedensten Fragen ausarbeiten müssen, damit wir aktiv, im Sinne der 3. Internationale, als Kommunisten handeln können. Ich empfehle Ihnen als Bezirkstag die Annahme der Resolution Däumig-Stöcker. (Wortlaut siehe 2. Beilage.)

Crispien: Wir sind eine Bewegung der Arbeiterklasse und deshalb eine Fortsetzung von Marx und Engels. Das Bonner der Arbeiter haben wir nicht verraten. Bei den Kommunisten sind eine ganze Anzahl Elemente, die den planquistischen und bakuinistischen Charakter tragen. Auf einer Konferenz vor dem Rätekongreß habe ich den Standpunkt unseres Programms vertreten. Die Massenbewegung in Württemberg habe ich nicht geschmäht, ich habe noch nur gegen Sonderaktionen gewandt. Ich habe mich dagegen gewendet, daß uns von den Russen opportunistische Politik von vornherein angemutet wird. Durch das Argument, wir brauchen nur nach Moskau zu gehen und werden sofort geschlossen aufgenommen, werden die Massen getäuscht. Die russischen Kommunisten wollen nur den kommunistischen Teil unserer Partei haben und lehnen die Aufnahme des anderen Teiles ab. Wenn die Arbeiter sich entscheiden müssen, für die kommunistische Partei oder für unsere Partei, dann werden wir sehen, wie die Entscheidung ausfallen wird.

Düwell: Von beiden Seiten ist immer wieder betont worden, die Einheit der Partei zu wahren und eine Spaltung zu vermeiden. Ich möchte die Frage aufwerfen, ob das marxistisch ist. Jetzt, nachdem es sich herausgestellt hat, daß eine Entscheidung getroffen werden muß, handelt es sich darum, aus Tatsachen Schlußfolgerungen und Entwicklungstendenzen abzuleiten. Wir haben die Dinge sich entwickeln sehen, ohne den ernsthaften Versuch zu machen, wirklich einzugreifen. Aus der Passivität unserer Partei resultiert letzten Endes das dauernde Erstarren des Bürgertums. Wir müssen aktiv eingreifen können in die Gestaltung der Dinge. Deshalb müssen wir endlich zu einer klaren Haltung kommen und jetzt endlich einmal die Konsequenzen aus unserem Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats ziehen. Ohne Rücksicht auf die Folgen muß der Parteitag eine klare Entscheidung treffen.

Kunert: Ich erkläre mich gegen die derzeitige Resolution von Koenen, weil sie die Zertrümmerung der Einheit unserer Partei bedeutet. Koenen hat einen bestimmten Trick, mit dem er arbeitet; vieles von dem, was er gesagt hat, haben wir schon besser gehört von Kommunisten. Eine ganze Reihe von Bedingungen werden von uns allen angenommen. Wenn es Ihnen so ernst ist mit der Einheit der Partei, so sollen Sie sich auf den Standpunkt des Genossen Hennig.

Ich möchte Ihnen folgenden Vorschlag unterbreiten:

Die USP. erklärt grundsätzlich ihren Beitritt zur 3. Internationale.

Die USP. will sich auf Grund dieser Erklärung so reorganisieren, daß sie als Teil einer deutschen Sektion in den Rahmen der dritten Internationale eintreten kann unter Wahrung ihrer lebensnotwendigen Selbständigkeit.

Der Parteivorstand wird daher beauftragt, ein neues Organisationsstatut auszuarbeiten, das den Verhältnissen und der Praxis des neuen Sektionsteiles entspricht. Gleichzeitig tritt er mit dem Moskauer Exekutivkomitee über die Formalitäten des Anschlusses in Verhandlung. Er hat sodann einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen, dem er den Entwurf des neuen Organisationsstatuts vorlegt, worüber der Parteitag endgültig entscheidet.

Scholem: Wir sprechen dem Genossen Crispien seine ehrliche Ueberzeugung nicht ab, aber wir verlangen, daß man eine Ueberzeugung für ebenso ehrlich hält, und unsere Ueberzeugung ist, daß der Weg, den wir vorgeschlagen haben, der richtige ist. Der Genosse Crispien hat gesagt: „Wir werden den Delegierten auf dem Parteitag, die gegen die Bedingungen sind, sagen, sie sollten sich öffentlich grundsätzlich gegen die Bedingungen erklären." Das bedeutet, daß Genosse Crispien die Spaltung um jeden Preis will. Er will uns die Möglichkeit nehmen, daß wir die Organisation der USPD. geschlossen erhalten. Wenn wir den Vorschlag Kunert-Rosenfeld annehmen, würden wir dasselbe beschließen, was wir vor einem Jahr in Leipzig beschlossen haben. — Man sagt jetzt immer, wollt ihr Kommunisten werden, oder in der USP. bleiben. Das ist eine merkwürdige Auffassung von der Bedeutung der Parteien überhaupt, die sich an Namensunterschiede klammert. Es handelt sich nicht um Personenangelegenheiten, sondern um das Schicksal der Weltrevolution. Crispien und seine Freunde möchte ich bezeichnen als die Girondisten der sozialen Revolution. Alle diejenigen, die im entscheidenden Moment nicht mehr mitmachen wollen, werden auf der Strecke bleiben, genau so wie schon viele, die nicht mit uns gegangen sind.

Gegen 7 Stimmen wurde darauf die Resolution Koenen, Stöcker, Däumig angenommen. Die Resolution Bergholz — der Vorschlag Kunert — war damit erledigt.

(Schluß des Berichts in der 3. Beilage.)

Literatur.

Die Sozialistische Gemeinde bringt in ihrer Nummer 13 zeitgemäße Aufsätze. Aus dem Inhalt sei besonders hervorgehoben: Parlamentarismus und Moskauer Art. Das Naumburger Bodenschutzprogramm und seine Verwirklichung. Indirekte Steuern oder Anleihen? Die Aufgaben der Mieterräte. Die Aufgaben der Wohlfahrtspflege. — Kleine Nachrichten und spezieller Ausbildungsunterricht aus den Gemeinden vervollständigen die vorliegende Ausgabe. Preis der Einzelnummer 60 Pf. Bestellungen bei allen Postanstalten und Parteibuchhandlungen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201011-13/fragment/page=0015

Wir bieten durch Preiswürdigkeit sehr grosse Vorteile

beim Einkauf von 4275

Herren-Anzügen, Herren-Ulstern, Burschen- und Knaben-Kleidung.

Herren-Bedarfsartikel.

Wir bringen eine unübertroffen grosse Auswahl.

Leipziger Str. 105-6 **S. WEISS,** am Markt.

Täglicher Eingang erster Neuheiten in allen Preislagen.

Paul & Max Drietchen 4254

Zigarren :-: Zigaretten :-: Tabake

Wörmlitzer Str. 109 Merseburger Str. 48

Reichhaltige Auswahl :: Reelle Bedienung.

Uhren, Goldwaren, Brillen und Klemmer. 4266

Reparaturen gut und billig.

Herm. Wagner, Uhrmachermstr.

Reilstr. 4, Fernruf 2639.

Auf Kredit! 4294

Anzüge, Ulster, Möbel.

Küchen, Schlafzimmer, einzelne

Leichte Zahlungsbedingungen.

Carl Klingler, Leipziger Strasse 11, nur 1 Treppe, Eingang Sandberg.

? 4274

Die große Frage

wo Sie Ihren Winterbedarf in Schuhwaren am billigsten decken, beantworten Ihnen am besten

unsere Preise.

Herren-Stiefel

128 148 158 168

Damen-Stiefel

120 148 168 174

Kinder-Stiefel

27/30 85 Mk. 31/35 95 Mk.

Wiebachs Schuhwarenhaus,

Kleine Ulrichstraße 11-12.

Gelegenheits-Kaufhaus :: Halle (Saale)

Fernsprecher 1655 — Schmeerstr. 5, I.

Billiger Verkauf

meiner in eigener Werkstatt hergestellten

Rosen-Wäsche

Bett-, Leib- und Tischwäsche.

Jeden Dienstag: Sonder-Verkauf zu Engros-Preisen.

4261

Spülapparate aus Gummi in allen Ausführungen! 4286

E. Kertzscher Gummiwarenversand Leipzigerstraße 26 (Erste Poststr.)

Sonderliste einfordern.

Fahrradmäntel, sowie **Schläuche** zu den billigsten Preisen.

Karbid-Tisch- und Fahrrad-Lampen empfiehlt

P. Krause, Kleine Ulrichstraße 18 a. am Alforia. 4262

Zahle für:

Lumpen :: Alteisen :: Metalle

Zeitungen :: Bücher :: Akten

Strickwolle :: Felle usw.

die höchsten Tagespreise.

Paul Mende,

Alter Markt 11. Tel. 2409.

4260 Rohprodukten-Grosshandlung.

Annahmestelle für Halle-Nord:

Gr. Brunnenstr. 68. Tel. 3440.

Beste Verkaufsmöglichkeit für Kleinhändler.

Bruchbänder, Geradehalter, Vorfallbandagen, Suspensorien, Wandnierenbandagen, Nabelbruchbänder, Gummistrümpfe, Plattfußeinlagen, Leibbinden und sämtliche Artikel zur Kranken- und Wöchnerinnenpflege.

Reparaturen aller Art in kürzester Zeit.

Speer, Halle, Gr. Ulrichstr. 63, gegenüber Arnold & Trotzsch. 4277 Fernsprecher 4599.

Krankenkassenlieferant.

Umpress-Hüte

Wir pressen Ihre alten Damen- und Herren-Hüte innerhalb 8 Tagen nach den neuesten u. schicksten Formen.

Gefärbt wird in allen Farben. 4287

Sauberste Ausführung.

Hutfabrik B. Brustawitzki

Halle a. S., Magdeburger Str. 27.

Aluminium-Kochgeschirre

mit kleinen Fehlern

spottbillig

Aluminium-Kiessler

Brüderstrasse 16 am Markt 4276

gegenüber Huth & Co.

Besonders gut beschlagene

Gebirgsleiterwagen

empfiehlt

Theodor Lühr,

Leipziger Straße 94. 4259

Werbt für das Volksblatt.

Hotel Weltkugel

Tel. 5567 am Bahnhof Tel. 5567

Gute Betten. Vorzügl. Küche.

Gr. Schultheiß-Ausschank

Starkbier.

Fernspr. 5572 Postscheckkonto Leipzig 45301.

WÜNSCH & KAPS, HALLE a/S. I. Wuchererstr. 1a

Gross- u. Kleinhandel in: Nähe Walhalla

Weka Hanf, Bindegarn, Seilgarn, Werg. Weka

Sämtliche Seilerwaren

Bürsten, Besen, Peitschen, Stuhlflechtrohr, Fussmatten, alle Bindfaden, Garne u. Zwirne.

4281

Pelzwaren!

in allen Pelzarten und den neuesten Formen, vom einfachsten bis zum elegantesten, in großer Auswahl, empfiehlt die 4279

Pelzwaren-Fabrik

Aderhold & Müller,

Gr. Klausstr. 35. Inh.: J. Kaliga, Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 42. Tel. 1680.

Reparaturen und Umarbeitungen werden angenommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201011-13/fragment/page=0016

Bezirksparteitag der USP.

(Schluß des Berichts aus der 2. Beilage.)

Wahlen.

Bei der Wahl des Bezirksvorstandes beantragte Berghols (Zeitz) einige der vorgeschlagenen Kandidaten. Er wünschte, daß die Mehrheit seines Kreises, die gegen die Bedingungen sich ausgesprochen habe, mehr berücksichtigt werde. Ergänzungsvorschläge Berghols' wurden von der Versammlung mit großem Widerspruch aufgenommen. Sämisch (Merseburg) wies auf die Inkonsequenz Berghols' hin, der gestern das neue Bezirksstatut in der Gesamtheit abgelehnt habe und heute in die durch das neue Statut zu wählenden Körperschaften aufgenommen zu werden wünsche. Nach einer erregten Debatte über einzelne Kandidatenvorschläge wurden folgende Genossen gewählt:

In die Bezirksleitung:
Vorsitzender: Richard Richter;
Bezirksleiter: Alfred Oeißner;
Kassierer: Sämisch (Merseburg);
Schriftführer: Werner Schalem;
1. Beisitzer: Marie Radwitz;
2. Beisitzer: Oskar Fiedler (Merseburg);
3. Beisitzer: Alfred Lemck.

In den Beirat:
Halle: Hedwig Krüger, Arndt (Halle); Dörr (Ammendorf); Peter (Kinnerr);
Merseburg: Lina Fiedler, Paul Koch;
Zeitz: Schuster (Almrich), Wagner (Weißenfels), Anna Zäuner Weißenfels;
Wittenberg: Hilgenhof;
Torgau: Naumann (Mühlberg);
Delitzsch: Donner (Brehna);
Mansfeld: Hedwig Machlitt, Schneider, König;
Sangerhausen: Banse.

Als Revisoren:
Moerker (Teutschenthal);
Bendt (Mühlberg);
Binder (Weißenfels).

In die Bezirksprüfkommission:
Halle: Riedenstahl, Barnock; Würker (Seeben); Döring (Wiesian);
Merseburg: Müller (Leuna); Koenen (Merseburg); Oskar Fiedler.
Zeitz: Blumberg (Weißenfels); Bock (Theißen); August Windau (Zeitz).
Wittenberg: Robert Schulz (Wittenberg).
Torgau: Hempel.
Delitzsch: Taube (Bitterfeld); Tretschack (Selben).
Mansfeld: Luther (Unterröblingen); Schneller (Leimbach); Berling (Burgörner).
Sangerhausen: Franzke.

Angenommen wurde ferner folgender Antrag:

„Gemäß § 8, Absatz 2, der Satzung unserer Bezirksorganisation beschließt der Bezirks-Parteitag: „Der Bezirksleiter, Kassierer und die weibliche Beisitzerin in der Bezirksleitung üben ihre Tätigkeit hauptamtlich aus."

Protest gegen die Polizeizensur.

Aus Anlaß der Polizeischikanen der Naumburger Polizei, die am Sonnabend die Abhaltung einer Vorstellung des Arbeiterbildungsvereins verboten hat, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen.

Der Bezirkstag der USPD. für den Agitationsbezirk Halle-Merseburg protestiert auf das schärfste gegen das unqualifizierte und schikanöse Vorgehen der Naumburger Polizeibehörde gegen die Theatervorstellungen unserer Naumburger Parteigenossen und verlangt von der Regierung die Bestrafung und Abberufung der schuldigen Beamten.

Vertagung des Bezirkstages.

Zum Schluß fand noch folgender Antrag des Genossen Oeißner einstimmige Annahme:

Der bevorstehende Parteitag des Reiches wird für die Bezirksorganisation wichtige Beschlüsse fassen, zu welchen der Bezirksparteitag sofort Stellung nehmen muß. Deshalb wird der Bezirksparteitag nicht geschlossen, sondern vertagt. Die Bezirksleitung wird mit der Wiedereinberufung beauftragt.

Vereins- und Vergnügungs-Anzeiger.

Tanzabend Adrienne-Ursula Hacker. Die Tänzerin Adrienne-Ursula Hacker bietet Donnerstag, den 14. Oktober, ihren ersten Abend künstlerischer Tänze in Halle. Die in der Rheingegend und Norddeutschland vielgefeierte Künstlerin wird auch hier mit ihrem interessanten Programm Freude und Schönheit bringen. Karten bei Reinhold Koch, Alte Promenade 1a.

Jean Manén-Konzert. Der Aufsehen erregende Geiger ist letzten Mittwoch in Berlin in der ausverkauften Philharmonie stürmisch gefeiert worden. Kommenden Mittwoch, den 13. Oktober, gibt der berühmte Spanier in der Degenloge sein Hallisches Konzert, um am Freitag im Leipziger Gewandhaus unter Nikisch zu spielen. Karten bei Reinhold Koch, Alte Promenade 1a.

Hallisches Streichquartett. Die für 14. Oktober angesetzte 8. Kammermusik muß infolge einer Theaterspielplanänderung auf Donnerstag, den 21. Oktober, verschoben werden. Karten bei Reinhold Koch, Alte Promenade 1a.

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Sprechstunden für auswärtige Partei- und Gewerkschaftsmitglieder nur vormittags von 11 bis 1 Uhr; für in Halle wohnende nur nachmittags von 4½ bis 7 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.

Die Internationale.

Wacht auf! Verdammte dieser Erde,
Die stets man noch zum Hungern zwingt.
Das Recht wie Glut im Kraterherde
Nun mit Macht zum Durchbruch dringt!
Reinen Tisch macht mit dem Bedränger!
Heer der Sklaven, wach' auf!
Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger!
Alles zu werden, strömt zu Hauf!
Völker, hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
Erkämpft das Menschenrecht!

Es rettet uns kein höh'res Wesen,
Kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun.
Uns aus dem Elend zu erlösen,
Können nur wir selber tun!
Leeres Wort von des Armen Rechte!
Leeres Wort von des Reichen Pflicht!
Unmündig nennt man uns und Knechte.
Duldet die Schmach nun länger nicht!
Völker, hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
Erkämpft das Menschenrecht!

Gewölbe, fest und stark bewehret,
Die bergen, was man dir entzog,
Dort liegt das Gut, das dir gehöret,
Und um das man dich betrog!
Ausgebeutet bist du stets worden,
Ausgesogen dein bestes Mark!
Auf Erden rings, in Süd' und Norden
Das Recht ist schwach, die Willkür stark.
Völker, hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
Erkämpft das Menschenrecht!

In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute,
Wir sind die größte der Partei'n.
Die Müßiggänger schiebt beiseite!
Diese Welt soll unser sein!
Unser Blut sei nicht mehr der Raben
Und der nächtigen Geier Fraß!
Erst wenn wir sie vertrieben haben,
Dann scheint die Sonn' ohn' Unterlaß!
Völker, hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
Erkämpt das Menschenrecht!

Proletkult.

Der durch sein tatkräftiges Vorgehen bekannte russische Volkskommissar A. Lunatscharski veröffentlicht einen Aufruf des Exekutivkomitees des Internationalen Bureaus des „Proletkult" (dessen Präsident er ist) an das Proletariat aller Länder. Es heißt darin:

„Es ist nicht um der Macht willen selbst, daß das Proletariat die Macht ergreift. Gerade im Gegenteil geht es auf die Unterdrückung des ganzen Staates aus; es bedient sich der Macht lediglich zur Niederreißung aller Schranken zwischen den Menschen und zur Schaffung der Bedingungen, die die Errichtung des Kommunismus und die Unterdrückung jeder Macht des einen Menschen über den anderen ermöglichen.

Die politische und ökonomische Befreiung der proletarischen Massen wird die Bedingung ihrer intellektuellen Erlösung sein. Dank der historischen Entwicklung nähert sich das Proletariat seinem Endziel: dem universalen Kommunismus, eingeleitet durch den politischen und wirtschaftlichen Kampf. Es ist vom historischen Gesichtspunkt gleichfalls unvermeidlich, daß sich eine neue proletarische Front bildet. An dieser Front wird die schöpferische Macht der proletarischen Kultur zur Entfaltung gelangen. . . . Die Bewegung der proletarischen Kultur, die dem Proletariat erlauben muß, seine schöpferische Tätigkeit zu zeigen, muß vom aktiven Geist des Kommunismus durchdrungen sein. Ihr Zweck ist, das Proletariat mit den neuen Kenntnissen auszurüsten, seine Bewegungen durch die neue Kunst zu organisieren, sein Leben mit proletarischem, kommunistischem Geist zu erfüllen.

Die Kunst, die proletarische Dichtung, der Roman, das Lied, die musikalische Schöpfung, das Theater, alles kann als ein mächtiges Mittel der Propaganda dienen. Die Kunst leitet die Gefühle so wie die Propaganda das Gewissen und die Stimmungen entwickelt und wie die Gedanken den Willen bestimmen.

In Rußland wurde am Vorabend der Oktoberrevolution die erste Konferenz der Organisationen proletarischer Kultur einberufen. Es wurden daselbst die Grundlagen des Proletkult (die proletarische Kultur) genannten Organisationen geschaffen.

Eine neue Form der Arbeiterbewegung, ist der Proletkult mächtig in die Halme geschossen, sobald das Proletariat in weiten Landen ans Ruder gelangt war.

Die Einladung des zweiten Kongresses der 3. Internationale in Moskau sich zunutze machend, hat das Zentralkomitee des Proletkults ganz Rußland gemeinsam mit einer Gruppe der Delegierten ein internationales provisorisches Bureau des Proletkults gegründet. Dieses Bureau hat sein Exekutivkomitee gewählt.

Das Exekutivkomitee schlägt den Proletariern vor, in jedem Lande eine Konferenz zu organisieren, die der proletarischen Kultur gewidmet sei. Es ersucht, diese Frage in der Presse und in öffentlichen Versammlungen zu erörtern. Schließlich macht es den Proletariern zur Pflicht, Organisationen des Proletkults ins Leben zu rufen, damit später ein Weltkongreß einberufen werden könne."

Die Ehe auf Trennung.

Es ist eine merkwürdige Tatsache, daß die in vielen Ländern zurzeit vorhandenen Bestrebungen, die Ehe zu vervollkommnen, zumeist darauf hinauslaufen, die Ehescheidung zu erleichtern. Ein höhnwilliger Kritiker möchte daraus den Schluß ziehen, daß beide Institutionen nicht viel wert seien. Da aber nun einmal für viele Menschen das Lebensglück von der Ehe abhängig ist, die sie wohl oder übel weiterzuführen haben, werden sie sich gern für die wohlwollenden Ratschläge der Ehereformer interessieren. Eine streitbare amerikanische Frauenrechtlerin, Miß Jane Burr, ist soeben eigens zu dem Zweck über das große Wasser herübergekommen, um den Engländern neue Lehren zu predigen, die sie bisher ohne Erfolg ihren Landsleuten in Amreika auseinandergesetzt hatte. Ihre Theorie ist im Prinzip auf der Gütertrennung und in der Praxis auf einer Trennung von Tisch und Bett begründet. Fräulein Burr behauptet, daß Ehegatten, wenn sie auf die Dauer glücklich leben wollen, nicht zusammenleben dürfen. Sie sollten in zwei verschiedenen Häusern oder in getrennten Wohnungen desselben Hauses, zum mindesten aber in zwei verschiedenen Zimmern der gleichen Wohnung leben, ohne jemals die Trivialitäten ihrer beiderseitigen Existenz zu vermischen. Er dürfte natürlich niemals das Zimmer der Gnädigen betreten noch sie das ihres Gemahls. Man würde einander nähertreten, nur wenn man wirkliches Verlangen hätte und verliebt wäre, nicht unter dem routinierten Zwange der Umstände; und dies gelegentliche Beisammensein würde ein neuer Glücksfall sein. Die Eheleute hätten auf diese Weise einen Anlaß, die koketten Aufmerksamkeiten und die zarten Bedenklichkeiten ihrer Brautzeit fortzusetzen; sie würden fortfahren, sich den Hof zu machen: es wäre einfach entzückend. So viel über die sentimentale Seite der Reform. Was aber die moralische angeht, so versucht Fräulein Burr die völlige Gleichheit und Unabhängigkeit der Ehegatten von einander. Keiner von beiden darf vom andern „ausgehalten" werden. Die Budgets und Einnahmen müssen getrennt sein wie die Wohnungen. Unter solchen Bedingungen garantiert die amerikanische Philosophin das Glück in der Ehe. An der Hand von Ziffern weist sie nach, daß in keinem Falle die Ehe acht Jahre fortgesetzten Ehelebens überdauert; nach acht Jahren lieben sich die Ehegatten nicht mehr; sie ertragen einander höchstens; sie haben für ein weiteres Zusammenleben nur noch gute oder schlechte Gründe, an denen die Liebe kein Teil hat. — Fräulein Burr mag vielleicht recht haben, aber wir möchten wetten, daß sie mindestens über eine Rente von 50 000 Mk. verfügt. Denn tatsächlich ist ihre Theorie nur auf einen reichen und — kinderlosen Haushalt anwendbar.

Eine japanische Weiberstadt.

Auf Hondo, der größten der japanischen Inseln, liegt an der Küste des Stillen Ozeans eine Stadt, die sicher in ihrer Art einzig ist. Die Stadt ist mehrere hundert Jahr alt und wohl die einzige in der Welt, wo die Frauen die erste Rolle spielen. Die Frau ist hier nicht nur Oberhaupt der Familie, sondern sie sorgt auch für deren Unterhalt. Die Männer dagegen besorgen das Haus, und die Kinder verrichten die übrige Arbeit, die sonst der Frau obliegt.

Die Japaner nennen diese Frauen „Nymphen", da ihr Beruf darin besteht, ins Meer nach Perlen zu tauchen. Die Stadt liegt an der Sehiambucht, und hier finden sich außerordentlich viele Perlmuscheln, die die Frauen vom Meeresgrund heraufholen. Im Sommer bringen die weiblichen Perlenfischer bis zu zehn Stunden täglich draußen auf dem Meere zu, und sie sind im Tauchen so geschickt, daß sie sich zwei bis drei Minuten unter Wasser aufhalten können. Es ist eine mühselige Arbeit und wenn sie nach getaner Arbeit in ihr Heim zurückkehren, müssen sie oft genug noch im Haushalt Hand anlegen, wenn der Mann nicht mit der Hausarbeit fertig geworden ist. Die Männer werden vollständig als untergeordnet angesehen, und die Geburt eines Knaben hält man fast für ein Unglück, während der Eintritt eines Mädchens in die Welt mit Befriedigung begrüßt wird.

Bereits von ihrem vierten Jahre an müssen sich die kleinen Mädchen mit dem feuchten Element vertraut machen, in dem sie später arbeiten sollen, und sie müssen sich unter der erfahrenen Anleitung ihrer Mütter im Schwimmen und Tauchen üben. Wenn sie vierzehn Jahre alt sind, müssen sie mit der ernsten Arbeit beginnen; aber jetzt dürfen sie sich nicht zu lange im Wasser aufhalten, und sie dürfen überhaupt noch nicht so lange arbeiten, wie ihre erwachsenen Genossinnen.

Die Männer in dieser merkwürdigen Stadt achten bei der Heirat nicht so sehr auf die Schönheit ihrer Zukünftigen, als auf ihre Gewandtheit im Tauchen. Ist die junge Frau in ihrem Beruf geschickt, so kann sie sehr leicht die Familie erhalten. Gewöhnlich hören die Frauen auf zu tauchen, wenn sie vierzig Jahre alt geworden sind. In diesem Alter sind sie meist auch schon Großmütterchen, und nun sind jüngere Kräfte an der Reihe. Sie widmen sich nun der Erziehung der Kinder und bilden vor allem die jungen Mädchen für den künftigen Beruf als Perlenfischerin aus.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192010 11-13/fragment/page=0017

Gewerkschaften und Internationale.

Die Gewerkschaften als Klassenorganisationen des Proletariats.

Von Emil Winkler (Halle).

II

Der Gedanke der internationalen Organisation ist der deutschen Arbeiterbewegung in die Wiege gelegt worden. Nicht allein durch das Kommunistische Manifest, das mit dem Rufe schloß: „Arbeiter aller Länder vereinigt euch!", sondern auch durch den Beschluß des Nürnberger Arbeitervereinstages 1868, der die Gründung internationaler Gewerkschafts-Genossenschaften empfahl.

Die Zerstörung der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung während der Periode des Ausnahmegesetzes unterbrach naturgemäß auch die internationalen Verbindungen. Aber schon der internationale Arbeiterschutzkongreß in Paris 1889 führte zu neuer internationaler Verbindung. Zur Festigung dieser neuen internationalen Verbindung folgten sehr bald die weiteren Kongresse von Brüssel 1891, Zürich 1893 und London 1896. Besonders der internationale Sozialisten- und Arbeiterkongreß 1891 in Brüssel hat durch seinen Beschluß, in jedem Lande ein Sekretariat für den internationalen Verkehr zu errichten, zu dieser Verbindung ganz besonders beigetragen.

Im allgemeinen hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung bis zum Jahre 1901 auf engeren internationalen Zusammenschluß, sowie auf Abhaltung und Beteiligung an Kongressen und Konferenzen verzichtet. **Sie erachtete die internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongresse als eine ausreichende Vertretung auch für die gewerkschaftlichen Interessen.** Selbst die im Jahre 1900 von den französischen Gewerkschaften ergangene Anregung, an einem internationalen Gewerkschaftskongreß teilzunehmen, wurde von der damaligen Generalkommission der deutschen Gewerkschaften abgelehnt. **Schon in dieser Periode finden wir, was bereits an anderer Stelle hervorgehoben wurde, die völlig einseitige Orientierung und Beurteilung im Wirken, Taktik und Erziehung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung.**

Den ersten wirklichen Schritt zum internationalen Zusammenwirken der Gewerkschaften brachte der Skandinavische Arbeiterkongreß im August 1901 in Kopenhagen, auf dem das Verlangen gegenseitiger Unterstützung bei wirtschaftlichen Kämpfen ausgesprochen wurde. Die zweite, 1902 in Stuttgart abgehaltene Konferenz, welche bereits von den gewerkschaftlichen Landeszentralen Böhmens, Dänemarks, Englands, Frankreichs, Italiens, der Niederlande, Norwegens, Oesterreichs, Schwedens, der Schweiz, Spaniens und Deutschlands beschickt war, ging einen gewaltigen Schritt zum gemeinsamen internationalen Wirken weiter. Er legte die Bedingungen gegenseitiger Unterstützung größerer Wirtschaftskämpfe fest. Für jedes Land wurde eine einzige Landeszentrale anerkannt, man schuf eine gemeinsame internationale Zentrale zur Informierung der die Gewerkschaften betreffenden Gesetze, Verordnungen und Gerichtsentscheidungen mit dem Sitze in Deutschland, eine einheitliche Gewerkschaftsstatistik in allen Ländern wurde erstrebt und die Uebermittlung aller wichtigen Vorgänge an die internationale Zentrale verlangt.

Eine dritte internationale Konferenz tagte im Juli 1903 gelegentlich des Kongresses der Föderation englischer Gewerkschaften in Dublin. Angeschlossen waren 18 Länder, diese Zahl erhöhte sich bis zum Jahre 1913 auf 19. Und zwar schlossen sich an bis zum Jahre 1904: England, Frankreich, Belgien, Niederlande, Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Schweiz, Italien, Spanien und Viktoria. 1905: Bulgarien und Serbien. 1907: Kroatien und Finnland. 1909: Bosnien, Herzegowina und Rumänien, sowie die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Zahl der angeschlossenen Mitglieder erhöhte sich von 1,7 Millionen auf 7,4 Millionen. **Seit dem Jahre 1907 erscheinen regelmäßig Berichte des internationalen Sekretariats in vier Sprachen,** die außer den Bericht des Sekretariats und der internationalen Statistik der angeschlossenen Länder nicht nur eine Uebersicht über die gewerkschaftliche Entwicklung, sondern auch wertvolle Informationen über Lohnbewegungen, Kampftaktik, Arbeits- und Lebensverhältnisse, Arbeitsvermittlung, Arbeiterschutzgesetzgebung und sonstiger, die Gewerkschaftsbewegung berührende soziale und sozialpolitische Fragen geben.

Seit der Dubliner Konferenz haben weitere internationale Konferenzen, 1905 in Amsterdam, 1907 in Christiania, 1909 in Paris, 1911 in Budapest, und 1913 in Zürich stattgefunden. Auf diesen Konferenzen wurde zunächst das Arbeitsgebiet des internationalen Zusammenwirkens angegrenzt, die Uebertrittsbedingungen und die Freizügigkeit zureisender ausländischer Gewerkschaftsmitglieder festgelegt, **Maßnahmen gegen die Zuwanderung ausländischer Arbeiter und gegen den internationalen Streikbrecherimport geschaffen, die internationale Statistik vervollkommnet und besondere Erfahrungen** und Berichterstattungen über Arbeiterfragen durchgeführt. Der internationale Arbeiterschutz wurde gefördert; der hygienische Arbeiterschutz, der Heimarbeiterschutz, die Abschaffung der Nachtarbeit und das Wirken um den Achtstundentag sind nicht ohne Erfolg geblieben und zum wesentlichen Teil den Erfahrungen, aus der Erkenntnis der Notwendigkeiten und dem Wirken der international verbundenen Gewerkschaftsarbeit zu danken.

Seit dem Jahre 1911 ist diese Berichterstattung auch auf die internationalen Berufssekretariate ausgedehnt, und die Züricher Konferenz im Jahre 1913, auf welcher neben den internationalen gewerkschaftlichen Landessekretariaten auch die Berufssekretariate vertreten waren, schuf den internationalen Gewerkschaftsbund, der seinen Sitz wiederum in Berlin erhielt. Dieser umfaßte vor dem Kriege in 19 Ländern 7 891 461 Mitglieder, die sich in folgender Weise verteilten: Deutschland 2 553 162, Vereinigte Staaten von Amerika 2 054 526, Großbritannien 874 281, Oesterreich 428 363, Frankreich 887 000, Italien 320 912, Belgien 116 082, Ungarn 111 966, Dänemark 107 067, Spanien 100 000, Schweiz 86 818, Schweden 85 522, Niederlande 61 535, Norwegen 60 975, Finnland 20 989, Rumänien 9708, Kroatien 5538, Bosnien 5522, und Serbien 5000.

Diese absoluten Zahlen besagen natürlich wenig im Verhältnis zu den Organisationsfähigen und beschäftigten Arbeitern. Soweit hierfür Zahlen zur Verfügung stehen, nimmt hinsichtlich der industriellen und handelsgewerblichen Arbeiter Dänemark den ersten Platz ein, denn dort waren vor dem Kriegsausbruche 56,62 Prozent der Arbeiter in Industrie, Handel und Verkehr gewerkschaftlich organisiert. Es folgen dann Deutschland mit 35,64, Norwegen mit 31,24, Niederlande mit 26,70, Belgien mit 25,73, Schweden mit 22,90, die Vereinigten Staaten mit 21,06, Kroatien mit 16,06, Finnland mit 14,91, und Italien mit 14,45 Prozent.

Den internationalen Berufssekretariaten waren, soweit Mitgliederzahlen vorliegen, folgende angeschlossen: Bergarbeiter 1 374 000, Metallarbeiter 1 106 003, Transportarbeiter 881 950, Holzarbeiter 898 855, Fabrikarbeiter 298 002, Schneider 158 062, Buchdrucker 137 451, Brauereiarbeiter 130 892, Schuh- und Lederarbeiter 105 600, Zimmerer 83 863, Steinarbeiter 75 000, Arbeiter öffentlicher Betriebe 72 025, Maler 72 074, Bäcker 68 681, Tabakarbeiter 54 656, Buchbinder 49 906, Lithographen 35 923, Hutarbeiter 32 913, Glasarbeiter 29 020, Gastwirtsgehilfen 18 054, Sattler 20 119, Töpfer 15 974, Diamantarbeiter 9850, Kürschner 6169, Friseurgehilfen 4850. Aus dem letzten Jahrzehnt der Entwicklung vor dem Kriegsausbruche ist wichtig, einige Erscheinungen aus der Bewegung festzuhalten, die in bezug auf die sich gegenwärtig vollziehenden Umgestaltungen, den heutigen Zeitverhältnissen entsprechende andere Einstellung der Gewerkschaften von Bedeutung sind, und die als gewisse Vorboten betrachtet werden müssen. Es ist da zunächst der große schwedische Generalstreik vom Jahre 1909 zu nennen, der Eisenbahnerstreik in Frankreich, der Bergarbeiterstreik von 1912 im Ruhrrevier, der deutsche Werftarbeiterstreik von 1913 **und die Epoche der Politischerklärung der Gewerkschaften von den Reichstagswahlen 1912 bis zum Gewerkschaftskongreß 1914 in München.** (Es werden dazu weitere Darlegungen folgen.) Festgestellt und anerkannt muß werden, daß die damalige Arbeiterund Gewerkschaftsbewegung ihre Pflicht erfüllt hat, soweit sie es eben konnte. Und wenn wir heute an so manchen Dingen der Bewegung aus der Vorkriegszeit nicht kritiklos vorübergehen können, so dürfen wir die damaligen politischen Verhältnisse vor allen Dingen nicht außer Acht lassen. Ferner müssen wir in Betracht ziehen, daß nur ein Drittel der proletarischen Massen organisiert war, und daraus ergibt sich, daß es gar nicht anders sein konnte, weil eben alle heutigen Möglichkeiten und Voraussetzung fehlten.

Die heutige Zeit erfordert mehr, sie kann und muß mehr fordern. Die große Masse in ihrer heutigen geistigen Konstellation, ausgerüstet mit ganz anderen politischen Vollkommenheiten als ehedem, und mit ihr die ganze Entwicklung drängen mit aller Wucht vorwärts. Viele, was längst in eine Epoche der Vergangenheit gehörte, haben wir durch die nunmehr fast zweijährige Revolution hindurchgeschleppt. Die Entwicklung wird noch über so vieles hinweggehen müssen, aber wir müssen trotz aller sich gegenwärtig vollziehenden Tatsachen, mit gründlicher Klarheit und Vernunft nachprüfen, ob sich der so stürmisch bewegende Vortrupp des Proletariats, nicht allzweit von der großen Masse des Weltproletariats entfernt und dadurch in eine gefährliche Situation geraten kann. Das soll in einem weiteren Artikel geschehen.

Aus den Gerichtssälen.

Verfassungstreue Arbeiter werden noch immer verfolgt.

Die Strafkammer des Landgerichts Halle verhandelte am Freitag unter Vorsitz des Justizrates Mathy gegen den Arbeiter Friedrich Lober aus Döllnitz, der seit dem 15. April, also seit 6 Monaten, in Untersuchungshaft festgehalten und beschuldigt wird, den Generaldirektor Holz von der Papierfabrik in Ammendorf an der körperlichen Gesundheit geschädigt zu haben. Während des hochverräterischen Aufstandes der Kapp-Lüttwitz hatte sich Lober, der bis dahin auf der Grube Henriette II arbeitete, den bewaffneten Arbeitern angeschlossen, die zum Schutze der Verfassung die den Hochverrätern anhängenden Truppen bekämpften. Am 19. März, mittags gegen 2 Uhr, stand er mit geladenem Karabiner in Dieskau, in dessen Nähe sich Kämpfe entwickelt hatten, mitten im Ort Posien. Als er auf Einladung in dem Hause, an dessen Ecke er postiert war, Kaffee trank, machten ihn die anwesenden Frauen auf den auf der Straße herankommenden Holz aufmerksam, der in den Kämpfen um Ammendorf konterrevolutionäre Truppen geführt haben sollte und allgemein als Kappist galt; war man doch in der Lage gewesen, zahlreiche Gewehre bei ihm zu beschlagnahmen. Auch stand er im Verdacht, bedeutende Mengen Munition und ein Maschinengewehr bei sich verborgen zu halten. Auf die Angabe, daß Generaldirektor Holz bei Ammendorf auffällige Kappenbänder geführt habe, wollte Lober ihn verhaften, um ihn zum Aktionsausschuß nach Ammendorf zu überführen. Er ließ den Holz bis auf 30 Schritte herankommen und forderte ihn dann laut auf, stiil zu bleiben, widrigenfalls er schießen würde. Holz drehte sich jedoch um und lief davon. Darauf schoß Lober und traf Holz in den Oberschenkel.

Dieser Tatbestand lag der Anklage auf Körperverletzung zugrunde. Wie der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Pfeiffer überzeugend begründete, fällt das angebliche Verachten Lobers unter die Amnestieverordnung; dem Vertreter der Staatsanwaltschaft Saß lag daher sehr daran, durch allerlei Fragen an die Belastungszeugen und deren Aussagen nachzuweisen, daß hier die erschwerenden Momente des § 224 des Strafgesetzbuches zuträfen, wodurch die Anwendung der Amnestie unmöglich wird. Das Vorliegen einer solch schweren Verletzung im Sinne des § 224 war jedoch schon im August durch ärztliches Attest verneint worden. Auch wurde die Verhandlung über die Anwendung der Amnestie nicht vor und außerhalb der Hauptverhandlung erledigt, wie es der Ordnung entsprochen hätte, sondern bis nach der Vernehmung des Angeklagten verschoben. Der aufgebotene Zeugenapparat war durchaus einseitig, es waren nur Belastungszeugen herangezogen worden.

Der Generaldirektor Holz, der den Vorfall im Schauermärchenstil mit soll dramatischer Ausmalung zahlreicher, nicht zur Sache gehörender Umstände wiedergab, wirkt mit seiner Darstellung so, daß es verständlich erscheint, wenn er für einen Kappisten gehalten wurde. Er huldigt gern dem Waidwerk, verkehrt mit dem Rittmeister Gonindo und ist mit Freiherrn X bekannt. Bei seiner Vernehmung unterlassen ihm charakteristische Aeußerungen: „Der Staat hat sich damals um uns nicht gekümmert" (es soll heißen: ist nicht energisch gegen die Rote Armee vorgegangen); „ich möchte noch bemerken, daß ich Entschädigungsansprüche an den Staat nicht geltend habe, da er heute doch kein Geld hat" (jedenfalls ist die Revolution daran schuld) usw.

Durch die Zeugenaussagen und einige dem Angeklagten geschickt abgerungene Aussagen wurden die Dinge so verschoben, daß der Staatsanwalt mit dem Antrag kommen konnte, die Strafkammer möge ihre Unzuständigkeit erklären und die Sache an das zuständige Schwurgericht überweisen, da versuchter Mord vorliege; dabei war ein Verfahren wegen versuchten Mordes schon vor Monaten ausdrücklich eingestellt worden. Der Verteidiger protestierte dagegen, daß die Untersuchung über die Anwendung der Amnestie zurückgestellt wurde und beantragt Einstellung des Verfahrens. Das Gericht beschloß jedoch entsprechend dem Antrage des Vertreters der Staatsanwaltschaft und verwies die Angelegenheit an das Schwurgericht.

A. Huth & Co., Halle (Saale) Grosse Steinstrasse Marktplatz 4606

Damen-Hüte
Kinder-Hüte
Damen-Mäntel
Kostüme
Kleider
Blusen
Unterröcke
Maßanfertigung von Kostümen u. Kleidern.

Neuheiten

Kleiderstoffe — Seidenwaren
Gardinen — Teppiche

Pelz-Mäntel
Pelz-Stolas
Pelz-Muffen
Pelz-Hüte
Eigene Kürschnerei im Hause.
Mädchen-Kleidung
Knaben-Kleidung
Damen-, Herren-, Kinderwäsche

Für jeden Beruf ist neben der gewerblichen Ausbildung eine entsprechende Allgemeinbildung unerläßlich notwendig für ein weiteres Vorkommen. — Gelegenheit, ohne Lehrer Versäumtes nachzuholen und Vergessenes aufzufrischen, bietet die 2276
Handbibliothek des allgemeinen und praktischen Wissens
zum Studium u. Selbstunterricht in den hauptsächlichsten Wissenszweigen und Sprachen. Zwei statliche Lexikon-Oktav-Bände in Halbleinen gebdn. mit über 1000 Abbildungen, zahlreichen farbig. Tafeln u. 42 Karten **Mk. 204.**
Inhalt: Deutsche Sprache — Rechnen — Kaufmännisches Rechnen — Geometrie — Schönschreiben — Stenographie — Buchführung — Erdkunde — Völkerkunde — Physik — Industrie — Technik — Verkehr — Mineralogie — Botanik — Zoologie — Franz. Sprache — Engl. Sprache. —
Wir liefern das ganze Werk sofort auf einmal gegen monatl. Teilzahlung von **nur 20 Mark.**
A. Weilbrück & Co., Berlin, Oranienburger Str. 59.
Der Unterzeichnete ersucht hiermit um Lieferung des obigen Werkes laut Angebot im Hallischen Volksblatt, Erfüllungsort: Berlin-Mitte
Name und Stand: .....
Genaue Wohnung (falls nicht eigene Wohnung, bei wem wohnhaft).

Alte Modezeitungen empfiehlt die **Volks-Buchhandlung.**

Gebrauchte Möbel, Vertikos, Schreibtische, Bücherschrank, Steg- und Ausziehtische, Trumeau-Spiegel, Polst. Speisezimmer-Einrichtg., Mahagoni-Salon-Einrichtung verkauft billig **Friedrich Peileke,** Geiststr. 25. 4304

Parteischriften empfiehlt Volksbuchhdlg.

Familien-Nachrichten

Sozialdem. Verein für Halle u. Saalkreis, USP. Distrikt Könnern.
Am Sonntag, den 10. Okt., verstarb plötzlich unser Parteigenosse, der Arbeiter 4308
Eduard Schneider
aus Lebendorf.
Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!
Der Vorstand.
Die Beerdigung find. am Dienstag nachm. 3Uhr i Lebendorf statt.

Teichers Möbelhaus
Halle (S.), untere Gr. Steinstr. 82, I.
empfiehlt billige Schlafzimmer mit echtem Marmor und Spiegel, Herren- und Speisezimmer in Eiche u. Nußb., kompl. Küchen, Plüschsofas, Bettstellen mit Drellmatr., Schränke sowie versch. gebrauchte Möbel.
Keine teure Ladenmiete, daher äußerst preisw.

Einige tüchtige, ältere
Installateure u. Heizungsmonteure
für sofort gesucht. 4297
G. Günter, Königstraße 82.

Krawatten in dieser modernen Form stück **13.50 Mk.**
Dauerwäsche-Vertrieb Kl. Berlin 2
4298 Eine Treppe. Eingang Sternstrasse.

Heute frisch eingetroffen:
1 Waggon
Seefische
wie: **Bratschellfisch, Schellfisch** ohne Kopf, **Kabeljau** ohne Kopf, **Seelachs** ohne Kopf, **Seeaal** ohne Kopf, **Goldbarsch** ohne Kopf, **Schweinsfisch**
zum billigsten Tagespreis!
Verkauf Dienstag früh
auf dem Hallmarkt an der Treppe, sowie in meinem Fisch-Spezialgeschäft
Kieler Fischbörse
Karl Ihde, *2280
An der Moritzkirche 3. — — Telephon 3617.
Billigste Bezugsquelle für Private u. Händler.

Ratgeber für Kriegshinterbliebene
Von Regierungsrat Erich Rossmann.
Preis 1,50 M., Porto 10 ₰.
Zu beziehen durch alle Volksblattanträger und die Volksbuchhandlung, Halle a. S., Hara 42/44.

In **Halle, Ammendorf u. Köthen** 4265
kauft man gut und billig
Glas — Porzellan — Geschenkartikel
Gr. Ulrichstr. 9, Reilstrasse 1, bei **Sobel,** Steinweg 45. Ammendorf, Bahnhofstr. 4, Köthen, Schalaunischestr. 3.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß am 8. Oktober, 9 Uhr abends, mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, der Karussell- und Schaukelbesitzer

Wilh. Hütel,

im Alter von 46 Jahren verstorben ist.

Schwoitsch, den 11. Oktober 1920.

Dies zeigen tiefbetrübt an:

Wwe. Hütel und Kinder.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. Oktober, statt. *2279

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201011-13/fragment/page=0018

Leben • Wissen • Kunst

Ihr Arbeiter!

Von Emile Verhaeren.

Ihr Arbeiter, Millionen Fiebernde, Gepreßte,
Die ihr, die Stirn vom Wahn nutzvollen Werks umstrahlt,
Als Sieger aufrecht durch die Zeiten schreitet,
In wieviel Bildern namenlosen Heldentums,
— Gestählter Brust, mit wild und sichern Gesten,
In Ansturm, Qual, Triumph und endlicher Gewalt —
Fühl ich die Zeichen eures ewigen Ruhms
In meinem Innern tragisch ausgemalt! . . .
Wie erggeschmiedete heroische Gestalten.
Ewig dem Werk gemäß, das immer höher steigt,
O wie in diesen Städten voll gefährlicher Gewalten
Mein Herz sich heiß und brüderlich hin zu euch neigt.

O, diese Arbeit, wie sie finster, zäh und rastlos wütet,
In Land und Meer und in der Erde Eingeweide,
Das einzige, das unsere Welt, die sich in Länder scheidet,
Noch ehern wie ein Riesenring zusammengenietet!
O Mannestaten, viel vergessen, kaum genannt,
Millionen Arme und nie träger Hände,
Und alle sie, vom einen bis zum andern Ende
Zu einem einzigen Willen siegreich angespannt:
Dem alten Weltall nun das Siegel irdischer Gewalten
Feurig und rot auf die besiegte Stirn zu drücken,
Flüsse zu trocknen, Berge zu verrücken
Und alle Ordnung, rings in Meer und Land,
Nach einem neuen Willen zu gestalten.

Die Stadt des Parteitags.

Geschichte, Kultur, Topographie, Statistik.

Von Otto Kilian.

Halle ist eine alte Stadt mit wechselvoller Geschichte. Entstanden ist sie als Siedelung von Wenden, die von den auf dem rechten Ufer der Saale entspringenden, außerordentlich ergiebigen Salzquellen angezogen worden waren. Sie wird in der Chronik zuerst erwähnt als Dobregora oder Dobresol, was auf wendisch etwa „gutes Salz" bedeutet. Der jetzige Name der Stadt taucht zuerst im Jahre 806 auf. Dort, wo heute die Moritzburg steht, errichtete König Karl, der Sohn Karls des Großen, eine Burg „Halla". 961 bekam die Siedelung Stadtrechte. Die Ausnutzung der Solquellen begründete schon zu Anfang des 12. Jahrhunderts einen lebhaften Handelsverkehr zwischen deutschen und slawischen Ländern. Die Fürsten beneideten einander wegen des Besitzes der Stadt; sie wurde lange Zeit, oft und hart umstritten.

Im Mittelalter wird die Stadtgeschichte beherrscht von zwei Arten Bürgern: den „Geschlechtern", aus sächsischen Adelsfamilien entstandene Kaufmannsaristokraten, die „Pfänner" oder „Salzjunker" genannt wurden, und den „Halloren", die in der Salzgewinnung die Arbeit leisteten. Innungen werden in der Chronik 1162 zuerst erwähnt. Gegen das Ende des 14. Jahrhunderts war die Stadt überaus mächtig und blühend. Die Aristokraten machte ihr Reichtum übermütig. Zu Anfang des 15. Jahrhunderts lehnten sich die bedrückten unteren Volksklassen gegen die Herrschaft der Aristokraten auf und brachen sie. Henning Strobart und Schuster Weissack waren die Anführer der Rebellen. 1478 wurde die Stadt von Erzbischof Ernst von Magdeburg in Gewalt genommen und mit ihrer Verwaltung der Kardinal Albrecht betraut, der in der 1484 bis 1503 erbauten Moritzburg residierte.

Nach dem Ende des dreißigjährigen Krieges prägt das Erziehungswesen der Stadt starke Gesichtszüge auf. Es wurde 1694 die Universität gegründet als eigentliche erste weltliche Staatshochschule in Preußen. Von 1695 bis 1698 schuf der Pietist und Pädagoge August Hermann Francke seine auf breiter Grundlage aufgebauten, noch heute bestehenden Anstalten. Sie umfaßten bei dem Tode des Begründers bereits Freischulen, eine Bürgerschule, ein Pädagogium, eine Lateinische Hauptschule, ein Gymnazeum, eine Waisenanstalt, eine Pensionsanstalt, ein Lehrerseminar, eine Buchhandlung nebst Buchdruckerei und Papiermühle, eine Apotheke mit Medikamentenversand und eine Seidenbauanstalt.

Die neuere Entwicklungsperiode der Stadt Halle beginnt mit ihrem Anschluß an das Eisenbahnnetz. Sie ward zu einem Hauptverkehrsknotenpunkt, wodurch Handel und Gewerbe starke Belebung erfuhren, die sich noch außerordentlich steigerte während der „Gründerperiode", der Zeit nach dem Kriege gegen Frankreich. Halle ist zu einer Industriestadt von Weltruf geworden. Das Uebergewicht der schaffenden Stände äußert sich in zahllosen rauchenden Schloten im Süden und Norden der Stadt, in ausgedehnten Arbeiterwohnvierteln mit leider sehr nüchternen Häusern und in einer sehr alten, starken und lebhaften gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung. Da die verhältnismäßig kleine Bezirkshauptstadt Merseburg in der Aufnahme von Behörden beschränkt war, wurden in den letzten Jahrzehnten viele Behörden nach Halle verlegt und so bildet gegenwärtig die Beamtenschaft innerhalb der Bevölkerung einen verhältnismäßig starken Faktor.

Die „Grenzstadt".

Auch städtebaulich trägt Halle keinen ausgesprochenen Charakter. Es zeigt in seinem Bilde weder nord- noch süddeutsche Züge, sondern die charakteristischen Merkmale einer „Grenzstadt", wo das Stammliche durcheinanderläuft und verwischt wird. Halle zeigt in seinem neueren Teile typischen Uebergang. Die alte Stadt macht, namentlich in öffentlichen Bauwerken, einen starken Eindruck. Aber in den Stadtvierteln und Straßen, die während der letzten fünfzig Jahre angelegt worden sind, ist vielfach die Herrschaft eines kaufenden Bürgertums deutlich bemerkbar. Erst die neueste Zeit strebt wieder zum Eigenen, Besonderen. Zeugnisse für diesen erfreulichen Aufschwung sind: das Provinzialmuseum am Wettiner Platz, ein charaktervoller, wuchtiger Bau von Prof. Kreis (Düsseldorf); das Stadthaus am Marktplatz mit dem Stadtverordneten-Sitzungssaal; das Jubiläumsheim in der Poststraße mit charakteristischer Fassade und seinem Treppenhaus; das Stadtbad an der Großen Steinstraße; das Sparkassengebäude in der Kleinen Steinstraße, an dem ein prächtiger alter Erker in Holz wieder zur Geltung gebracht wird; die Torschule an der Torstraße; endlich eine Reihe schöner eigenartiger Geschäftshäuser (Loewendahl, Weddy-Pönicke u. a.) in der Großen Ulrich- und Leipziger Straße. Die neuzeitliche Kleinwohnungsbauten in ein abgeschlossenes Stadtbild älteren Charakters beispielsweise eingefügt werden können, das sieht man an der durch die Stadt unter Leitung von Stadtbaurat Jost errichteten Kleinwohnungskolonie auf dem nördlichen Teile des Roßplatzes. Eine großartige, auch für Feuerbestattung eingerichtete Friedhofsanlage besitzt die Stadt in dem nordöstlich vor dem Tore gelegenen Gertraudenfriedhof. Hier ist auch das Massengrab, in dem ein Teil der Helden schlummert, die bei der Verteidigung der Freiheit in der Woche des Kapp-Putsches ihr Leben gelassen haben.

Im alten Halle

findet man eine ganze Reihe bedeutsamer und beachtenswerter Bauwerke, die für ihre Zeit zeugen. Es seien die folgenden erwähnt:

Die Moritzburg, eine Wallburg in spätgotischem Stil, 1484 bis 1503 erbaut. Der nach Westen am Mühlgraben gelegene, jetzt noch immer massig wirkende Teil, ist Ruine. Der östlich, dem Paradeplatz zu gelegene Teil ist durch Renovationen und Rekonstruktionen wieder zu einem charakteristischen, eindrucksvollen Bauwerk geworden. Im Innern ist das Städtische Museum untergebracht.

Die hoch über der Saale unweit des Volksparks gelegene Burg Giebichenstein, eine alte Kaiserburg, ist in ihrem oberen Teil gleichfalls Ruine. Ueber malerisch wirkenden Mauerresten thront kühn der guterhaltene Burgturm. Die Unterburg, 1442 erbaut, ist noch gut erhalten. Der Name Giebichenstein wird mit den Giebichungen und anderen heidnischen Stämmen in Verbindung gebracht. Die Chronik der Burg geht bis auf das Jahr 961 zurück, wo diese von Otto dem Großen dem Moritzkloster in Magdeburg geschenkweise übergeben wurde. Bis zur Vollendung der Moritzburg war die Burg Giebichenstein erzbischöfliche Residenz. Wegen ihrer sicheren Lage — sie galt als uneinnehmbar — wurde sie im frühen Mittelalter öfters als Gefängnis für „politische Verbrecher" benutzt. Das waren damals hochfeudale Herrschaften. Die Chronik nennt einen Graf Heinrich Berthold (1004), einen lombardischen Grafen Ecelin (1014), Herzog Ernst von Schwaben (1027), Herzog Gottfried der Bärtige (1045). Sie wurden als „Reichsstaats-Gefangene" festgehalten. Was sie verbrochen hatten, sagt die Chronik nicht. An der Unterburg sind bemerkenswert für Halle charakteristische Backsteingiebelverzierungen.

Das alte Rathaus, am Markt, Mitte des 15. Jahrhunderts erbaut, interessant in Architektonik und Innenausstattung.

Der Rote Turm. Gibt im Verein mit den vier Türmen der Marktkirche dem Marktbilde das Reizvolle, Charakteristische, Unvergeßliche. Er ist, angeregt von dem italienischen Vorbild des Campanile, 1418 bis 1506 ganz für sich erbaut worden, als Wahrzeichen eines reichen und stolzen Bürgertums. Der Umbau von gotischen Spitzbögen stammt aus dem Jahre 1825; die an der Südostecke befindliche Rolandfigur aus dem 18. Jahrhundert. Den prächtigsten Blick auf die fünf Türme am Markt hat man von der zwischen Hauptpost und Leipziger Straße gelegenen Hagenstraße aus.

Die kunsthistorisch und künstlerisch wertvollste Stätte im alten Halle ist die in Deutschland einzigartige Friedhofsanlage an dem Stadtgottesacker, am Martinsberg gelegen. Nach Art der italienischen Campo santo angelegt, ist seine Fläche von unendlich wirkenden vierundneunzig Arkadenbögen umschlossen, die großartige Bildhauer- und Gitterschmiedearbeiten zeigen. Am Eingang zum Friedhof befindet sich ein steinernes Reliefporträt des Steinmetzmeisters Nickel Hofmann, dem die besten Bildhauerarbeiten zugeschrieben werden. Als künstlerisch bedeutendstes Stück wird der Bogen 7 bezeichnet. Er zeigt die charakteristischen Merkmale der Renaissance: Frauenfiguren und spielende Kinder, von üppigem Ranken- und Laubwerk umrahmt, alles aufs feinste abgewogen und genauest den anatomischen Bedingungen entsprechend. Welch' kühner Gedanke spricht aus der Idee, ein Totengewölbe mit blühendem Leben zu umrahmen!

Mit Kirchen ist Halle reichlich, in Anbetracht der zunehmenden „Gottlosigkeit", allzu reichlich versorgt. Einige der älteren haben bedeutenden Wert: die sehr alte Moritzkirche, Mitte des 10. Jahrhunderts erbaut, mit wunderbarer Kanzel von Zacharias Bogenkrantz und seltenen Testamentsbildern; die Ulrichskirche an der Leipziger Straße, aus dem 18. Jahrhundert, mit wertvollem barockem Flügelaltar; der Dom mit reichen Bildhauerarbeiten an Weiterkirchtürmen, Kanzel und Gestühl. Nach dem Dom hat man von der Robert-Franz-Straße her einen schönen Blick.

Bemerkenswerte Profanbauwerke aus alter Zeit hat Halle noch eine ganze Menge. Doch ist ihre Zahl immer geringer geworden, da die Erfordernisse des modernen Verkehrs in den engen Straßen der Altstadt auch manches schöne Alte über den Haufen warfen. Häuser mit schönen Renaissancegiebeln sind noch in der Rannischen Straße, am Alten Markt, am Moritzkirchhof, am Kleinen Berlin u. a. Häuser mit schönen alten Portalen trifft man in der Altstadt öfters an (Kleine Ulrichstraße 7, Brüderstraße 3 u. a.), ein schöner alter Erker ziert das Haus Brüderstraße 17. Bemerkenswerte Häuser sind ferner das Gasthaus zur Rose, Rannische Straße 19, die Residenz in der Domstraße, das Händelhaus in der Nicolaistraße. Ein Stück von der alten Stadtmauer steht noch an der Neuen Promenade, südlich des Leipziger Turms.

Die Kraft der aufstrebenden, zur Macht gewordenen Arbeiterklasse verkörpert sich in den beiden Monumentalbauten, die Heime der organisierten Arbeiterschaft von Halle sind: dem wuchtigen, geräumigen Parteitagslokal Volkspark, erbaut in den Jahren 1906/07 von Baumeister Giese, und, im Harz 42/44 belegenen, 1918/14 nach Plänen des Architekten Streicher erbauten, baukünstlerisch hervorragend gelungenen Haus der Gewerkschaften.

Topographie und Bevölkerungsbewegung.

Die Entwicklung der Stadt auf ihrem Gebiet vollzog sich ungefähr folgendermaßen: Bis zum Jahre 1100 lag die Stadt innerhalb eines Halbkreises, der von der Residenz über Kleuststraße, Markt, Schmeerstraße, Alten Markt zur Moritzkirche führte. Am Alten Markt hat die Siedlung begonnen. Als Nachbarstädte von Halle werden um diese Zeit bereits erwähnt Glaucha, jetziges Südviertel, und Neumarkt (Gegend der Geiststraße). Von 1250 ab entwickeln sich außerhalb der Stadtmauer die Steintor-Vorstadt nebst Petersberg (am Stadttheater) und Ringaleben im Nordosten, die Galgtor-Vorstadt im Südosten; von 1400 ab entstehen Klausstor-Vorstadt und Strohhof im Westen.

Die Stadtgrenze („Freiheit") war um 1478 nach Dr. Siegmar Schulze-Galléra: Vor dem Ulrichstore führte ein aufgeworfener Graben (Alte Promenade zwischen Geiststraße und Moritzburg) zur Saale hinab, ein Schlagbaum sperrte den Weg in den Neumarkt. Vom Ulrichstore ging die Grenze, von der Petersberg-Vorstadt über den Harz hinauf zur heiligen Gebietskapelle und dem Antoniushospital (zwischen Harz und Albrechtstraße), hier stand auch ein Schlagbaum, da ein Weg auf die alte Magdeburger Heerstraße führte. Vom Spital zog sich die Grenzlinie auf den Grettkenberg (= Grittchenberg an der Grittchengruhe oder Gütchengrube) in der heutigen Sophienstraße, wo ehemals ein Grenzstein gestanden hatte, von hier auf der Lehmgrube, wo das Hochgericht der Stadt war, da wo die Sünder rädderte, (also links nördlich von der oberen Steinstraße); sie durchschnitt den Weg nach Diemitz (obere Steinstraße), ging von der Landwehr an der Diemitzer Grenze am Magdeburger Wege (Magdeburger Straße) entlang hinüber nach dem Gericht (Galgen an dem Riebeckplatz) und von dort an der jetzigen Landwehr durch die damaligen großen Kirschgärten (jetzt Franckeschen Stiftungen) zum Steinweg in das Rannische Tor; ferner vom Moritztor über den Strohhof auf einem Steinweg bis zur Marksbrücke (auf den Wiesen von Passendorf).

Die Einwohnerzahl der Stadt Halle betrug um 1300 etwa 8000 Einwohner und 1400 etwa 10 000. Nach Olearius starb im Jahre 1450 ein Drittel der 15 000 Einwohner von Halle an der Pest. 1463 raffte die schwarze Seuche abermals 4000 Menschen dahin. 1506 starben wiederum 3000 Bewohner von Halle an der Pest; 1541 wurden abermals 4000 dahingerafft. Pest-Epidemien gab es noch sehr oft; kein Wunder, daß die Stadt 1562 kaum 12 000 Einwohner zählte. Der dreißigjährige Krieg dezimierte weiter; 1660 zählte man etwa 9000 Einwohner. Erst mit dem Eintritt des Friedens erholt sich die Stadt ein wenig; 1751 zählt sie 13 460, 1756 mit Einschluß von Studenten und Schülern der Stiftungen 16 040. Der siebenjährige Krieg brachte wieder einen Rückschlag. 1772 betrug die Einwohnerzahl 13 438, 1782 gar nur 13 502. Als 1817 die Vorstädte Glaucha und Neumarkt eingemeindet wurden, entstand eine Stadt mit 20 921 Bewohnern. Im Jahre 1818 raffte das Nervenfieber 2914 Einwohner hinweg. 1831 ergab eine Zählung 25,594, 1855 erheblich mehr: 35 488. Der Anschluß an die Eisenbahn machte sich bemerkbar, auch weiterhin. 1864 zählt Halle 45 972 Einwohner. Um diese Zeit entstehen zwei neue Stadtteile: das Luckeviertel im Nordosten, das Königsviertel im Südosten. Nach 1870 beginnt die Straßenerweiterung im Süden vor dem Rannischen Tore, im Osten das Viertel an der Magdeburger Chaussee, im Norden wird das Mühlwegviertel bebaut. Ende der 80er Jahre ist die Verbindung mit der Gemeinde Giebichenstein hergestellt; im Süden wird das Gelände um die Torstraße bebaut, im Osten die Forsterstraße, die Blumenthalstraße, dann das Gelände südlich der Franckeschen Stiftungen (Pfännerhöhe, Lindenstraße). In den 90er Jahren überspringt das sich stark ausdehnende Halle den Bahndamm nach Osten: das Schlachthofviertel entsteht. Am 1. April 1900, nachdem Trotha und Giebichenstein und Kröllwitz eingemeindet worden waren, zählte die Großstadt 129 510 Einwohner. Die letzte Zählung vor dem Kriege — Ende März 1914 — ergab 190 958 Seelen; die erste Zählung nach der Völkermassenschlächterei und die letzte überhaupt 192 150. Es geht also wieder aufwärts.

Ist's normalerweise? Oder ist's eine Zahl am Fieberthermometer? Wer kann's sagen — die Zukunft ist dunkel, fast dunkler, wie die Vergangenheit. Laßt uns am Werk der Erleuchtung schaffen!

Worte von Karl Marx.

An die Stelle der kritischen Anschauung setzt die Minorität eine dogmatische, an die Stelle der materialistischen eine idealistische. Statt der wirklichen Verhältnisse wird ihr der bloße Wille zur Triebrade der Revolution. Während wir den Arbeitern sagen: Ihr habt 15, 20, 50 Jahre Bürgerkriege und Völkerkämpfe durchzumachen, nicht nur um die Verhältnisse zu ändern, sondern um euch selbst zu ändern und zur politischen Herrschaft zu befähigen, sagt ihr im Gegenteil: Wir müssen gleich zur Herrschaft kommen oder wir können uns schlafen legen! Während wir speziell die deutschen Arbeiter auf die unentwickelte Gestalt des deutschen Proletariats hinweisen, schmeichelt ihr aufs plumpste dem Nationalgefühl und dem Standesvorurteile der deutschen Handwerker, was allerdings populär ist. Wie von den Demokraten das Wort „Volk" zu einem heiligen Wesen gemacht wird, so von euch das Wort „Proletariat".

Karl Marx in der Sitzung des Bundes der Kommunisten am 15. September 1850.

•

Wenn der politische Kampf der Arbeiterklasse revolutionäre Formen annimmt, wenn die Arbeiter an Stelle der Diktatur der Bourgeoisie ihre revolutionäre Diktatur setzen, dann begehen sie das schreckliche Verbrechen der Prinzipienbeleidigung, denn nun ihre kläglichen, profanen Tagesbedürfnisse zu befriedigen, um den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen, geben sie dem Staat eine revolutionäre und vorübergehende Form, statt die Waffen niederzulegen und den Staat abzuschaffen.

•

Zwischen der kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.

•

In der revolutionären Kriegsführung ist die Schnelligkeit des Handelns, bis ein entschiedener Erfolg errungen ist, die erste Regel.

Ausstellung ungarischer Revolutionsplakate.

Von Martin Knauthe.

Im Schreib- und Lesezimmer des Parteitages im Volkspark sind gegenwärtig die schönsten und wirksamsten Blätter der außerordentlich temperamentvollen ungarischen Plakatkünstler zu einer interessanten Ausstellung vereinigt. Diese Plakate erregten in Ungarn großes Aufsehen und bilden heute seltene Sammlungsstücke. Die Uebersetzung der Aufschriften läßt schon die starke Wirkung der Blätter ahnen.

Bild 1: Biro. Der 1. Mai 1919. Ein roter Riese mit der Hammer. Bild 2: Szantó Lajos. Proletarier! Vorwärts! Ihr seid die Erlöser der Welt. Bild 3: Donto. Hinein in die Rote Armee! Bild 4: Biro. Rotes Parlament! Stimmt! Sozialismus. Bild 5: Berenyi. Zu den Waffen. Bild 6: Bild: Proletarier stürzt den Thron. Bild 7: Tabor. Rote Soldat, vorwärts! Bild 8: Danko. Schützet die Errungenschaften der Proletarier.

Während diese Blätter eine eigentümlich anfeuernde und auch edle Gestaltung des Bildvorwurfs zeigen, wollen dagegen die als Gegenbeispiele ausgestellten Bildpamphlete der Antibolschewistischen Liga auf die niedrigen Instinkte der Menge einwirken, um den Bolschewismus als etwas Grauenerregendes und Abscheuliches darzustellen. Nach dem Urteil maßgebender Plakatkenner haben diese künstlerisch sehr üblen Machwerke gerade die gegenteilige Wirkung gehabt. Auf uns wirken sie fast humoristisch. — Bild 9: Engelbach. Affenmenschen mit Dolch und Bombe; die Bilder 10, 11 und 12: Antibolschewistische Hetzplakate. Die Ausstellung soll den Politikern zeigen, daß sich durch Zusammenarbeiten mit den Plakatkünstlern starke Propagandawirkungen erzielen lassen. In Deutschland müssen wir die Kunst, auch die Plakatkunst, mehr in den Dienst unserer Bestrebungen stellen. Gute Bildplakate sind treffliche und wirkungsvolle Agitatoren.

Politische Tendenzplakate Ungarischer Künstler zeigen die folgenden ausgestellten Blätter. Bild 13: Knauthe. Alfred Beierle spricht. Bild 14: Lude. Der 1. Mai, des Volkes Freiheitstag. Bild 15: Lude: Die Erwürger der Revolution. Bild 16: Lude. Elend und Tod bringt das Roßgespann. Bild 17: Knauthe. Moloch Kapitalismus. Bild 18 und 19: Völker. Zwei Tragedienplakate. — Die Ausstellung bleibt nach dem Parteitag noch acht Tage geöffnet. Wir empfehlen sie den Parteigenossen zu regem Besuch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192010 11-13/fragment/page=0019

Jimmie Higgins.

(Nachdruck verboten.)

Roman von Upton Sinclair.

„Der Arbeiter wird, was er verdient, auch besitzen," — beharrte Jimmie. „Bei mir daheim, Herr König, kann einer sein Leben lang zwölf Stunden am Tage arbeiten und nicht einmal so viel ersparen, um für sein Begräbnis zu zahlen. Und in England soll es noch ärger sein."

„Wir haben auch hier eine entsetzliche Armut," — gab der König zu — „müssen Mittel und Wege finden, ihr abzuhelfen."

„Es gibt kein anderes Mittel als den Sozialismus!" rief Jimmie. — „Betrachten Sie doch die ganze Sache, dann werden Sie dies selbst einsehen. Wir müssen mit dem Profitsystem aufräumen. Der Mensch, der arbeitet, muß auch seine Erzeugnisse bekommen."

„Rum" — meinte Seine Majestät, — „in einer Sache werden wir wohl einer Meinung sein: erst müssen die Deutschen geschlagen werden." Er wandte sich der jungen Dame zu: „Wir werden viel von unseren amerikanischen Besuchen lernen." Dann flog zwischen beiden abermals eine geheime Botschaft hin und her, vielleicht sagten des Königs Augen, es sei nicht gut für Patienten, sich durch sozialistische Propaganda aufzuregen! Jedenfalls wandten sich die Pflegerin und der König dem anderen Bett zu. Seine Majestät erfuhr, daß der Mann Feuerwerker sei, Deakin heiße und aus Cape Cod stamme. Daraufhin bemerkte der Herrscher, wie nötig England gute Yankee-Feuerwerker brauche, und wie dankbar es für deren Hilfe sei.

Jimmie lauschte, fühlte ein klein wenig Eifersucht, nicht für sich selbst natürlich, aber weil er genau wußte, um wie viel wichtiger der Sozialismus als das Schießen ist.

V

Am Fußende des Bettes stand ein Offizier; er verharrte schon seit längerer Zeit an der gleichen Stelle, doch bemerkte ihn Jimmie erst, als der König sich zum Gehen wandte. Dieser Offizier war genau der handgeschnitzte Aristokrat, für den Jimmie alle Offiziere hielt; bis auf einen Puppenschnurrbart glatt rasiert, mit starren, gleichgültigen Zügen, einer gutsitzenden, blendendneuen Uniform und einem winzigen Stöckchen in der Hand, zum Beweis, daß er niemals mehr ehrliche Arbeit verrichte. Er betrachtete Jimmie von oben herab. „Nun," bemerkte er — „Sie haben mit dem König gesprochen!"

Dagegen ließ sich nichts einwenden. „Freilich" — entgegnete Jimmie.

„Es ist allgemein üblich," — fuhr der Offizier fort — „den König mit Eure Majestät und nicht mit Herr König anzureden."

Jimmie war müde und verlangte nach Ruhe, deshalb begehrte er nicht auf, wie er es sonst getan hätte, murmelte bloß: „Niemand hat es mir gesagt."

„Auch hat man keine Ansichten zu äußern; man wartet, bis der König eine Frage stellt, und beantwortet sie dann."

Jimmie hatte die Augen geschlossen; nun öffnete er sie halb: „Man hat mir gesagt, dies sei ein Krieg um die Demokratie!" — erklärte er.

Zweiundzwanzigstes Kapitel.

Jimmie Higgins arbeitet für Onkel Sam.

I

Jimmie Higgins hatte noch etliche Tage Urlaub; er lag im Spitalgarten, machte Bekanntschaft mit Soldaten, lauschte den Erzählungen von Männern, die in der Schlacht Arme und Beine verloren, schwere Brandwunden von den Flammenwerfern davongetragen hatten und durch giftige Gase für Lebzeiten krank geworden waren. So seltsam dies auch klingen mag, er fand Leute, mit denen er sich verstand, deren Ansichten sich den seinen näherten. Diese Engländer waren in der Maschine gewesen, sie wußten darum, wollten mit dem Ruhmesschwindel nichts zu tun haben. Der ist gut für Zeitungsschmierer, für die blutigen Schurken, die im Hinterland die Posaune blasen, andere ins Feld, in den Tod treiben. Da zieht man aus, kehrt als Krüppel heim, und was wird für einen getan? Dies ist eine böse Welt für einen verkrüppelten, hilflosen Menschen. „Ja," — meinte Jimmie — „es ist die Welt, welche Sozialisten, Visionäre der Gerechtigkeit kennen!"

Doch auch hier tauchte das alte Dilemma auf, das ihn in Leesville, USA., auf hoher See und im alten England verfolgte. Was soll mit den Deutschen geschehen? Ihnen die Hand hinhalten ist gleichbedeutend, als stecke man sie in den Käfig eines Tigers. Nein, bei Gott, sie müssen bekämpft, müssen geschlagen werden, koste es, was es wolle. Und der Erzähler berichtete Dinge, die er mit eigenen Augen gesehen — wie ein preußischer Offizier einen britischen Arzt in den Rücken schoß, nachdem dieser ihm seine Wunden verband, wie der Kommandant eines Gefangenenlagers während einer Typhusepidemie jede ärztliche Hilfe verweigerte, so daß die Gefangenen wie Fliegen starben.

Deshalb hieß es durchhalten, obgleich der Krieg eine Hölle ist, die Zähne zusamenbeißen, die Fäuste ballen, sein Teil tun, trotz des unsäglichen Grauens. Und Jimmie biß die Zähne zusammen, ballte die Fäuste, fühlte sich eins mit der Menschenruine, die zu ihm sprach. So kam es, daß Jimmie Higgins abermals gleich einem Tennisball zwischen den beiden Gewalten Militarismus und Revolution hin und her geschleudert wurde.

Eben jetzt war eine neue Krise angebrochen: die Deutschen griffen in Flandern an, die dritte Schlacht bei Ypern hatte begonnen. Die Engländer wichen zurück, noch war es keine Flucht, doch konnte es stündlich zu einer kommen. Etliche Male am Tage wurden Telegramme ausgegeben, die Leute blieben auf der Straße stehen, um sie zu lesen, in allen Gesichtern lag Angst und Leid. Bei günstigem Wind hörte man die Geschütze über den Kanal donnern — ein fürchterlicher, menschengeschaffener Sturm, in dem ein Stahlregen auf Menschenhäupter fiel, auf Soldaten, die sich in Granattrichtern und eilig ausgeschaufelten Schützengräben deckten. Der Krieg schien bei günstigem Wind furchtbar nahe.

II

Dennoch heißt es leben. Jimmie befand sich zum erstenmal in einem fremden Land, und als er ausgehen durfte, schlenderte er mit einigen Amerikanern durch die Straßen, betrachtete die Sehenswürdigkeiten der Stadt, die vor dem Krieg ein kleiner Hafen gewesen, nun aber der Mittelpunkt des Welthandels war, und von der aus täglich britische Truppen über den Kanal geschifft wurden.

Auf den Straßen sah er außer etlichen alten Leuten bloß Männer in Uniform, und außer den kleinen Kindern keine Müßiggänger. Frauen kutschierten Rollwagen, führten Trams, bedienten die Fahrstühle. Alle Gesichter waren ernst und kummervoll, doch hellten sie sich auf beim Anblick der Amerikaner, die von so weit herkamen, um zu helfen. In den Konditoreien und den komischen kleinen Wirtshäusern, wo rosige Mädchen sehr dünnes Bier schenkten, konnten sich die Leute nicht genugtun, um den überseeischen Gästen ihre Freundschaft zu beweisen, und der hochmütigste Polizist ließ sich herab, ihnen den Weg zu weisen. „Erste rechts, dritte links" — sagte er äußerst rasch, und wenn man ihn verwirrt anstarrte, wiederholte er es in schnellerem Tempo. Doch brauchte die neue amerikanische Armee so nötig Motorfahrräder, daß Jimmie nur wenig Zeit gewährt wurde, den Helden zu spielen: er erhielt seinen Marschbefehl, neue Kleider; nahm Abschied von der Honourable Beatric, der er versprach, öfter zu schreiben und nicht allzu schlecht von der Aristokratie zu denken. Er überquerte den Kanal, der mit Schiffen überfüllt dem Hudson glich, und landete in einem großen Hafen, der während des Krieges von den Amerikanern ausgebaut worden war. Lange Dockreihen dehnten sich aus, Jimmie sah ungeheure Kräne in den Frachtraum eines Schiffes tauchen und ganze Lokomotiven oder ein halbes Dutzend Automobile auf einmal herausholen. Hinter den Docks befand sich ein Labyrinth von Eisenbahnschuppen und Geleisen und meilenweit Verschläge, in denen allerhand Waren aufbewahrt wurden. Auf dem benachbarten Hügel war eine Zeltstadt aus der Erde gewachsen, und die alten knarrenden moosüberwucherten Windmühlen, diese Versteinerung des Mittelalters, blickten festlich auf die modernen Zeiten hinab.

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Jugend und Alter.

Die Jugend ist die Zeit der Unruhe, das Alter die der Ruhe. Das Kind streckt seine Hände begehrlich ins Weite aus, nach allem, was es da so bunt und vielgestaltig vor sich sieht. Und auch der Jüngling wird gereizt von den vielfältigen Gestalten der bunten Welt. Sofort macht seine Phantasie mehr daraus, als die Welt verleihen kann. Im Alter hingegen hat sich alles gelegt, teils, weil das Blut kälter und die Reizbarkeit des Sensoriums minder geworden, teils, weil Erfahrung über den Wert der Dinge und den Gehalt der Genüsse uns aufgeklärt hat; endlich, weil man nun auch tausend Schimären allmählich losgeworden ist, welche uns früher die freie Ansicht der Dinge verdeckten und entstellten, so daß man alles klarer und richtiger erkennt und es nimmt für das, was es ist. (Schopenhauer.)

Die Witwe.

Dieses sinnige Gedicht aus dem Chinesischen ist der Sammlung Schi-King entnommen, die zwischen 1100—600 v. Chr. entstanden ist. Wir folgen der Uebersetzung, die Hans Bethge in dem Buch Pfirsichblüten (Ernst Rowohlt Verlag, Berlin) gibt.

Die schmale Barke aus Zypressenholz
Treibt wogend auf dem Fluß. Mein Hauptbaar fiel
Unter der Schere, — mein Gemahl ist tot.
Ich habe einen heiligen Schwur getan:
Mich nimmermehr, so lang mein Atem geht,
Mit einem andern Manne zu vereinen.
Die köstlichsten Geschenke bietet mir
Die eigne Mutter, um mich umzustimmen, —
Was weiß sie von dem Schmerz in meiner Brust!
Die schmale Barke aus Zypressenholz
Treibt wogend auf dem Fluß. Mein Hauptbaar fiel —
Nur einige kleine Locken ließ man mir.
Die künden, daß ich einer neuen Ehe
Geneigt sei; doch durch meinen heiligen Schwur
Gebunden, laß ich mich nicht darauf ein.
Die köstlichsten Geschenke bietet mir
Die eigne Mutter, um mich umzustimmen, —
Was weiß sie von dem Schmerz in meiner Brust!

Der erste Eisenbahnzug. Ueber den ersten Eisenbahnzug, der eine Fahrt zurückgelegt hat, und über die dabei verwendete Maschine, werden in englischen Blättern lebhafte Erörterungen angestellt. Die erste Lokomotive war die von George Stephenson 1814 gebaute Maschine, der er zur Erinnerung an den gefeierten deutschen Kriegshelden den Namen Blücher gab. Der erste vollständige Zug soll zur Krönungsfeierlichkeit der Königin Viktoria auf der Linie Birmingham nach Euston gefahren sein. Die Krönung fand aber am 28. Juni 1838 statt, während die erste in Betrieb genommene Eisenbahnlinie von Birmingham nach Euston erst im September desselben Jahres eröffnet wurde. Man muß daher annehmen, daß der erste Eisenbahnzug, der bereits im Juni abgelassen wurde, auf der nur provisorisch eingerichteten Strecke gefahren ist.

Aus der Schule. Lehrer: „Also, wir haben gehört, daß die Erde von Jahr zu Jahr mehr erkaltet. Wer kann mir eine Erklärung dafür geben?" — Schüler: „Das wird wohl an dem Kohlenmangel liegen!"

Aus der Provinz.

Achtung Landarbeiter.

Für die Kreise Merseburg, Saalkreis, Mansf. Seekreis, Querfurt und Bitterfeld sind folgende Löhne für Zuckerrüben festgesetzt: Für gehobene Rüben, kleine Haufen 60 Pf. je Quadratrute gleich 180 Mk. pro Morgen. — Für gehobene Rüben, ¼ Morgen-Mieten, 75 Pf. je Quadratrute, gleich 135 Mk. pro Morgen. — Für ungehobene Rüben, kleine Haufen, 70 Pf. je Quadratrute, gleich 126 Mark pro Morgen. — Für ungehobene Rüben, ¼ Morgen-Mieten, 90 Pf. je Qudratrute, gleich 162 Mk. pro Morgen.

Das Kraut ist in kleine Haufen zu bringen. Die Arbeiter, bzw. Geschirrführer, welche den Rübenheber bedienen, erhalten eine Zulage von 2 Mk. pro Morgen, das heißt nicht pro Mann und Morgen, sondern sämtliche dieser Arbeitspersonen haben sich prozentual in diese Zulage zu teilen. Die Zuteilung von Futter wird den einzelnen Betrieben überlassen.

Der von der Reichszuckerstelle für die Arbeiter freigegebene Zucker für die abgelieferten Rüben wird an sämtliche zum Betriebe gehörigen Arbeiter zum festgesetzten Preis verteilt. Die Rübenheber sind hierbei zu bevorzugen.

Der Landratskreistag in Liebenwerda.

Der am Freitag stattgefundene Kreistag war von 32 Abgeordneten besucht. Ein Vertreter war nicht erschienen. Der kommissarische Landrat Vogl wurden mit 27 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen zum Landrat gewählt und der Regierung zur Bestätigung vorgeschlagen. Die meisten der bürgerlichen Vertreter stimmten mit den Sozialdemokraten, nur die Junker blieben ihrer Tradition treu. Einstimmig wurden weitere 600 000 Mark an Stelle der eingestellten Reichsbauhilfen für die schon früher beschlossenen Kreiswohnhäuser bewilligt. Der Bau der Häuser soll rationell ausgenützt und sofort begonnen werden. Sämtliche Oberbeamte hatten gegen die vom Kreisausschuß vorgenommene Einreihung in die achte Klasse der Besoldungsordnung Einspruch beim Kreistag eingelegt. Einstimmig wurde beschlossen, daß es bleiben soll. Für den Amtsbezirk Gorden wurde Genosse mann Raack als Amtsvorsteher gewählt; als Vertreter Gen. Wilhelm. Im Amtsbezirk Saathain wurde dagegen der erliche Landwirt Sehring (Biehla) gewählt. Die Entschädigungssätze für die Kreistagsabgeordneten und Kommissionsmitglieder wurden auf 40 Mk. für den Tag erhöht. Für entgangenen Arbeitsverdienst für im Beruf stehende Abgeordnete wurden durchweg 30 Mk. festgesetzt. Die Vorlage des Kreisausschusses, im Kohlengebiet Grundwasser-Beobachtungsstellen einzurichten, wurde einstimmig beschlossen und dafür 10 000 Mk. bewilligt. Der Staat leistet dazu weitere Beihilfen. Für Notstandsarbeiten wurden 500 000 Mk. aus Kreismitteln einstimmig bewilligt. Sieben Projekte für Straßenbauten legte der Kreiswegebaumeister vor, die eine Gesamtsumme von 2 700 000 Mk. aufweisen, wozu Reich, Staat und die Industriewerke im Kreise beitragen müssen. Die Arbeit ist bereits in Angriff genommen. Es gibt auf diese Weise für 150 Arbeitslose 100 Tage Arbeitsmöglichkeit. Gefordert wurde, daß nun die Gemeinden ernstlich einmal finanziell mithelfen und nicht immer den Kreis allein zahlen lassen sollen. Der Giroverkehr für die Kreissparkasse wurde ebenfalls einstimmig nach der Vorlage des Kreisausschusses beschlossen, und dabei ein Nachtrag zur Sparkassenordnung genehmigt. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, in der die Einrichtung der Abteilung für staatliche Forsten von der Regierung gefordert wird. — Die von den Landwirten immer mehr in die Höhe getriebenen Kartoffelpreise wurden einstimmig in einer Resolution gebrandmarkt und darin sofortiger Preisabbau gefordert. Auch wurde jede Maßnahme gutgeheißen, um die Ausfuhr zu verhindern, so lange der gesamte Bedarf im Kreise für einen angemessenen Preis nicht gesichert ist. Auch das schändliche Wüsten und Wuchern mit dem Schlachtvieh wurde von sozialer Seite erbarmungslos bloßgestellt. Auch wurden die verantwortlichen Kreise vor der Katastrophe und dem Abgrund, den sie in ihrer habgierigen Blindheit noch gar nicht erkennen können, noch einmal eindringlich gewarnt. Alle rücksichtslosen Profitschinder mögen sich diese Anklagen des Kreistages, die einstimmig waren, merken, ehe es zu spät ist und der Sturm im Kreise losbricht.

Wittenberg. Stadtverordnetensitzung. Die Einführung des neuen Stadtbaurats Petry aus Halle und des Stadtrats Fleischermeister Schulze wurde in der üblichen Weise vorgenommen. Die Sitzung begann sodann mit einer Redeschlacht zwischen den Stadt. Klapper und dem Gen. Wagner und Dürkop wegen des Verkaufs der Reichsware. Unsere Genossen hatten an dem Verkauf berechtigte Kritik geübt. — Gelegentlich einer Anfrage des Stadtv. Lehmann stellte es sich heraus, daß seltsamerweise ein Stein daran schuld war, daß ein Wasserschutz nicht rechtzeitig herabgelassen werden konnte und so ein Teil der Wiesen überschwemmt wurde. Konnte das der Wiesenaufseher nicht früher bemerken? — Durch gütliches Zureden glaubte man unseren Genossen die Teilnahme an fünf stattfindenden Bürgerjubiläen schmackhaft zu machen; bestimmt und kühl wurde das ein für allemal abgelehnt. In längerem Vortrag sprach Stadtrat Flämig für Bewilligung einer Forderung von 2 100 000 Mk. zur Erweiterung des Elektrizitätswerkes. Für 1 100 000 Mk. soll am Schweinemarkt ein zweites Betriebsgebäude errichtet werden und 1 Millionen Mark soll auf den weiteren Ausbau des Netzes verwandt werden. Die Kosten werden durch eine Sparkassen-Anleihe gedeckt. Das Netz wird jetzt schnell ausgebaut, so daß auch Friedrichstadt in Bälde versorgt werden kann. Auch der Anschluß von Dobien wird in Erwägung gezogen. — Die Erhöhung der Verpflegungssätze in der städtischen Krankenanstalt rief den Widerspruch unserer Genossen heraus. Eingehend wies Gen. Wagner nach, daß eine ganze Reihe von Städten in näherer oder weiterer Umgebung niedrigere Sätze haben. Unsere Stadt will für Einwohner in den 3 Klassen 31, 24 und 18 Mk., für Auswärtige 3 Mk. mehr festsetzen, unter 14 Jahren wird 2 Mk. weniger und bei Säuglingen die Hälfte gezahlt. Medizin und Verbandsstoffe werden berechnet. Das hiesige Paul-Gerhard-Krankenhaus nimmt auf Beschluß des Kreisausschusses sogar 19 Mk. und außerdem noch einen Wäschezuschlag von 1 Mk. täglich. — Der Antrag auf nochmalige Prüfung wurde als zwecklos zurückgewiesen und die Vorlage angenommen. Die Angelegenheit der Pferdebahn, die der Besitzer, Herr Rettig, hat eingehen lassen, wird in die geheime Sitzung vertagt; es soll ein annehmbarer Vergleich geschlossen werden.

Annaburg. Ein menschenfreundlicher Agrarier. Daß den Kriegswitwen und -waisen geholfen werden muß, will der Gutsbesitzer M. aus unserem Orte damit beweisen, daß er eine arme Kriegswitwe mit 50 Mk. wegen Diebstahls bestrafen ließ, weil sie sich erdreistete, in seiner Waldung herumliegende, abgeschälte Baumrinden zu sammeln. Sie mußte obendrein noch die Gerichtskosten tragen. Das Sonderbarste bei der Sache ist, daß diese Rinde einer Magdeburger Holzfirma gehört und daß sie, wie üblich, von den Holzschälern gesammelt wird, da die Holzfirmen auf diesen Plunder gar keinen Wert legen. Es mutet einem ferner eigentümlich an, wenn man an den Feldern dieses menschenfreundlichen Agrariers vorbeigeht und sieht, wie bei den Arbeitern einer seiner Schergen mit dem Schießprügel steht und die Arbeit beaufsichtigt. Bekanntlich ist das in Deutschland nur bei Zuchthäuslern üblich, oder sollte sich dieser Herr derartige Gewohnheiten in der russischen Etappe angewöhnt haben? — — Wir sind neugierig, ob sich die Landarbeiter in Zukunft noch eine derartige schändliche Behandlung gefallen lassen.

— Aus der Partei. Die vor einigen Tagen im Bürgergarten stattgefundene Versammlung war leider von den auswärts, besonders in Wittenberg arbeitenden Genossen schlecht besucht. Bei der Urwahl wurden für die Liste Naumann (für die Annahme der Bedingungen) 59 Stimmen abgegeben, während die Liste Garbe nur 11 Stimmen erhielt. Zur Volkskalenderverteilung meldeten sich verschiedene Genossen freiwillig. Um die Verbreitung gut durchführen zu können, wurde die Stadt in zwölf Bezirke eingeteilt.

Cöthen. Festgenommen wurden in Hamburg der Arbeiter Karl Bras und der Bahnarbeiter Conrad, die seinerzeit bei dem Kommunistenputsch in Cöthen eine Rolle gespielt hatten. Der Untersuchungsrichter bei mReichsgericht, bei dem das Verfahren gegen sie anhängig ist, hat in dieser Woche eingehende Erhebungen und Vernehmungen in Cöthen vorgenommen. Außer den beiden wurde auch der Arbeiter Rudolf Schönemann, gegen den ebenfalls ein Haftbefehl erlassen war, festgenommen und dem Cöthener Gerichtsgefängnis zugeführt. — Die Verhandlung gegen den in Halle festgenommen Dr. Berg findet am 12. und 13. Oktober vor der Strafkammer in Dessau statt.

Versammlungsberichte.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Versammlung vom 29. September 1920.

Am 29. September 1920 fand im Saale des Volksparks unsere gutbesuchte Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Kollege Hertel der verstorbenen Kollegen Timmler, Wahnfeld, Pagel und Karoline Hermann. Einen warmen Nachruf widmete er ferner unserm verstorbenen langjährigen Parteisekretär Julius Hildebrand. Zu Ehren der Verstorbenen erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen. Hierauf gab der Kollege Rolle den Bericht vom III. Quartal. Es sind zu verzeichnen: An Einnahmen der Lokalkasse 28 692,72 Mk., an Ausgaben der Lokalkasse 21 477,14 Mk., bleibt Bestand 7215,58 Mk.; an Einnahmen der Hauptkasse 35 109,90 Mk., an Ausgaben der Hauptkasse 6983,80 Mk., an die Hauptkasse abgesandt 28 126,10 Mk. An Arbeitslosenunterstützung wurden gezahlt von der Hauptkasse 527,50 Mk., aus der Lokalkasse 420,00 Mk.

Nach der Abrechnung hielt Genosse Grabow einen Vortrag über Sozialversicherung.

Kollege Hertel verlas sodann eine inzwischen eingegangene Protestresolution folgenden Inhalts:

Die am 29. September 1920 versammelten Mitglieder der Filiale Halle (Saale) nehmen mit Entrüstung Kenntnis davon, daß zur Gaukonferenz der Gaue Jena und Erfurt am 5. September 1920 die Filiale Halle (Saale) nicht eingeladen worden ist. Sie sehen in dieser Nichteinladung eine Zurücksetzung der hiesigen Mitglieder. Halle (Saale) ist eine der größten Filialen der betreffenden Gaue. Da ja doch auf einer derartigen Konferenz Angelegenheiten besprochen werden, welche alle Filialen interessieren, sprechen die Versammelten dem Gauleiter ihr schärfstes Mißtrauen aus und verlangen, daß sich der Gauleiter, Kollege Uhde, in allernächster Zeit vor den Mitgliedern der Filiale Halle (Saale) rechtfertigen wird.

Es wurde beschlossen, die eingegangenen Gelder der Beiträge dem Hauptvorstand solange vorzuenthalten, bis das der Filiale Halle (Saale) zugefügte Unrecht wieder gutgemacht ist. Kollege Haase stellte fest, daß die Wahl nur hätte erfolgen können, wenn sich die Delegierten ihren Wählern in den einzelnen Gauen hätten vorstellen können. Die Protestresolution wurde einstimmig angenommen. Hierauf wurde ein Antrag auf Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung behandelt. Bei der Abrechnung wurde festgestellt, daß der Hauptvorstand im Vergleich zur Filiale Halle (Saale) viel zuwenig Geldmittel zur Arbeitslosenunterstützung auswirft. Kollege Haase forderte, daß die Arbeitslosenunterstützung auf 50 Mk. erhöht wird. Die Zuschüsse für die Angestellten sollen von 2000 auf 4000 für den ersten und von 1000 auf 2000 für die übrigen Angestellten vom Hauptvorstand erhöht werden. Ein dementsprechender Antrag wurde einstimmig angenommen.

Schließlich wurde noch folgender Antrag angenommen: „Die Generalversammlung der Filiale Halle (Saale) beschließt, den Hauptvorstand aufzufordern, in allernächster Zeit einen Vertreter des Hauptvorstandes nach hier zu senden, um einen Vortrag über Berufs- oder Industrieorganisation abzuhalten." Als 2. Ortsangestellter wurde Koll. Rolle gewählt. Zur Ausschmückung der Urnenhalle für die Beisetzung des verstorbenen Parteisekretärs Gen. Hildebrandt wurde eine Tellersammlung vorgenommen, welche 39,70 Mk. ergab.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201011-13/fragment/page=0020
DFG